

Das Parlament

Berlin, 14. September 2024

www.das-parlament.de

74. Jahrgang | Nr. 38-39 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Für die Freiheit

Gerhart Rudolf Baum Der 91-Jährige personifiziert die deutsche Demokratiegeschichte. Der langjährige Parlamentarier, Bundesminister a.D. und FDP-Urgestein hielt anlässlich der Feierstunde zum 75. Geburtstag des Bundestags eben dort eine Festrede (Seite 11). Am Ende dieser Rede erhoben sich alle Fraktionen zu stehendem Applaus. Baum hatte dazu aufgerufen, sich weltweit für

Menschenrechte einzusetzen, den Parlamentarismus gegen autoritäre Mächte zu verteidigen und die Ukraine nicht im Stich zu lassen. Für die Freiheit und das Individuum, gegen Rassismus: „Eines ist ganz wichtig: Es muss Schluss sein mit dem Wahn einer ethnisch reinen Nation.“ Da allerdings applaudierten nicht alle. Am rechten Rand in der AfD-Fraktion blieben die Hände weit überwiegend unten. *ba/ll*

ZAHL DER WOCHE

34,8

Prozent der Mitglieder des Bundestags (MdB) sind derzeit Frauen. Es waren schon mal etwas mehr: In der 18. Wahlperiode (2013-2017) lag der Frauenanteil bei 36,5 Prozent. Allerdings: Der Tiefpunkt war in der 7. Wahlperiode (1972-1976) bei nur 5,8 Prozent weiblicher MdBs.

ZITAT DER WOCHE

»Ich bin ein Kriegskind, ein Flüchtlingskind.«

Gerhart Baum (FDP) sprach im Bundestag auch über sein Leben, seinen im Krieg gefallenen Vater, die Bombennacht in Dresden und den Aufbau der deutschen Demokratie.

IN DIESER WOCHE

HAUSHALT
Inneres Streit um das „Sicherheitspaket“ der Ampel-Koalition **Seite 5**

IM BLICKPUNKT
Schuldenbremse Woher das Geld für Investitionen kommen könnte **Seite 9**

EUROPA UND DIE WELT
EU Kandidatinnenfrage verzögert Start der neuen Kommission **Seite 12**

POLITISCHES BUCH
Deutsche Einheit Gibt es einen ostdeutschen Sonderweg? **Seite 13**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Scharfe Grenzziehungen

GENERALAUSSPRACHE Schlagabtausch zwischen Scholz und Merz um die Asylpolitik

Dieser Bundeskanzler hat Steherqualitäten. Nach einem monatelangen Haushaltsstreit in der Koalition, bei hartem Gegenwind in der Migrationspolitik, nach verheerenden Wahlniederlagen für die Ampel in Thüringen und Sachsen sowie miserablen Umfragewerten für die bevorstehende Landtagswahl in Brandenburg ging der Kanzler am Mittwoch im Bundestag zur Offensive über. Er griff seinen Gegenspieler, den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz, scharf an, weil die Union die Gespräche mit der Koalition über eine Begrenzung der Asylbewerberzahlen abgebrochen hatte. Merz habe sich „in die Büsche geschlagen. Sprücheklopfen, nichts hingekriegt“, sagte Scholz in der Generalaussprache, wie die Debatte über den Kanzleramtsetat bezeichnet wird. Die Bürger wollten keine Theatervorführungen. Aber die Koalition sei immer noch gesprächsbereit, signalisierte der Kanzler. Merz konterte, die Behauptung von Scholz, der Abbruch der Gespräche sei eine Inszenierung gewesen, sei „infam“.

Scholz hatte zu Beginn seiner Rede die Wahlergebnisse für Rechtspopulisten als bedrückend bezeichnet: „Wir werden uns in Deutschland nie daran gewöhnen.“ Die AfD sei „mit der Vergangenheit verheiratet und versuche das Land um die Zukunft zu bringen“. Man werde verhindern, dass diese Kräfte „unser Land in den Untergang führen“.

Weltoffen bleiben Zur Migration stellte Scholz klar, Deutschland werde weltoffen bleiben. Weltoffenheit bedeute aber nicht, dass jeder kommen könne, der das möchte. „Wir müssen uns aussuchen können, wer zu uns kommt“, so Scholz. Die irreguläre Migration müsse begrenzt werden, und die, die nicht bleiben könnten, müssten zurückgeführt werden. Seine Regierung habe das Sprücheklopfen der Unions-Innenminister beendet, die die Probleme jahrzehntelang nicht gelöst hätten, sagte Scholz unter starkem Beifall aus den Reihen der Koalition. Seine Regierung habe die größte Wende bei der irregulären Migration zustande gebracht. Die Zahl sicherer Herkunftsländer sei erhöht worden, die Zahl derer, die zu uns kommen, sei zurückgegangen. Das erfolgreiche Vorgehen mit Grenzkontrollen und Abschiebungen von Straftätern nach Afghanistan und Syrien würde fortgesetzt. Alle Möglichkeiten, zurückzuführen, würden „im Rahmen des geltenden Rechts“ genutzt.



Grenzkontrollen wollen beide: Aber über die Intensität streiten Friedrich Merz (links) und Kanzler Olaf Scholz. © picture-alliance/dpa/K. Nietfeld/CHROMORANGE /M. Bihlmayer/Reverfoto/M. Kappeler (Collage)

Wie schon der Kanzler hob auch Merz die Bedeutung der Zuwanderung hervor. Deutschland müsse ein offenes und ausländerfreundliches Land bleiben. Die Union stehe „klar und unmissverständlich gegen jede Form von Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit“. Aber man dürfe vor

Entwicklungen nicht die Augen verschließen: „Die Zahl derer, die zu uns gekommen sind und nicht integriert werden konnten, ist zu hoch.“ Darunter sei eine kleine Minderheit, vor allem junge Männer, die sich nicht an die Regeln halten wollen. Darüber müsse gesprochen werden. Die Union wolle aber eine Zurückweisung aller Asylbewerber, die zuerst in dem Land, in das sie eingereist seien, einen Asylantrag hätten stellen müssen. Umfassende Zurückweisungen seien rechtlich zulässig, praktisch möglich und politisch geboten. Zuvor hatte der CSU-Landesgruppenvorsitzende Alexander Dobrindt erklärt, Scholz habe bei dem Gespräch nur angeboten,

was die Bundespolizei heute schon an Kontrollen praktiziere. Das sei nicht akzeptabel gewesen. Die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel bezeichnete Scholz als „Kanzler des Niedergangs“. Die Bürger hätten begriffen, dass die Politik der Regierung Wohlstandsvernichtung, Deindustrialisierung, Massenmigration und Verlust der inneren Sicherheit bedeute. „Die Opfer von Solingen könnten noch leben, würden die Verantwortlichen nach Recht und Gesetz handeln“, sagte die AfD-Politikerin. Sie verlangte, illegale Migranten erst gar nicht ins Land zu lassen „und jeden zurückzuweisen, der ohne Rechtsanspruch und ohne Papiere in Deutschland eindringen will“. Grünen-Fraktionsvorsitzende Katharina Dröge forderte ein hartes Vorgehen gegen den Islamismus, der zu den größten Gefahren für die Gesellschaft gehöre. Wer einen Anschlag wie in Solingen begangen habe, habe jeden Anspruch auf Schutz verloren.

Der Gesprächsabbruch der Union sei ein „Armutszeugnis“. Merz warf sie vor, sich nicht nur von der Politik von Angela Merkel zu verabschieden, sondern auch von der Politik Helmut Kohls und Konrad Adenauers. „Wir werden das nicht zulassen“, so Dröge. „Wir haben Vorschläge gemacht, wie man rechtssicher und effektiv zurückweisen kann“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Dürr. Gemeinsames Handeln wie beim Asylkompromiss in den 1990er Jahren sei das Gebot der Stunde. „Dazu sind alle Demokratinnen und Demokraten eingeladen“, betonte Dürr. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich nannte das Verhalten der Union ein Trauerspiel. Sie habe der Demokratie „einen Bärendienst erwiesen“. Mit der Migrationsdebatte wollten Koalition und Union nur von anderen Themen wie schlechter Infrastruktur und explodierenden Mieten ablenken, sagte Heidi Reichinnek (Linke): „Tun Sie doch nicht so, als wäre das das einzige Problem, vor dem unser Land gerade steht.“ Sahra Wagenknecht (BSW) forderte ein Ende der irregulären Migration, Frieden in der Ukraine und einen Verzicht auf die Stationierung von US-Raketen. *Hans-Jürgen Leersch*

»Wir begeben uns nicht in eine Endlosschleife von Gesprächen.«

Friedrich Merz (CDU)

Das »Sicherheitspaket« der Ampel

MIGRATION Als Reaktion auf den Anschlag von Solingen will die Koalition das Asyl- und das Waffenrecht verschärfen



Innenministerin Nancy Faeser (SPD), Justizminister Marco Buschmann (FDP) und Wirtschaftsstaatssekretärin Anja Haiduk (Grüne) (v.r.n.l.) Ende August bei der Vorstellung des »Sicherheitspakets“ © picture-alliance/dpa / Kay Nietfeld

ten aus dem Internet befugt werden. Schutzsuchende, für die laut der sogenannten Dublin-Regelung ein anderer EU-Staat zuständig ist, sollen keine Sozialleistungen mehr erhalten, wenn der zuständige Staat der Rückübernahme zugestimmt hat. Reisen anerkannter Schutzberechtigter in ihr Herkunftsland führen in der Regel zur Aberkennung des Schutzstatus.

Bekämpfung des Islamismus: Um die Identifizierung mutmaßlicher Terroristen und Tatverdächtiger zu erleichtern, sollen Sicherheitsbehörden die Befugnis zum biometrischen Abgleich öffentlich zugänglicher Daten aus dem Internet erhalten. Zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung soll der Verfassungsschutz weitere Befugnisse erhalten.

Bei Straftaten mit einem menschenverachtenden Beweggrund soll Schutzsuchenden die Schutzanerkennung verweigert beziehungsweise aberkannt werden.

Waffenrecht: Bei Volksfesten und anderen öffentlichen Veranstaltungen, an kriminalitätsbelasteten Orten sowie im öffentlichen Personenverkehr und seinen Haltestellen soll der Umgang mit Messern „untersagt oder untersagbar“ werden. Zudem soll der Umgang mit gefährlichen Springmessern verboten werden. Eine weitere Befugnis erlaubt der Bundespolizei anlassbezogen im Falle der Anordnung von Waffenverbotszonen oder im Geltungsbereich von Allgemeinverfügungen die stichprobenartige Befragung, Identitätskontrolle sowie Durchsuchung von Personen, die die Waffenverbotszone betreten möchten oder sich darin befinden. *Helmut Stoltenberg*

EDITORIAL

Opposition mit Kniff

VON CHRISTIAN ZENTNER

„Opposition ist Mist“, formulierte Franz Müntefering (SPD) vor fast genau 20 Jahren. Einer der das einschätzen kann, ist Friedrich Merz (CDU); dessen gesamtes parlamentarisches Leben an der Spitze der Union besteht bislang aus Oppositionsarbeit. Im Grundgesetz ist diese begrifflich, anders als in den meisten Verfassungen der Bundesländer, gar nicht enthalten. Die Bedeutung dieser Arbeit ist aber nicht zu unterschätzen. Sie hat jetzt zu einer der ungewöhnlichsten Hausaltswochen in der 75-jährigen Geschichte des Bundestages beigetragen. Die Koalition unterbrach diese Haushaltsberatungen, um stattdessen eine Sachdebatte anzusetzen. Die Beratungen des Haushalts, des Königsrecht eines Parlamentes, werden von weiteren Debatten eigentlich freigehalten. Die Verschärfung des Asylrechts war für die Ampel Grund genug, hiervon abzuweichen. Das lag auch an der Opposition. Ihr Los ist, dass eigene Vorschläge von der Mehrheit abgelehnt werden, und trotzdem können ihre Kontroll-, Kritik- und Alternativfunktion eine Wirkung entfalten. In Sachen Kontrolle und Kritik wurde bislang kaum eine Regierung so geplagt, wie die Ampel vom Widerspruchsgeist vor allem der Union. Aus dem letzten Jahr grüßen Heizungsgesetz und Haushaltsfiasko. Die vergangenen Wochen standen nun im Zeichen der Alternativfunktion. In der Asylpolitik bringt die Ampel eine Verschärfung auf den Weg und die Union schafft es, diese gleichzeitig zu unterstützen, zu kritisieren und die Debatte immer wieder auf ihre Forderung zu lenken, künftig alle Flüchtlinge zurückzuweisen, die aus einem EU-Land kommen, auch wenn es juristisch umstritten sei. Konstantin von Notz (Grüne) musste im Plenum konstatieren, dass man „seit Tagen eine von der Opposition völlig überhitzte Diskussion über Migration“ führe. Ohnmächtig ist eine Opposition also nicht. Doch ohne Mehrheit im Parlament muss sie ihre Instrumente gut nutzen. Dazu gehörte in dieser Woche auch der Kunstgriff von Friedrich Merz, auf das Recht des Oppositionsführers zu verzichten, die Generaldebatte zu eröffnen. Er manövrierte sich auf der Rednerliste zur allgemeinen Überraschung hinter den Bundeskanzler, hatte gegenüber dem Kanzler damit das letzte Wort. Während dieser dann vehement die Opposition angriff, war Merz eher staatsmännisch mit dem rhetorischen Florett unterwegs. Parlamentarisch gewöhnlich war in dieser Hausaltswche wirklich nichts.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



GASTKOMMENTARE

IST DER ENTWURF BERATUNGSREIF?

Schwierige Aufgabe

PRO



Ulrike Herrmann, »die tageszeitung«, Berlin

Zugegeben: Es ist ungewöhnlich, dass eine Regierung einen Haushaltsentwurf ans Parlament leitet, in dem es ungedeckte Lücken gibt. Aktuell fehlen noch mindestens 2,4 Milliarden Euro. Aber es ist kein Skandal, sondern nimmt den Bundestag ernst. Bekanntlich ist es das wichtigste Recht eines jeden Parlaments, über Finanzen und Steuern zu bestimmen. Nicht die Regierung entscheidet über Gesetze, sondern die Abgeordneten. Dies gilt auch für das Haushaltsgesetz. Also ist es die Aufgabe der Ampel-Fraktionen, die Milliarden-Lücke zu schließen. Natürlich wäre es für die Abgeordneten bequemer gewesen, wenn sich schon die Regierung geeinigt hätte, wie sie die Lücken stopfen will. Aber einen Anspruch auf diesen Service haben die Parlamentarier nicht. Der einstige SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck hat den schönen Satz geprägt: „Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es hereingekommen ist.“ Dieses Bonmot ging als „Strucksches Gesetz“ in die Geschichte ein. Die Ampel-Regierung nutzt die Hoheit des Parlaments nun, um sich lästige Kürzungsdebatten zu ersparen – und den Abgeordneten zuzuschieben. Allerdings dürfte es auch dem Parlament sehr schwer fallen, das Haushaltsloch zu schließen. Denn das eigentliche Problem heißt: Schuldenbremse. Deutschland müsste massiv in seine Infrastruktur, in die Verteidigung und in den Klimaschutz investieren. Doch Kredite sind kaum erlaubt, obwohl sich Investitionen nur durch Schulden finanzieren lassen. Deutschland stranguliert sich selbst. Der heftig andauernde Haushaltsstreit erst in der Regierung und demnächst im Parlament sind nur die Folge dieses sinnlosen Dogmatismus.

Zu viel ist zu viel

CONTRA



Manfred Schäfers, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Die Regierung hat zum Haushalt Stückwerk abgeliefert. Sie hat es nicht geschafft, eine beratungsreife Vorlage vorzulegen. Der Befund ist schwer anzuzweifeln, wenn sich in diesem Punkt der Finanzminister von der FDP und der SPD-Fraktionsvorsitzende einmal einig sind. Sowohl Christian Lindner als auch Rolf Mützenich halten die Vorlage nicht für beschlussreif; beide halten Nacharbeiten für zwingend geboten. Worum geht es? Nach dem Grundgesetz sind alle Ausgaben durch Einnahmen auszugleichen. In gewissem Umfang sind Kredite zulässig. Die Koalition hat diesen Rahmen nicht nur ausgereizt, sondern plant mit erheblichen globalen Minderausgaben und globalen Mehreinnahmen. Sie unterstellt damit, dass nicht alle Mittel gebraucht werden, die sie jetzt als notwendig veranschlagt. Und dass in die Kasse des Bundes mehr hereinkommt, als Konjunktur und Gesetzeslage derzeit erwarten lassen. In einem gewissen Maß ist das gelebte Praxis und zu rechtfertigen. Aber was zu viel ist, ist zu viel. Das wissen die Beteiligten selbst. Ihr Tun widerspricht den Haushaltsgrundsätzen von Wahrheit und Klarheit. Erschwerend kommt hinzu, dass die Koalition mit Rückflüssen aus Notlagemaßnahmen arbeitet, was mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Nachtragshaushalt, den die Ampel kurz nach ihrem Start beschlossen hatte, nicht vereinbar sein dürfte. Die Koalition macht sich nochmals angreifbar. Weil die Regierungsspitze nicht in der Lage war, einen schlüssigen Entwurf vorzulegen, bei dem Ausgaben und Einnahmen so zueinander stehen, wie es das Grundgesetz vorseht, müssen die Abgeordneten umso mehr nachbessern. Gutes Regieren sieht anders aus.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 8 Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Meyer, wie sauer sind Sie auf Finanzminister Lindner, der Ihnen einen unfertigen Haushalt mit einer Lücke von mehreren Milliarden Euro vorgelegt hat? Gar nicht. Es gibt im Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 eine größere Baustelle, das ist die Globale Minderausgabe (GMA). Aber so groß ist der Handlungsbedarf nicht.

Die GMA beinhaltet die Hoffnung, dass im Haushaltsjahr über alle Ressorts hinweg weniger ausgegeben wird, weil zum Beispiel Fördermittel nicht abgerufen werden. Im Regierungsentwurf sind zwölf Milliarden Euro vorgesehen. Wie wollen Sie die GMA kürzen? Als FDP stehen wir zu einem mit der Schuldenbremse des Grundgesetzes konformen Haushalt. Vollkommen rechtssicher ist eine GMA bei zwei Prozent der insgesamt veranschlagten Ausgaben. Wir sind im Entwurf bei 2,5 Prozent, deshalb muss die GMA möglichst auf unter zehn Milliarden Euro sinken. Das ist machbar, wenn beispielsweise jeder der drei Ampel-Partner in den jeweils eigenen Ressorts 800 Millionen Euro kürzt. Dazu waren die FDP-Minister wohl bereit, auch die SPD-Minister hätten mitgemacht. Der dritte Partner in der Regierung sah sich dazu nicht in der Lage, weshalb wir im Parlament jetzt gefordert sind.

Laut Bundesbank ist es „sehr ambitioniert“, 4,5 Milliarden Euro beim Bürgergeld zu sparen. Was sagen Sie dazu? Beim Bürgergeld hat sich der zuständige Arbeitsminister nun zwei Jahre infolge verrechnet, was die tatsächlichen Ausgaben angeht. Wir haben mit Nachdruck darauf gedrungen, dass das Zahlenwerk valide sein muss. Sollte sich der Haushaltsansatz für das Bürgergeld erneut als zu gering erweisen, muss der zuständige Ressortminister im Haushaltsvollzug sicherstellen, dass die Planzahlen insgesamt eingehalten werden. Sollte das nicht passieren, ist das Bundesfinanzministerium mit haushaltswirtschaftlichen Maßnahmen gefordert.

Zuschüsse an die Bahn werden zu Eigenkapitalzuschüssen, so fallen sie nicht unter die Schuldenbremse. Ist das seriöse Haushaltspolitik oder Trickerei? Die Bundesregierung ist mit diesem Haushaltsentwurf an die Grenze des seriös Darstellbaren gegangen. Grundsätzlich ist die Bahn einnahmefähig, das heißt, es gibt eine denkbare Renditemöglichkeit über Ausschüttungen an den Bund. Die Eigenkapitalerhöhung bleibt ebenso wie das Darlehen als finanzielle Transaktion bei der Schuldenbremse unberücksichtigt. Als FDP hätten wir sicher andere Vorstellungen, um Zukunftsinvestitionen zu finanzieren, über vermehrte Aktivierung von privatem Kapital, aber auch insbesondere über Effizienzsteigerungen bei den Ausgaben für Arbeit und Soziales. Aber das ist in der Ampel-Koalition leider nicht umsetzbar.

Wird die FDP dem Rentenpaket II im Bundestag zustimmen? Zu dem Paket gehört die Aktienrente, die deutlich höher ausfallen wird, als die einmalig zehn Milliarden Euro, die im Koalitionsvertrag stehen. Außerdem ist ein individuelles Vorsorgedepots geplant und die Reform der Riester-Rente. Mit diesen Maßnahmen machen wir die Altersvorsorge zukunftsfähiger. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung sehen wir die sogenannte Haltelinie von 48 Prozent kritisch, denn diese starre Untergrenze würde zu steigenden Rentenversicherungsbeiträgen und Steuerzuschüssen führen. In der FDP-Fraktion ist die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen, ob wir das in der Form mittragen.

»Drei zentrale Themen«

CHRISTOPH MEYER Migration, Wirtschaft und Haushalt - hier muss sich die Ampel beweisen, sagt der FDP-Fraktionsvize



© picture-alliance/XAMAX

Kann die Koalition an der Renten-Frage platzen? Für die SPD ist ein dauerhaftes Rentenniveau von 48 Prozent eine Conditio sine qua non? Meiner persönlichen Meinung nach halten sich derzeit die Vor- und Nachteile aller geplanten Maßnahmen um die Altersvorsorge die Waage. Es gibt im Herbst 2024 drei zentrale Themen: Migration, wirtschaftliche Dynamik und den Haushalt. Wir müssen zu Zurückweisungen an den Grenzen kommen. Hier treten wir als FDP für mehr Maßnahmen ein, als bisher im Regierungs-

paket stehen. Die wirtschaftliche Dynamik wird nicht nur für die Zukunft dieser Koalition entscheidend sein, sondern entscheidet auch die Zukunftsfähigkeit des Landes. Die diskutierten Renten-Änderungen sind wichtig, aber eben nicht zentral.

Das klingt so, als ob Sie den Koalitionsbruch bereits einkalkulieren? Ohne die vom Kabinett beschlossene 49 Punkte umfassende Wachstumsinitiative gibt es keinen Haushalt, da dessen Planzahlen auf der Initiative aufbauen und un-

sere Partner der gemeinsamen Verabschiedung zugestimmt haben. Ohne Haushalt ist eine Regierung am Ende. Das ist allen klar.

Auch bei der Autobahn GmbH ließen sich Investitionsmittel über Eigenkapitalzuschüsse generieren, wenn die Einnahmen aus der Lkw-Maut direkt an die Autobahn GmbH flössen. Der Ökonom Lars Feld hält es sogar für denkbar, dass die Autobahngesellschaft eigene Schulden aufnimmt. Ist das sinnvoll? Als FDP waren wir in den vergangenen Jahren sehr zurückhaltend, wenn es darum ging, öffentliche Unternehmen mit eigenen Kreditemächtigungen auszustatten. Im konkreten Fall wären wir diesen Weg gegangenen, der hätte aber eine ganze Reihe von gesetzlicher Vorarbeit und Abstimmungen mit den Ländern erfordert und so den geplanten zeitlichen Rahmen für die Beratung des Bundeshaushalts erheblich verzögert.

Feld hält auch private Minderheitsbeteiligungen an der Autobahn GmbH für denkbar. Ist das für die FDP vorstellbar? Das wäre zum Beispiel ein logischer nächster Schritt. Wir investieren 80 Milliarden Euro aus dem Kernhaushalt, dazu kommen die Mittel aus dem Klima- und Transformationsfonds. Insgesamt kommen wir 2025 auf mehr als 100 Milliarden Euro an Investitionsmitteln. Der Staat kann die nötigen Zukunftsinvestitionen aber nicht alleine tragen. Wir müssen grundsätzlich darüber reden, privates Kapital zu mobilisieren.

Die FDP würde die (Teil-)Privatisierung von Autobahnen forcieren? Das ist für uns perspektivisch ein gangbarer Weg, der aber für die aktuellen Haushaltsberatungen nicht relevant ist, weil SPD und Grüne hier fundamental andere Vorstellungen haben.

16 Milliarden Euro sollen 2025 in die Förderung von Solar- und Windenergie fließen, 10,6 Milliarden Euro mehr als der Bund 2024 für die Übernahme der EEG-Umlage veranschlagt hat. Ist ein Förderungsstopp bei den erneuerbaren Energien nötig? Wir wollen das. Immerhin werden nun bei neuen Anlagen negative Strompreise nicht mehr vergütet. Es ist aber unabdingbar, dass die Förderung der erneuerbaren Energien ausläuft. Diese sind mittlerweile auch ohne Förderung am Markt wettbewerbsfähig und Subventionen kann sich das Land nicht auf Dauer leisten.

Für die Militärhilfen für die Ukraine sind 2025 nur noch vier Milliarden Euro vorgesehen. Wie soll die ukrainische Armee da auf Augenhöhe mit der russischen kommen, Stichwort Feuerkraft? Wir werden bei entsprechenden Anforderungen reagieren. Das haben wir in der Vergangenheit getan und das werden wir auch künftig machen. Für 2025 haben wir uns mit unseren internationalen Partnern darauf geeinigt, dass wir neben den nationalen Mitteln die Erträge aus eingefrorenen russischen Vermögen nutzen wollen, um die Ukraine zu unterstützen. Das ist sinnvoll.

Was ist, wenn das nicht funktioniert? Lassen Sie die Ukraine dann im Stich? Nein. Dann müssen wir im November prüfen, welche Konsequenzen das für die nationalen Haushalte hat, auch den Bundeshaushalt.

Das Gespräch führte Stephan Balling.

Christoph Meyer ist seit 2017 Mitglied im Bundestag und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Vorbereitete: Yannick Bury

Sein erstes Rendezvous mit professioneller Politik endete ernüchternd. Yannick Bury war 16, und der Klassensprecher an der Emil-Dörle-Realschule im badischen Herbolzheim zog im Auftrag der Schülervertretung zum Bürgermeister: Das Schulgebäude war marode, und anstatt des von der Politik geplanten Anbaus wollte sich Bury für eine Ausbesserung der bestehenden Räumlichkeiten stark machen. Doch er hatte keinen Termin und scheiterte am Vorzimmer. Heute, 18 Jahre später, lächelt er darüber, als er aus dem Fenster im Paul-Löbe-Haus schaut: Gerade wollte jemand etwas von ihm. Die Präsidenten der baden-württembergischen Handwerkskammern besuchten den Bundestag, und Bury, 34, Abgeordneter der CDU für den Wahlkreis Emmendingen-Lahr, ist nun gefragt als damals als Schüler. Heute ist erst mal Haushalt angesagt. Der Bundestag debattiert über den aktuellen Regierungsentwurf, und Bury zeigt sich halbwegs entsetzt. „Da klaffen so viele Lücken im Haushalt, das macht mich fast fassungslos“, sagt er. „Das verkompliziert das parlamentarische Verfahren ungemein“, schiebt Bury mit Blick auf die von ihm ausgemachte 12,5-Milliarden-Euro-Lücke nach, „und da sind die Sondervermögen noch gar nicht miteingerechnet“. Seit 2021 sitzt Bury im Bundestag, er gewann den Wahlkreis direkt. Seitdem arbeitet er im Haushaltsausschuss und im Petitionsausschuss. Beides ist etwas für Leute, die Akten gern und schnell lesen. Und redet der Bundestag nun beim Haushaltsentwurf nicht mehr mit, ist das nicht eine Stärkung der Legislative? „Ich befürchte das Gegenteil“, entgegnet er. „Eigentlich

sollten Globale Minderausgaben nur kleine Lückenfüller sein – im jetzigen Entwurf aber sind sie riesengroß.“ Die Folge: Im Zweifelsfall könne dann die Regierung entscheiden, welche Programme gestrichen werden, „das wäre eine Entmachtung des Parlaments“. Was würde er anders machen? „Der Etat müsste eigentlich einen klaren Schwerpunkt auf die Stärkung von innerer wie äußerer Sicherheit und der Wirtschaft abstellen.“ Das würde kosten, wie sieht er die Schuldenbremse?



© picture-alliance

»Da klaffen so viele Lücken im Haushalt, das macht mich fast fassungslos. Das verkompliziert das parlamentarische Verfahren ungemein«

„Das Haushaltsvolumen liegt mittlerweile über dem der Krisenhaushalte während Corona. Mangelnde Finanzmittel sind nicht das Problem, sondern der fehlende Mut, Prioritäten zu setzen.“ Bury wuchs in einer Arbeiterfamilie auf, sie unterstützte ihn bei seiner Neugier, bei seinen Ideen, die ihm kamen. In den Schulsummerferien jobbte er an der Supermarktkasse oder verkaufte Souvenirs im Europapark. Dann der Wechsel aufs Wirtschafts-

gymnasium, wo seine Faszination für Zahlen wuchs. Mit 16 war er in die Junge Union eingetreten – wenige Tage nach dem Nicht-Gespräch mit dem Bürgermeister hatte seine Schulklasse den Landtag besucht, und Bury seinen Frust geschildert. Ein CDU-Abgeordneter habe gemeint: „Dann musst du dich eben selbst engagieren.“ Die CDU wurde es dann, weil Bury in der Partei das größte Bemühen ausmachte, einen möglichst breiten Blick auf die Gesellschaft zu haben. „Dass Fleiß und Eigenverantwortung bei der CDU wertgeschätzt werden, hat mich zudem von Anfang an angesprochen“, erinnert er sich. Nach dem Abitur und dem Zivildienst studierte Bury Volkswirtschaftslehre in Freiburg, war Stipendiat der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung und fing beim Walter-Eucken-Institut als Forschungsreferent an. In diesem April schloss er seine Promotion ab. Parallel übernahm er Parteiämter, war ab 2019 Vorsitzender des Kreisverbands Emmendingen. Dann kündigte der langjährige Wahlkreisabgeordnete seinen Rückzug an. „Nach einer kurzen Überlegung, ob eine Kandidatur gerade in die Lebensplanung passt, warf ich meinen Hut in den Ring“, sagt der Vater eines jungen Kindes. Es klappte. Seitdem hängen in seinem Berliner Büro zwei Plakate mit den Konterfeis von Ludwig Erhard und Walter Eucken. Er hatte sie online erworben. „Eucken entwickelte die Grundsätze einer menschenwürdigen und funktionsfähigen Wirtschaftsordnung“, sagt er, „und Erhard setzte sie dann um“. Für einen Moment wirkt es, als lächelten sie. Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
13. September 2024

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de



Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.

GOGREEN PLUS
Wir vermeiden CO₂ durch den Versand mit der Deutschen Post

Redaktion
Dr. Stephan Balling (bal)
Lisa Brühlner (lbr)
Carolin Hasse (cha) (Volontärin)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (nki)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Sandra Schmid (sas)
Michael Schmidt (mis)
Helmut Stollenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 2025

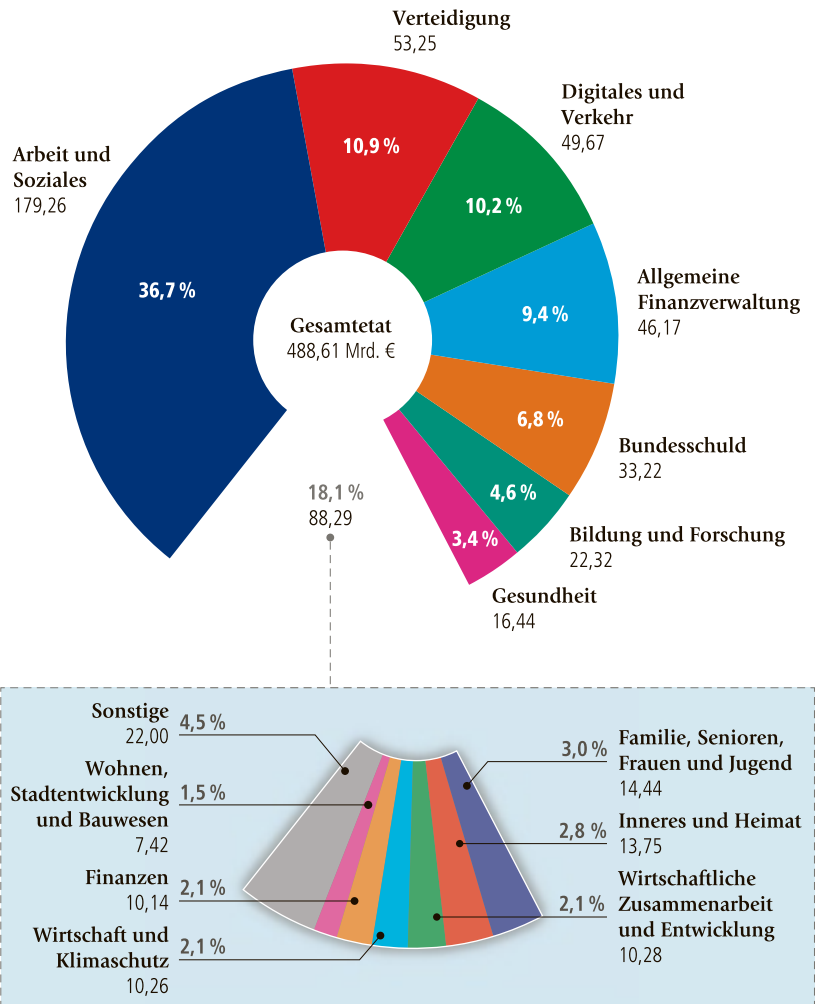
Einzelplan		EINNAHMEN		AUSGABEN	
		2025 in 1.000 €	Veränderungen zu 2024 in 1.000 €	2025 in 1.000 €	Veränderungen zu 2024 in 1.000 €
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	103	-	58.392	+ 11.298
02	Deutscher Bundestag	2.211	+ 7	1.252.969	+ 13.040
03	Bundesrat	81	+ 30	39.370	+ 1.087
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	3.100	- 565.602	3.918.537	+ 44.485
05	Auswärtiges Amt	67.819	-	5.871.239	- 836.473
06	Bundesministerium des Innern und Heimat	637.710	+ 48.987	13.748.181	+ 403.242
07	Bundesministerium der Justiz	729.777	+ 63.700	1.042.494	+ 13.495
08	Bundesministerium der Finanzen	408.804	+ 166.554	10.140.929	+ 331.598
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	2.574.543	+ 767.500	10.257.525	- 832.505
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	99.749	- 1.823	6.862.256	- 68.375
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.874.385	+ 39.335	179.257.094	- 118.404
12	Bundesministerium für Digitales und Verkehr	16.058.753	+ 189.373	49.667.947	+ 5.222.730
14	Bundesministerium der Verteidigung	330.997	- 51.938	53.250.000	+ 1.298.062
15	Bundesministerium für Gesundheit	106.185	+ 1.862	16.439.088	- 269.439
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit u. Verbraucherschutz	1.122.846	+ 60.774	2.650.765	+ 246.998
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	269.042	+ 10.005	14.443.101	+ 569.806
19	Bundesverfassungsgericht	40	-	43.469	+ 2.155
20	Bundesrechnungshof	369	- 13	197.557	+ 5.747
21	Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	85	-	47.161	+ 1.763
22	Unabhängiger Kontrollrat	-	-	12.300	+ 1.300
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	729.968	- 35.136	10.280.316	- 936.965
25	Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	250.870	+ 8.150	7.422.466	+ 694.258
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	51.251	-	22.318.939	+ 832.605
32	Bundesschuld	53.522.775	+ 619.312	33.216.446	- 6.355.345
60	Allgemeine Finanzverwaltung	409.767.657	- 1.592.005	46.170.579	- 547.091
SUMME		488.609.120	- 270.928	488.609.120	- 270.928

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 20/12400

Grafik: Stephan Roters

Ausgaben im Bundeshaushalt 2025

Einzelstats der Ministerien in Mrd. Euro und Anteile am geplanten Gesamtetat



Bodensatz-Leserei im Haushalt

ETAT 2025 Der Haushaltsentwurf ist eingebracht. Die Bundesregierung gibt den Fraktionen Hausaufgaben mit

488,61 Milliarden Euro soll der Bund im kommenden Jahr ausgeben dürfen. Das sieht der Regierungsentwurf für den Haushalt 2025 (20/12400) vor, auf den sich die Koalition im Sommer nach langem Streit geeinigt hatte. Am Dienstag brachte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) den Etatentwurf in den Bundestag ein. Die Opposition konnte dem mehr als 3.000 Seiten starken Entwurf erwartungsgemäß wenig Positives abgewinnen. Die Koalition sah das anders, meldete aber ebenfalls Nachbesserungsbedarf an. Ohnehin haben die Haushaltsexpertinnen und -experten der Koalition von der Bundesregierung unfreiwillig Hausaufgaben bekommen. Sie müssen noch ein Milliardenloch stopfen.

»Das war kein Selbstläufer. Um diesen Haushalt haben wir hart gerungen.«

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP)

Nachtragshaushalt Gegenüber dem laufenden Jahr fallen die Ausgabenansätze um 271 Millionen Euro geringer aus – legt man den ebenfalls in dieser Woche eingebrachten Nachtragshaushaltsentwurf (20/12770) zugrunde. Ursprünglich hatte der Bundestag für den Haushalt 2024 einen Ausgabenansatz von 476,8 Milliarden Euro beschlossen. Höhere Kosten beim Bürgergeld und bei den Ausgleichszahlungen an die Übertragungsnetzbetreiber zwangen Lindner jedoch zu einer Nachbesserung im laufenden Jahr. Wie in den Vorjahren reichen die im Haushaltsentwurf 2025 veranschlagten Einnahmen nicht aus, um die Ausgaben zu decken. Die Einnahmen aus Steuern und Co. sollen sich 2025 auf 436,58 Milliarden Euro belaufen, hinzu kommt eine Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 0,52 Milliarden Euro. Die verbleibenden 51,30 Milliarden Euro müssen auf Pump finanziert werden – das sind immerhin rund 10,7 Prozent des Gesamthaushalts. Die geplante Neuverschuldung liegt über der des laufenden Jahres, die laut Nachtragshaushalt bei 50,34 Milliarden Euro liegen soll. In beiden Fällen liegt die Kreditaufnahme exakt im Rahmen der Schuldenregel des Grundgesetzes.

Konjunkturkomponente Finanzminister Lindner kann in beiden Jahren deutlich mehr frisches Geld aufnehmen als die nach der Schuldenregel des Grundgesetzes grundsätzlich zulässigen 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Grund dafür ist die lahmende Konjunktur im Land. Die so genannte Konjunkturkomponente erlaubt deshalb eine deutlich höhere Kreditaufnahme, im kommenden Jahr um rund 9,8 Milliarden Euro zusätzlich. In diesem Jahr sind es laut Nachtragshaushalt sogar 19,0 Milliarden Euro. Dass die Verschuldung im Rahmen der Schuldenbremse bleibt, darauf hat die FDP immer wieder bestanden und sich letztlich durchgesetzt. Bei seinen Kabinettskollegin-

nen und -kollegen scheint der Finanzminister mit seinen Konsolidierungsappellen allerdings nicht ganz so erfolgreich gewesen zu sein. Denn die Ausgaben sind de facto zu hoch. Als die Bundesregierung im Juli den Regierungsentwurf verabschiedete, schrieb sie deshalb zunächst eine sogenannte Bodensatz-GMA in Höhe von 17 Milliarden Euro in den Haushalt.

Bodensatz-GMA GMA steht für Globale Minderausgabe und an sich sind GMAs in Haushalten nichts Ungewöhnliches. Sie können beispielsweise genutzt werden, um Einsparvorgaben in die Haushalte zu schreiben, ohne direkt vorzugeben, in welchen Titeln weniger ausgegeben werden soll – das ist dann Aufgabe der Ressorts im Haushaltsvollzug. Die Bodensatz-GMA im Bundeshaushalt wird im Einzelplan 60 ausgewiesen. Dahinter steht die Erfahrung, dass in der Regel nicht alle im Haushalt veranschlagten Ansätze ausgeschöpft werden. Deshalb werden die Ausgaben pauschal um diesen Bodensatz gekürzt. Allerdings sind 17 Milliarden Euro ein ungewöhnlich hoher Betrag für eine Globale Minderausgabe. Daher hatte die Bundesregierung mit dem Kabinettsbeschluss angekündigt, die Zeit bis zur Zuleitung des Entwurfs an den Bundestag im August zu nutzen, um den Betrag zu reduzieren. Angestrebt wurde eine GMA von acht bis neun Milliarden Euro. Das ist der Bundesregierung nicht gelungen. Im jetzt zur Debatte stehenden Haushaltsentwurf beträgt die Bodensatz-GMA zwölf Milliarden Euro. Vom Tisch ist zum Beispiel die Idee, Zuschüsse an die Autobahn GmbH in Darlehen umzuwandeln (siehe auch Interview auf Seite 2). Darlehen gelten haushaltsrechtlich als finanzielle Transaktionen und werden nicht auf die Schuldenbremse angerechnet. Anders verhält es sich bei der Deutschen Bahn. Hier

hat die Bundesregierung beschlossen, einen Teil der geplanten Zuschüsse in Höhe von 4,5 Milliarden Euro auf die ohnehin geplante Eigenkapitalerhöhung draufzuschlagen. Auch eine Eigenkapitalzuführung gilt als finanzielle Transaktion und wird daher nicht auf die Schuldenbremse angerechnet. Damit konnte auch die GMA gesenkt werden.

Neuregelung bei Zinsausgaben Es ist nicht die einzige Maßnahme, die die Bundesregierung nutzt, um haushaltspolitische Spielräume zu schaffen. So will die Bundesregierung Zinsausgaben künftig „periodengerecht“ veranschlagen, ein entsprechender Gesetzentwurf (20/12771) wurde ebenfalls in dieser Woche eingebracht. Dabei geht es um Agien (Aufschläge) und Disagien (Abschläge) bei Bundeswertpapieren, also vor allem bei Bundesanleihen. In den Jahren der Niedrigzinspolitik profitierte der Bundeshaushalt enorm von Aufschlägen in Milliardenhöhe. Doch der Wind hat sich gedreht: 2023 veranschlagte der Bund Abschläge von 14,9 Milliarden Euro, 2024 immerhin noch 9,2 Milliarden Euro. Für 2025 sind theoretisch 8,1 Milliarden Euro eingeplant. Durch die Gesetzesänderung sollen die Abschläge künftig aber über die Laufzeit der jeweiligen Papiere verteilt werden. Für den Haushalt des kommenden Jahres bedeutet dies laut Entwurf eine Entlastung von 7,3 Milliarden Euro, die sich allerdings in späteren Haushaltsjahren wieder als Belastung niederschlägt. Weitere Entlastungen verspricht sich die Bundesregierung vom Haushaltsbegleitgesetz 2025. Die darin vorgesehenen Änderungen sollen für den Haushalt 2025 bereits eingeplante Spielräume im unteren einstelligen Milliardenbereich schaffen.

»Wachstumsinitiative« eingepreist Auf der Einnahmenseite hat das Prinzip Hoffnung Einzug in den Haushaltsentwurf gehalten. So hat die Bundesregierung die erhofften Erfolge ihrer „Wachstumsinitiative“ bereits veranschlagt. Dazu sind als Globale



Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) setzt auf die „Wachstumsinitiative“ der Regierung. Muss er auch, denn sie ist im Etat bereits eingepreist. © DBT/Felix Zahn/ photothek

Mehreinnahme 14,27 Milliarden Euro für „finanzielle Auswirkungen der Wachstumsinitiative“ und „Einnahmeverbesserungen gegenüber der Steuerschätzung“ eingepreist. Dem stehen aber auch Globale Mindereinnahmen von 7,34 Milliarden Euro gegenüber. Die öffentliche Debatte über den Haushaltsentwurf hatte in den vergangenen Wochen an Schärfe gewonnen. Die Opposition übte Kritik, auch Bundesbank und Bundesrechnungshof äußerten sich skeptisch. Vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023 zum Nachtragshaushalt 2021 wurden zudem immer wieder verfassungsrechtliche Bedenken geäußert, etwa im Hinblick auf eine zu hohe Bodensatz-GMA, die den Grundsätzen der Haushaltswahrheit und -klarheit widerspreche, oder im Hinblick auf eine mögliche Umgehung der Schuldenbremse durch die Verschleierung von Ausgaben als Darlehen.

»Aus Fehler gelernt« Angesichts des Ringens innerhalb der Ampel und des öffentlichen Streits um den Haushalt für das kommende Jahr räumte Finanzminister Lindner gleich zu Beginn seiner Rede am Dienstag ein, dass es sich die Bundesregierung nicht leicht gemacht habe: „Das war kein Selbstläufer. Um diesen Haushalt haben wir hart gerungen.“ Man habe ökonomische und rechtliche, „aber auch unsere jeweiligen politischen Grenzen gesehen“, so Lindner. Aber: „Der vorliegende Haushaltsentwurf ist rechtssicher. Wir haben aus einem Fehler gelernt.“ Lindner verwies auf die stagnierende wirtschaftliche Lage und die dagegen in Stellung gebrachte Wachstumsinitiative. Die Initiative sei nicht nur politisch untrennbar mit dem Bundeshaushalt verbunden. „Wir benötigen ihre Maßnahmen auch, um durch mehr wirtschaftliche Dynamik die Einnahmenseite unseres Haushalts zu stärken und um die weitere Steigerung von Ausgaben zu begrenzen“, so Lindner. Auch auf die Bodensatz-GMA ging der Finanzminister ein. Es sei der Bundesregie-

rung – „trotz aller Bemühungen“ – nicht gelungen, diese weiter zu reduzieren. Dies sei nun vor allem Aufgabe des Bundestags. Zielmarke seien 9,6 Milliarden Euro – also eine Absenkung um 2,4 Milliarden Euro. Man wisse aus der Staatspraxis, dass so eine GMA in Höhe von 2 Prozent regelmäßig erreicht werde. Das sei nicht nur eine verfassungsrechtliche Frage, sondern auch eine wirtschaftliche. „Je geringer die Globale Minderausgabe ist, die wir einplanen, desto klarer ist auch der Haushaltsvollzug im nächsten Jahr zu planen“, so Lindner.

»Nichteinigung« Anders als Lindner bewertete Mathias Middelberg (CDU) das Ringen der Bundesregierung um eine Einigung im Haushaltsstreit als gescheitert. Die Unionsfraktion könne keine Haushaltseinkünfte feststellen, kritisierte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende in der Allgemeinen Finanzdebatte im Anschluss an Lindners Rede am Dienstag. „Eigentlich stellen wir fest, dass Sie sich trotz 80-stündiger Beratung gar nicht geeinigt haben und das Ergebnis dieser Nichteinigung jetzt an das Parlament delegieren und das auch noch als Souveränitätsgewinn für das Parlament verkaufen wollen.“ Der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr sei „maximal unrealistisch“, „unehrlich“ und „verantwortungslos“. Kein Haushaltsentwurf habe bisher „in so umfassendem Umfang ungedeckte Positionen“ enthalten, kritisierte der Christdemokrat und verwies auf weitere Minderausgaben im Etat und im Klima- und Transformationsfonds. Ähnlich scharfe Kritik äußerte Peter Boehringer für die AfD-Fraktion mit Blick auf die Bodensatz-GMA. „Der Haushalt ist also sogar ganz offiziell noch gar nicht durchgeführt, was direkt dem Gebot des Artikels 110 Grundgesetz – ausgeglichene Einnahmen und Ausgaben – zuwiderläuft“,

sagte der Abgeordnete. Boehringer verwies ebenfalls auf weitere etatisierte Minderausgaben – seine Fraktion komme auf 39 Milliarden Euro: „Das ist unseriös und wird auch nie im Leben im parlamentarischen Prozess hier aufgeholt werden.“ Die Bundesregierung laufe „vorsätzlich in eine Budgetlücke im Haushaltsvollzug 2025 hinein“, kritisierte der haushaltspolitische Sprecher seiner Fraktion.

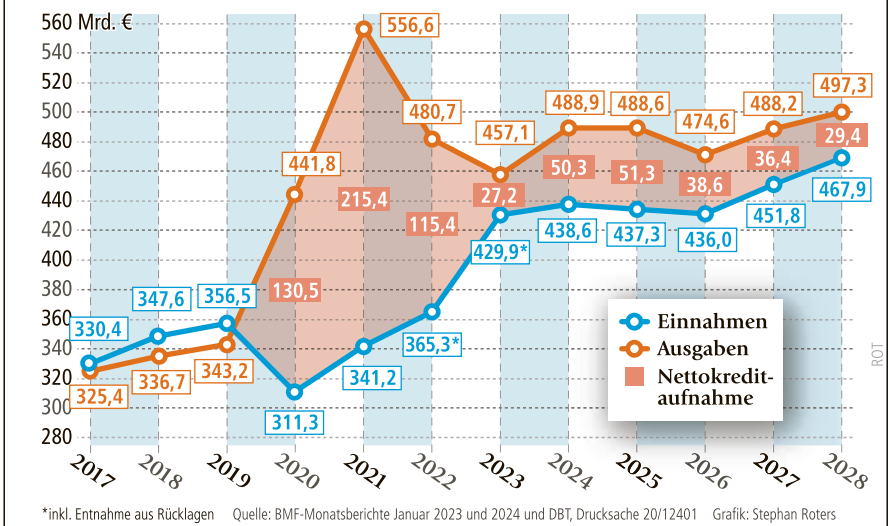
Streit und Kompromiss erwartet Unterstützung erhielt die Bundesregierung hingegen aus der Koalition, wenn auch zum Teil in leisen Tönen. Dennis Rohde (SPD) ging ebenfalls auf die Wachstumsinitiative ein. Diese werde die Wirtschaftskraft des Landes entfesseln und Menschen in Arbeit führen. Rohde betonte, dass die GMA weiter gesenkt werden müsse. Allerdings sei das nicht allein Aufgabe des Parlaments. Auch die Bundesregierung könne noch „einernehmliche Vorschläge“ machen. Mit Blick auf die Haushaltsberatungen sagte Rohde harte Auseinandersetzungen voraus. „Aber ich bin der festen Überzeugung: Wir werden, auch wenn wir unterschiedliche Fraktionen sind, am Ende einen Kompromiss finden, weil wir den Kompromiss nicht scheuen“, schloss der haushaltspolitische Sprecher.

Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) betonte, dass entgegen allen Befürchtungen kein Sparhaushalt vorgelegt worden sei. Vielmehr würden Prioritäten gesetzt, etwa bei der Versorgung und Absicherung von Kindern. Kindler verteidigte auch das Vorhaben der Koalition, die Zinsausgaben periodengerecht zu veranschlagen, gegen den Vorwurf der Trickerei. Viele Expertinnen und Experten hätten dies seit langem gefordert. „Das ist ein wichtiger Beitrag zur Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit“, so der haushaltspolitische Sprecher der Grünen. Klar sei aber auch, dass der Haushalt „nicht an allen Ecken und Enden zu Ende gedacht“ sei. Für seine Fraktion kündigte er beispielsweise Nachbesserungsbedarf bei der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit an.

Kritik an Union Für die FDP-Fraktion griff Christoph Meyer die Unionsfraktion an. Kritik am Haushaltsentwurf sei zwar ihr „Königsrecht“, aber ein Jahr vor der Bundestagswahl „wäre es doch schon interessant, zu erfahren, wofür die CDU/CSU eigentlich steht“, so Meyer. Unklar sei etwa, wie sich die Union beim Thema Schuldenbremse positioniere, sagte der Fraktionsvize mit Blick auf die Diskussionen in der CDU. Die Entwürfe für den Nachtragshaushalt und den Haushalt 2025 gehen nun in die parlamentarische Beratung. Der Etat für das kommende Jahr soll Ende November verabschiedet werden, der Nachtragshaushalt bereits vorher. Sören C. Reimer

Entwicklung des Bundeshaushaltes bis 2028

Einnahmen und Ausgaben in Mrd. Euro (Ist bis 2023, Soll 2024, Entwurf 2025, Finanzplan 2026 - 2028)



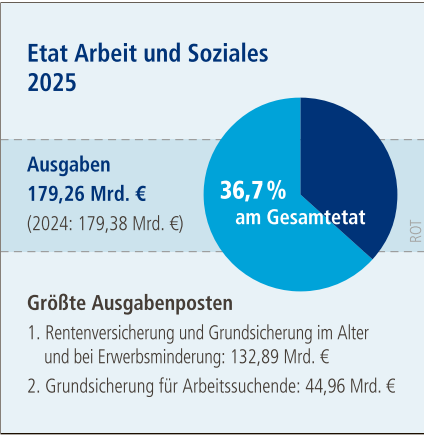
Kosten und Nutzen

ARBEIT UND SOZIALES Bundesarbeitsminister Heil erneuert seine Forderung nach einem Mindestlohn von 15 Euro. AfD und FDP kritisieren »Tricksereien beim Bürgergeld«

Es ist eine Forderung, die nicht so recht zu den Nachrichten der jüngsten Zeit zu passen scheint. Seit Wochen erschrecken große deutsche Konzerne, allen voran der Volkswagen-Konzern, ihre Belegschaften mit der Ankündigung eines massiven Stellenabbaus. Und was macht Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD)? Fordert eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 15 Euro. Auf den Widerspruch der Arbeitgeber dürfte Heil minütlich nach Bekanntwerden seines Vorschlags gewartet haben. Der Minister begründete seine Forderung mit der Europäischen Mindestlohnrichtlinie, die für die Mitgliedstaaten einen Mindestlohn in Höhe von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns vorsieht. Nach Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes wären das derzeit 15,27 Euro pro Stunde statt wie aktuell 12,41 Euro. In der Debatte über den Haushaltsplan des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für 2025, mit dem sich der Bundestag am Dienstag dieser Woche befasste, verteidigte der Minister seine Initiative: „Wenn wir über die Zukunft der Arbeit reden, dann brauchen wir nicht nur gute Arbeitsplätze, sondern auch einen Lohn, von dem man leben kann.“ Natürlich arbeite die Mindestlohn-Kommission (das Gremium aus Arbeitgeber und Gewerkschaften, das über die Höhe des Mindestlohns entscheidet, Anm. d. Red.) unabhängig, aber sie sei nicht losgelöst von Recht und Gesetz. Das betreffe zum einen die deutsche Gesetzgebung, aber eben auch die europäische, betonte der Minister. Bis November müsse er nach Brüssel melden, ob das deutsche Recht dem EU-Recht entspreche.

Hermann Gröhe (CDU) warf der Bundesregierung vor, durch falsche Wirtschaftspolitik die Sorgen vieler Belegschaften vor einer Deindustrialisierung erst befeuert zu haben. Zwar weise der Minister gern auf Managementfehler hin, aber die Industrie leide auch unter Fehlern der aktuellen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. „Sie verweigern sich einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten und betreiben eine Politisierung des Mindestlohns, das ist das Gegenteil von dem, was wir jetzt brauchen“, sagte Gröhe.

Stabile Systeme Markus Kurth (Bündnis 90/Die Grünen) forderte, in der Debatte nicht alles nur schlecht zu reden. Denn: „Es ist gelungen, eine Gesamtstabilisierung des Etats zu erreichen. Diese Botschaft müssen wir doch an die Bürger senden, dass wir die Systeme zur Absicherung zentraler Lebensrisiken stabil halten!“ Verallgemeinernde Katastrophenszenarien und das Herabsetzen ganzer Bevölkerungsgruppen würden auch der Union am Ende



nicht helfen, sagte Kurth unter Verweis auf die Bürgergeld-Debatten der vergangenen Monate. Norbert Kleinwächter (AfD) warf der Regierung vor, im Haushaltsentwurf mit geschönten Zahlen zu arbeiten. Es sei absurd, für das Bürgergeld fünf Milliarden Euro weniger einzuplanen, denn die Regierung wisse genau, dass diese nicht zu halten sein werden. „Nächstes Jahr werden wir so hohe Kosten im Bürgergeld haben wie nie zuvor“, prophezeite Kleinwächter. Claudia Raffelhüschen (FDP) kritisierte diesen Punkt ebenfalls. Schon im vergangenen Jahr hätte sich die Bundesregierung massiv verschätzt und musste nachträglich Geld ins System pumpen. „Wir brauchen unbedingt Einsparungen, weil unsere Sozialsysteme marode sind, aber die Tricksereien beim Bürgergeld sind nur Wasser auf die Mühlen der Rechten und Linken“, sagte sie. Katrin Michel (SPD) sagte, sie wolle auch weiter in einer solidarischen Gesellschaft leben. Sanktionen im Bürgergeld seien dazu kein Widerspruch. „Wir verfolgen Sozialleistungsbetrug konsequent“, betonte sie und kritisierte die Union dafür, sich seit Monaten auf „unsäglich Art und Weise“ am Bürgergeld abzuarbeiten und auf Kosten der Ärmsten immer wieder Neid und Missgunst zu säen. Sie verteidigte außerdem den Fokus der Arbeitsmarktpolitik auf Qualifizierung und Weiterbildung. „denn wir brauchen jede und jeden in diesem Land“, so Michel.

Matthias W. Birkwald (Die Linke) arbeitete sich vor allem an der Rentenpolitik ab. Die aktuelle Debatte sei gruselig. „Haben Sie sich schon mal gefragt, wie ein Bauarbeiter noch länger arbeiten soll?“, fragte er. Da die Renten alles andere als generös seien, bräuchte es dringend eine Rentenerhöhung von zehn Prozent, so Birkwald. Alexander Ullrich (BSW) warf der Ampel-Regierung vor, das Land zugrunde zu richten. Jeden Tag häuften sich Meldungen über einen großflächigen Stellenabbau bei großen Unternehmen, die Sanktionspolitik müsse deshalb endlich ein Ende haben.

Blick auf die Zahlen Laut Haushaltsentwurf (20/12400) für 2025 soll das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im nächsten Jahr 179,26 Milliarden Euro ausgeben können. Das ist gegenüber 2024 und dem Gesamtvolumen nur eine verhältnismäßig geringe Kürzung von rund 118 Millionen Euro. Der Löwenanteil entfällt wie immer auf die jährlich steigenden Rentenkosten: Zuschüsse an die Rentenversicherung und die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung verschlingen 132,89 Milliarden Euro und damit mehr als 2024 (127,3 Milliarden Euro). Deutliche Einsparungen sind beim Bürgergeld geplant, für das 25 Milliarden Euro statt wie in diesem Jahr 29 Milliarden Euro eingestellt sind. Ob diese Planung vor dem Hintergrund der eingetübten Konjunkturaussichten Bestand haben wird, bleibt freilich abzuwarten.

Claudia Heine |

»Nächstes Jahr werden wir so hohe Bürgergeld-Kosten haben wie nie zuvor.«

Norbert Kleinwächter (AfD)

Lauterbach verkündet »Herbst der Reformen«

GESUNDHEIT Etat schrumpft auf 16,44 Milliarden Euro

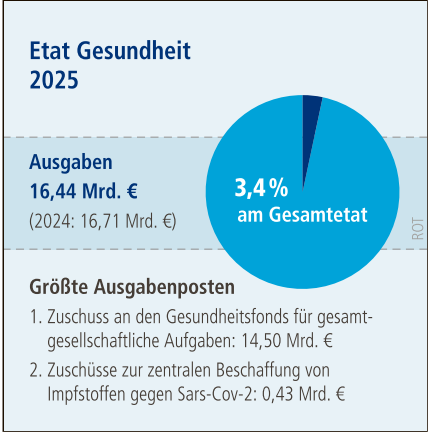
Bei Gesundheitsdebatten ist die Schlachtordnung in dieser Legislatur eigentlich immer gleich: Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) präsentiert stolz einen üppigen Strauß an Reformvorhaben, der anschließend von der Opposition genüsslich zerpfückt wird. So war es auch am Donnerstag wieder in der ersten Beratung über den Gesundheitsetat 2025, der Ausgaben in Höhe von rund 16,44 Milliarden Euro vorsieht, rund 269 Millionen Euro weniger als im laufenden Jahr. Insbesondere die CDU wird nicht müde, sich an den Vorlagen des Ressortchefs abzuarbeiten: Gesetze kämen entweder nicht oder zu spät oder sie seien schlecht. Bisweilen ist dem Minister anzusehen, wie mühsam er die Contenance bewahrt.

Digitales Entwicklungsland Lauterbach kündigte einen „Herbst der Reformen“ an und nannte unter anderem die Krankenhausreform und die Reform der Pflegefinanzierung. Der Minister betonte: „Wir haben einen unmittelbaren Handlungsbedarf. Unser Gesundheitssystem ist in einer Notlage.“ So sei Deutschland in der Digitalisierung ein Entwicklungsland. Er versicherte: „Wir werden einen Digitalisierungssprung erreichen.“ Ohne Digitalisierung sei der Übergang in ein modernes Gesundheitssystem nicht zu schaffen. Der Minister ging auch auf die steigenden Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ein und betonte: „Die Beitragsätze stehen unter Druck, weil die Strukturformen bliebe nur die Möglichkeit, Leistungen zu kürzen; das lehne er ab. Die Union hielt dem Minister vor, sich in Ankündigungen zu verlieren. Tino Sorge (CDU) erinnerte daran, dass Lauterbach etwa bei der Digitalisierung früher selbst gebremst habe. Hinsichtlich der Krankenhausreform hielt Sorge dem Minister Realitätsverweigerung vor, weil die Fachleute zuletzt beim Krankenhauspapier klar gemacht hätten, dass es so nicht geht. Auf die Reform der Pflegefinanzierung warte die Opposition schon seit zwei Jahren. Sorge kritisierte, statt durchdachte Strukturformen vorzulegen, beschränke sich Lauterbach im Wesentlichen auf Ankündigungen.

Haushaltsrisiken Paula Piechotta (Grüne) ging auf die Haushaltsrisiken ein, die sich nach Einschätzung des Bundesrechnungshofes aus Skandalen während der Coronapandemie ergäben. Sie nannte in dem Zusammenhang die Betrugsfälle mit Corona-Testzentren. Viel Geld sei in die Hände von Betrügern gefallen. Auch die Länder müssten verstärkt die Abrechnungen prüfen, um das Steuergeld zu retten. Piechotta forderte ferner Aufklärung zu den überbeurten Ankäufen von Schutzmasken. Mit Blick auf noch laufende Rechtsstreitigkeiten mit Unternehmen, die Masken geliefert haben, bezifferte sie das Haushaltsrisiko auf mehr 2,5 Milliarden Euro. Hier sei Steuergeld verbrannt worden. Ähnlich äußerte sich Karsten Klein (FDP), der eine dezidierte Aufklärung der Masken-

Geschäfte versprach. Er betonte: „Wir bleiben da dran, die Fehler dürfen sich nicht wiederholen. Wir werden der Sache auf den Grund gehen.“ Im Streit über die Krankenhausreform forderte Klein alle Seiten auf, sich an Lösungen zu beteiligen. Die Länder forderten immer wieder Geld vom Bund und seien selbst mit rund 30 Milliarden Euro Investitionen in Krankenhäuser im Rückstand.

Steigende Beiträge Wolfgang Wiehle (AfD) kritisierte den geplanten Krankenhaus-Transformationsfonds in Höhe von 50 Milliarden Euro. Während die Länder zu 25 Milliarden Euro beteiligt würden, stünden für die andere Hälfte die Beitragszahler gerade. Dadurch stiegen die Kassenbeiträge noch schneller. Wiehle rügte, es werde zu viel Geld für die falschen Dinge ausgegeben, so etwa zugunsten von Migranten und Kriegsflüchtlings, die von den Krankenkassen alle mitfinanziert würden.



Der AfD-Politiker kritisierte auch die in den Haushalt eingestellten Zahlungen für Pandemiebereitschaftsverträge (336 Millionen Euro). Das Ziel sei, im Notfall schnell Impfstoffe zu produzieren. „Das ist ein Spiel mit dem Feuer, sparen wir uns das.“ Svenja Stadler (SPD) appellierte an die Abgeordneten, die nötigen Reformen im Gesundheitswesen zu unterstützen. Deutschland stehe vor großen Herausforderungen. „Wir brauchen innovative und mutige Lösungen.“ Das sei nicht leicht, denn plötzlich müssten alle Menschen im System Verantwortung übernehmen und eingetretene Pfade verlassen. Sie hoffe, dass sich alle zusammenraufen könnten, um ein modernes, zuverlässiges und nachhaltiges Gesundheitssystem zu gestalten.

Long-Covid Im Gesundheitsetat für 2025 (20/12400) sind 15 Millionen Euro für Modellprojekte zur Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Long-Covid eingeplant. Forschungsvorhaben zum Drogen- und Suchtmittelmissbrauch sollen mit rund fünf Millionen Euro finanziert werden. Für das internationale Gesundheitswesen stehen insgesamt rund 132 Millionen Euro zur Verfügung, darunter der Mitgliedsbeitrag für die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Claus Peter Kosfeld |



Die Krankenhausreform gehört zu den zentralen gesundheitspolitischen Projekten der Koalition.

© picture-alliance/dpa| Oliver Berg

Keine Kindergrundsicherung, dafür aber ein »Kinderpaket«

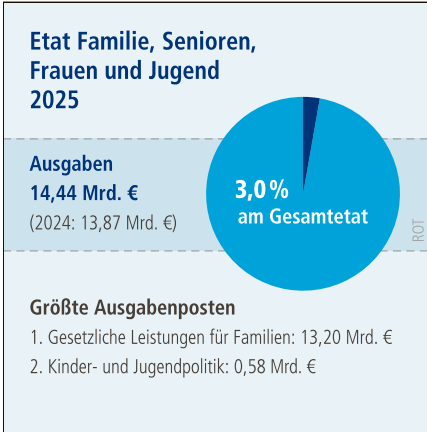
FAMILIE Ministerin Paus und die Koalitionsfraktionen betonen die Steigerung der Mittel. Die Opposition sieht wenig Grund zur Freude und nennt die Bilanz desaströs

Als der Bundestag sich am Donnerstag dieser Woche erstmals mit den Haushaltsplanungen (20/12400) des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend für 2025 befasste, sorgte dies bei mancher Beobachter bestimmt für Erstaunen. Denn es ist ein Etat, der trotz allgemeiner strikter Sparvorgaben sein Volumen gegenüber dem Vorjahr steigern konnte. Erwartbar war dies nicht unbedingt. Der Regierungsentwurf sieht Ausgaben in Höhe von 14,44 Milliarden Euro für das kommende Jahr vor (2024: 13,87 Milliarden Euro). Der größte Teil davon ist für gesetzliche Leistungen an Familien, wie Elterngeld, Kindergeld oder den Kinderzuschlag vorgesehen. So ist unter anderem das Elterngeld mit rund 7,79 Milliarden Euro eingeplant. Für die Kinder- und Jugendpolitik sind es 579,5 Millionen Euro und damit rund 20 Millionen weniger als

in diesem Jahr. Rund 200 Millionen Euro will die Bundesregierung für Demokratieförderprojekte ausgeben. Familienministerin Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) zeigte sich, trotz einiger parlamentarischen Verfahren feststecken der Gesetzesprojekte, zufrieden, was den Ausblick auf das nächste Jahr angeht: „Dieser Haushalt setzt ein Zeichen der Zuversicht, es ist uns gelungen, ein Kinderpaket von drei Milliarden Euro zu schnüren.“ Der Einzelplan 17 bedeute für Kinder und Jugendliche „ganz konkrete Leistungsverbesserungen“, alle bekämen fünf Euro mehr, sagte sie in Bezug auf die geplanten Erhöhungen bei Kindergeld, Kinderfreibetrag und Kinderzuschlag. Als Dorothee Bär (CSU) im Anschluss ans Rednerpult trat, wirkte sie sichtlich aufgebracht. „Das ist doch eine komplett verzerrte Wahrnehmung, die Welt, in der Fa-

milien leben und die Welt, in der Sie leben passen nicht zusammen“, attestierte sie der Ministerin. Anders als von Paus behauptet, gehe der Kita-Ausbau überhaupt nicht gut voran. In 870 Tagen habe das Ministerium nur sechs Gesetze auf den Weg gebracht, dies sei zum einen desaströs, zum anderen vielleicht auch gut. „Denn es hätte noch schlimmer kommen können“, sagte Bär. Felix Döring (SPD) lobte, dass die Erhöhungen im Kinder- und Jugendplan vom vergangenen Jahr nicht dem Rotstift zum Opfer gefallen sind. Langfristig müsse man sich aber Gedanken machen, wie man in all diesen Bereichen Dynamiken einführen könne, um steigende Kosten für die Träger – durch die Inflation und steigende Tarife – aufzufangen, sagte er. Martin Reichardt (AfD) bescheinigte der Bundesregierung eine kinder- und familienfeindliche Politik, denn diese Sorge da-

für, dass „Einheimische“ immer weniger Kinder bekämen, obwohl sich eine Mehrheit mehr Kinder wünsche. Familien, in denen beide Eltern arbeiten wollen, müssen sich mit fehlenden Betreuungsangeboten rumschlagen und Familien, in denen nur ein Elternteil arbeiten wolle, könnten sich das finanziell nicht leisten. Jetzt wolle die Regierung auch noch das Ehegattensplitting abschaffen, kritisierte er.



Sinnhaftigkeit prüfen Claudia Raffelhüschen (FDP) sagte, die Erhöhung des Kinderzuschlags für Familien sei zwar gut. Andererseits zeigten die Zahlen, dass „viel zu viele Familien“ in Deutschland es nicht aus eigener Kraft schaffen, finanziell über die Runden zu kommen. Generell leiste sich das Land einen „aufgeblähten Sozialstaat“ mit einer Fülle von Leistungen, bei denen nicht klar sei, ob diese ihren Zweck erfüllen, kritisierte die Liberale. Bruno Hönel (Grüne) betonte, der Etat sei „so hoch wie noch nie“. Das zeige, dass diese Bundesregierung die richtigen Prioritäten

setze. In einem Punkt forderte er aber Nachbesserungen vom Ministerium, nämlich in der Frage des Schutzes von Frauen vor Gewalt. „Die Istanbul-Konvention ist seit 2018 geltendes Recht und noch immer gibt es erhebliche Defizite“, noch immer würde in Deutschland jeden zweiten Tag eine Frau durch Gewalt ihres Partners oder Ex-Partners sterben. Göky Akbulut (Die Linke) warf der Bundesregierung vor, viel versprochen und wenig gehalten zu haben. So gebe es noch immer keine Dynamisierung beim Elterngeld, seit dessen Einführung 2007 habe sich nichts an den Grenzbeträgen geändert, kritisierte die Linken-Abgeordnete. Auch beim Schutz von Frauen vor Gewalt versage die Koalition. Ein Gewaltschutzkonzept sei groß angekündigt worden, bisher liege aber immer noch kein Entwurf dafür vor, sagte Akbulut. che |

Wenig Bewegung im Kulturretat

KULTUR UND KANZLER Im Kulturretat des Bundes sind im Haushaltsentwurf für 2025 vorerst nur geringfügige Änderungen vorgesehen. Mit 2,21 Milliarden Euro fallen die Ausgabenansätze um 82 Millionen Euro geringer aus als im laufenden Jahr. Das Gros der Kürzungen betrifft das Kapitel der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (Kapitel 0452). Hier sind mit 1,97 Milliarden Euro rund 90 Millionen Euro weniger eingeplant als für 2024. Betroffen ist vor allem die Titelgruppe „Kulturförderung im Inland“. Keine Mittel sind etwa für das „Zukunftsprogramm Kino“ eingeplant. Für gewöhnlich erhöht der Haushaltsausschuss die Ansätze des Kulturretats aber in seiner Beratungssitzung beträchtlich. Zum Kulturretat gehört unter anderem auch das Bundesarchiv sowie die Kunstverwaltung des Bundes.

Der Etat von Staatsministerin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) macht rund 56 Prozent der Ausgaben im Einzelplan des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes aus. Darin sind für 2025 Gesamtausgaben von 3,92 Milliarden Euro veranschlagt, rund 44 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr. Der aus diesem Einzelplan fließende Zuschuss an den Bundesnachrichtendienst soll mit 1,19 Milliarden Euro um rund 106 Millionen Euro höher ausfallen als in 2024. Für den Bundeskanzler und das Bundeskanzleramt (Kapitel 0412) sind 232 Millionen Euro eingeplant, ein Plus von rund 38 Millionen Euro. Für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Kapitel 0432) sind 2025 Ausgaben in Höhe von rund 131 Millionen Euro veranschlagt (-4,7 Millionen Euro). Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, soll 2025 über 18,7 Millionen Euro verfügen können (+2,1 Millionen Euro), die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie für Antirassismus, Reem Alabali-Radovan, über 27,9 Millionen Euro (-7,8 Millionen Euro). *scr* ■



Ein Polizist kontrolliert vergangene Woche die Papiere eines Autofahrers am bayerischen Grenzübergang Burghausen. Ab Montag soll es nach einer Anordnung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vorübergehende Kontrollen an allen deutschen Grenzen geben. © picture-alliance/dpa/SVEN SIMON/Frank Hoermann

Mehr Sicherheit im Fokus

INNERES Den Oppositionsfraktionen reicht das Maßnahmenpaket der Ampel-Koalition nicht aus

Mehr Geld für den Sport

SPORT Der Sportetat soll im kommenden Jahr deutlich höher ausfallen als in diesem. Die im Haushalt des Bundesministeriums des Innern und für Heimat veranschlagte Titelgruppe 02 (Einzelplan 06, Kapitel 0601) sieht im Regierungsentwurf (20/12400) Ausgaben in Höhe von 331 Millionen Euro vor - das sind 49 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr. Der Kernhaushalt („Zentrale Maßnahmen“) der Spitzensportförderung steigt um 28 Millionen Euro, dabei soll insbesondere das Leistungssportpersonal gefördert werden. Weitere 29 Millionen Euro gehen auf die verstärkte Unterstützung des Bundes für die World University Games 2025 in Deutschland zurück.

Für die Unterstützung einer deutschen Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele ist eine Förderung von 2,2 Millionen Euro im Haushalt vorgesehen. Mit der Finanzierung der Sportagentur zur Fördervergabe im Spitzensport und des Zentrums für Safe Sport mit jeweils einer Million Euro werden weitere Zukunftsinvestitionen gesichert. Auch in den Bereichen Demokratieförderung und Extremismusprävention sollen Projekte wie die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus im Sport oder Zusammenhalt durch Teilhabe weiter gestärkt werden. *Michael Schmidt* ■

Die erste Sitzungswoche des Bundestages nach seiner Sommerpause ist traditionell den Beratungen über den nächsten Bundeshaushalt gewidmet. Das war in der zurückliegenden Woche nicht anders, doch dominierte der Streit um eine verschärfte Migrationspolitik der Bundesregierung das Geschehen. Am Dienstag scheiterte im Bundesinnenministerium das Migrationstreffen der Ampel-Regierung mit CDU/CSU-Vertretern; am Mittwoch beherrschte das Thema bei der Aussprache über den Kanzleretat die Generaldebatte über die Regierungspolitik (siehe Seite 1), und am Donnerstag startete das Plenum mit der ersten Lesung der Koalitionsentwürfe zur Umsetzung des „Sicherheitspakets“, auf das sich die Ampel nach dem Messeranschlag von Solingen zur Bekämpfung des Islamismus und der irregulären Migration verständigt hatte.

Dabei sieht der Gesetzentwurf „zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems“ (20/12805) Änderungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht sowie im Waffenrecht und im Bundesverfassungsschutzgesetz vor und enthält die gesetzgeberischen Maßnahmen des Sicherheitspakets,

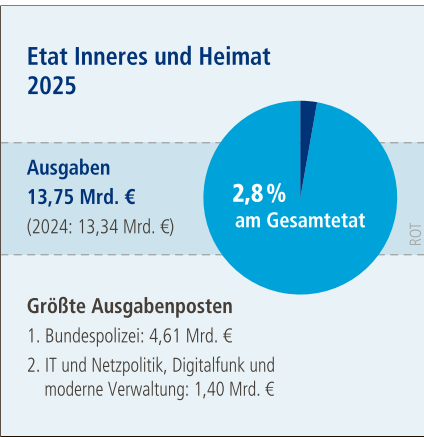
die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Der zweite Gesetzentwurf „zur Verbesserung der Terrorismusbekämpfung“ (20/12806) enthält die restlichen Gesetzesvorhaben des Pakets, etwa neue Befugnisse für den biometrischen Internetabgleich, die automatisierte Datenanalyse und Waffenverbotszonen (siehe Seite 1 unten). In erster Lesung debattierten die Abgeordneten zugleich über einen Gesetzentwurf der CDU/CSU „zur Begrenzung des illegalen Zustroms von Drittstaatsangehörigen“ (20/12804). Danach soll das „Ziel der Begrenzung der Zuwanderungssteuerung wieder als ausdrückliche übergeordnete Vorgabe für die Anwendung des Aufenthaltsgesetzes festgelegt“ werden. Auch will die Union den Familiennachzug zu Personen mit subsidiärem Schutz bis auf weiteres beenden. In einem gleichfalls an die Ausschüsse überwiesenen Antrag (20/12835) dringt sie zudem auf umfassende Zurückweisungen an den deutschen Grenzen. Erstmals auf der Tagesordnung stand daneben ein AfD-Antrag auf eine „Kehrtwende in der Migrationspolitik“ (20/12802). Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die Bundesgrenze gegebenenfalls auch durch die Errichtung von Grenzzäunen kontrollierbar zu machen sowie jeden zu-

rückzuweisen, der „unberechtigterweise aus einem sicheren Transitland einreisen will und daher kein Anrecht auf Asyl haben kann“.

Grenzkontrollen angeordnet Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) betonte in der Debatte, dass die Koalition mit ihren Gesetzesvorlagen notwendige Konsequenzen aus den „brutalen Morden durch einen Islamisten“ in Solingen ziehe. Zu den Antworten auf solche Attacken wie in Solingen gehörten auch Grenzkontrollen, die sie vor drei Tagen an allen deutschen Landgrenzen angeordnet habe. Auch werde es an den Grenzen verstärkte Zurückweisungen geben, von denen seit letztem Oktober bereits 30.000 erfolgt seien. Die Bundesregierung handle „mit Augenmaß, aber auch mit der notwendigen Härte“.

Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) sagte, da die Tat von Solingen islamistisch motiviert gewesen sei, wolle man noch entschlossener gegen den islamistischen Terrorismus vorgehen. Auch hätte der syrische Tatverdächtige nach geltendem Recht abgeschoben werden können, doch sei dies von den zuständigen Behörden „nicht durchgezogen“ worden. Dies sei nicht zu akzeptieren, weshalb die Migrationspolitik verschärft werden müsse.

Thorsten Frei (CDU) bemängelte, die Koalitionsvorlagen enthielten zwar vernünftige Maßnahmen, aber blieben „hinter dem Notwendigen zurück“. Das einzige probate Mittel zu einer deutlichen Reduzierung der



irregulären Migration wären Zurückweisungen an der Grenze. Dies habe die Regierung bei dem Treffen am Dienstag aber nicht „auf den Tisch gelegt“.

Bernd Baumann (AfD) konstatierte, dass sich die Ampelkoalition und die Union gerade mit Forderungen zur Abstellung von Massenmigration überbieten. „Damit gestehen Sie doch alle implizit ein, dass offene Grenzen zu katastrophalen Folgen führen und eben nicht zu fröhlichem Multikulti“, fügte Baumann hinzu. Die AfD habe mit ihren Warnungen und Forderungen zur Migration Recht gehabt und sei dabei nie extremistisch oder inhuman gewesen, sondern vernünftig.

Konstantin von Notz (Grüne) warf der CDU/CSU vor, einen Zusammenhang von islamistischem Terror mit Migrationspoli-

tik zu „fingieren“. Dies sei ein Akt „des politischen Wahnsinns“ und der Spaltung der von Migration geprägten Gesellschaft. Dirk Wiese (SPD) beklagte, dass die Debatte nach Solingen „insbesondere von rechts dazu instrumentalisiert wird, fast 23 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund bei uns im Land für alle Probleme verantwortlich zu machen“. Dabei trügen „diese Menschen dazu bei, dass dieses Land läuft“. Konstantin Kuhle (FDP) nannte es demgegenüber „weltfremd“, zu behaupten, dass Ordnung und Kontrolle in der Migration nichts mit innerer Sicherheit zu tun hätten. Vielmehr zeige der Anschlag von Solingen, dass durch Ordnung und Kontrolle bei der Migration dazu beigetragen werden müsse, „dass die innere Sicherheit in Deutschland wieder besser wird“.

Mehr Geld Über den Etat 2025 des Bundesinnenministeriums debattierte das Parlament am späten Donnerstagnachmittag. Nach dem Regierungsentwurf (20/12400, Einzelplan 06) soll Faesers Haushalt kommenden Jahr Ausgaben von knapp 13,75 Milliarden Euro aufweisen, rund 400 Millionen Euro mehr als 2024. 4,61 Milliarden Euro der Ausgaben sollen allein bei der Bundespolizei anfallen. Sie erhalte „weit über 300 Millionen Euro mehr“ und 1.000 zusätzliche neue Stellen, sagte Faeser und sprach von einem „Sicherheitshaushalt“, der die Sicherheitsbehörden mit zusätzlichen Mitteln von fast einer Milliarde Euro stärke. *Helmut Stoltenberg* ■

Auf stabilem Niveau

RECHT Justizetat hat sich kaum verändert

Der 75. Jahrestag des Grundgesetzes war zentrales Thema der Bundestagsdebatte über den Justizetat 2025. Während die Fraktionen der Koalitionsparteien und die Gruppe Die Linke die Verfassung als Bollwerk gegen die Gefahren des Extremismus würdigten, forderte CDU/CSU-Fraktion eine bessere Umsetzung von deren Grundsätzen. Die AfD-Fraktion beklagte dagegen, dass sie auf der Grundlage des Grundgesetzes als antidemokratisch dargestellt werde.

Justizminister Marco Buschmann (FDP) sprach angesichts aktueller Probleme von vielen Herausforderungen für den Rechtsstaat und einer damit verbundenen großen Nervosität. Es gebe aber bei den Bürgerinnen und Bürgern die Zuversicht, dass diese bewältigt werden. Zu den politischen Schwerpunkten des kommenden Jahres gehört laut Buschmann die Trendwende bei der Bürokratisierung.

Stärkung des Rechtsstaats Für die SPD-Fraktion sprach sich Esther Dölcher für die weitere Stärkung des Rechtsstaates aus. Der Rechtsstaat funktioniere, auch wenn den Bürgern von Demokratiegegnern gerne etwas anderes erzählt werde.

Für die Grünen lobte Bruno Hönel den Etat, der in diesem Jahr Ausgaben von 1,04 Milliarden Euro nach 1,03 Milliarden Euro

2024 umfasst. Es handle sich um einen soliden Entwurf gerade in Zeiten knapper Haushalte. Sogar das Ringen um die Förderung von Hate Aid könne man sich in diesem Jahr sparen. In Zeiten von digitalem Mobbing im Netz sei die Arbeit von Hate Aid wichtiger denn je. Thorsten Lieb (FDP) verwies darauf, dass Rechtspolitik auch Standortpolitik sei. Die Regierung habe sich auf den Weg gemacht, das Recht nachhaltig zu modernisieren. Um ein Land attraktiv zu machen für Unternehmen, brauche es eine verantwortungsvolle Rechts- und Haushaltspolitik mit Schuldenbremse, die zukünftigen Handlungsspielraum sichere.

Günter Krings (CDU) forderte die Regierung auf, das Grundgesetz gerade im Jubiläumsjahr konsequenter einzuhalten. Der Haushaltsentwurf offenbare auch in der Rechtspolitik „die ganze Rat- und Lustlosigkeit“ der Regierung. Michael Ependiller von der AfD-Fraktion warf der Ampel-Koalition vor, die existierenden Probleme nicht beim Namen zu nennen. Es könne so nicht mehr weitergehen. Clara Bünger von der Gruppe Die Linke kritisierte Kürzungen im Justizetat. Es gehe nicht, Mittel für Projekte gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu reduzieren. Damit werde die Demokratie gefährdet. *Michael Wojtek* ■

Von „wie gewonnen, so zerronnen“ oder „einem Tropfen auf den heißen Stein“ war am Donnerstagnachmittag im Plenum die Rede: Aus der Opposition hagelte es in der Haushaltswoche Kritik an den Investitionen der Bundesregierung in Wissenschaft und Forschung und an der Bildungspolitik der Ampel. Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger (FDP), verteidigte dagegen in der Debatte ihren Etat: „Trotz schwieriger Ausgangslage wahren wir die Balance. Wir halten die Schuldenbremse ein, zugleich investieren wir in die Zukunft, in die Bildung und Forschung“. Im Einzelplan 30 des Bundeshaushalts 2025 (20/12400) sind Ausgaben von rund 22,3 Milliarden Euro vorgesehen, gegenüber 21,49 Milliarden Euro in diesem Jahr.

»Startchancen-Milliarde« Zu den geplanten 22,3 Milliarden Euro für Bildung und Forschung komme die „Startchancen-Milliarde“ hinzu, erklärte Stark-Watzinger. Mit dem Startchancen-Programm sollen laut Koalitionsvertrag rund 4.000 allgemein- und berufsbildende Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler gestärkt werden. Der Nutzen des Programms für die Volkswirtschaft könne sich auf bis zu 100 Milliarden Euro belaufen, so Stark-Watzinger. Die Ministerin hob ferner hervor, dass

Investitionen in die Zukunft

BILDUNG UND FORSCHUNG Ministerin Stark-Watzinger verteidigt anwachsenden Haushalt. Opposition fordert mehr



Deutschlands wirtschaftliche und geopolitische Stärke auf wissenschaftlichem Fortschritt und technologischen Innovationen basiere. Bahnbrechende Entwicklungen, wie die Forschung zu Wasserstoff- oder Fusionstechnologien, werde das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) daher weiterhin im Rahmen der „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ fördern.

Stark-Watzingers Parteikollegin Ria Schröder lobte das Startchancen-Programm als das „größte Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik“ und betonte, dass das Programm nicht nur finanziell bedeutsam

sei, sondern auch einen wichtigen Beitrag dazu leiste, den sozialen Aufstieg zu erleichtern. Ferner begrüßte die FDP-Abgeordnete die im Haushalt verankerten Mittel für die Frauengrundbildung, insbesondere für die Förderung der Endometriose-Forschung, um Diagnose und Behandlung der Erkrankung, an der rund jede zehnte Frau leide, zu verbessern.

Aus der Unionsfraktion hingegen kam harte Kritik: „Das Ergebnis Ihrer Politik ist ernüchternd“, attestierte Nadine Schön (CDU) der Bundesregierung. So ergebe sich ein Großteil des Aufwuchses im BMBF-Haushalt durch „Umbuchungen und die Verschleierung von Einsparungen“. Schön kritisierte zudem, dass die Globale Minderausgabe im Haushalt für Bildung und Forschung größer sei als bei anderen Haushalten. Ebenfalls die Höhe des Etats bemängelte Michael Kaufmann (AfD). So würde der Anstieg des Haushaltes für Bildung und Forschung nicht die Inflation ausgleichen. Das sei jedoch dringend nötig, da die Wirtschaft im „Sturzflug“ sei und lediglich durch wertschöpfende Forschung und Investitionen in Innovationen gerettet werden könne. Kaufmann forderte eine „nationale Kraftanstrengung“, um bei der Forschung zu Künstlicher Intelligenz oder der Kernfusion nicht den Anschluss zu verlieren.

Nicole Gohlke von der Gruppe Die Linke warf der Regierung vor, nicht das eingelöst zu

haben, was sie den Menschen versprochen hatte, „Fortschritt, Chancen und Aufstieg“. So gebe es weiterhin kaum Geld für die Sanierung von Schulen oder ausreichend Lehrkräfte. Obwohl die 20 Milliarden Euro des Startchancen-Programms viel Geld seien, könne dies nicht emsthaft dem Sanierungstau entgegenwirken, da allein für die Sanierung von Schulgebäuden 50 Milliarden Euro benötigt würden.

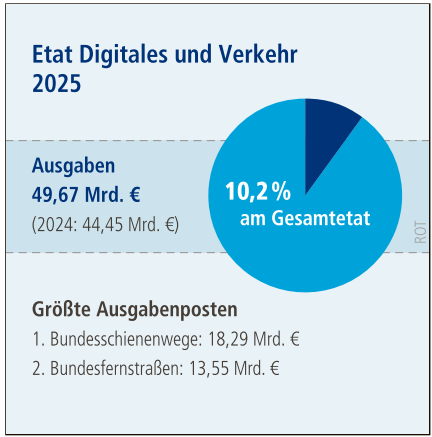
Bildung zahlt sich aus Wiebke Esdar (SPD) lobte nicht nur das Startchancen-Programm, sondern auch die Erhöhung des BAföG und die neu eingeführte Studienstarthilfe. Auch die Sicherung großer Forschungsprojekte durch die Förderung der „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ erwähnte sie positiv. Das alles seien Zeichen dafür, dass die Ampel-Regierung in Zeiten multipler Krisen Verantwortung übernehme, so Esdar.

„Der Haushaltsentwurf wurde unter sehr schwierigen Bedingungen aufgestellt“, befand Bruno Hönel (Bündnis 90/Die Grünen). Obwohl an vielen Stellen „schmerzhafte Sparbeiträge erbracht werden“ müssten, sei es richtig, dass das BMBF davon verschont geblieben ist. Er betonte, dass sich jeder in Bildung investierte Euro zukünftig vielfach auszahlen werde. *Carolin Hasse* ■

Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sollen im kommenden Jahr steigen – trotz angespannter Haushaltslage und Schuldenbremse. 9,1 Milliarden Euro stehen im Einzelplan 12 des Haushaltsentwurfes für 2025 (20/12400) für Autobahnen und vor allem die dort befindlichen Brücken zur Verfügung. „Erhalt vor Neubau“ ist dabei der Schwerpunkt. Die doppelte Summe wird in die Schiene investiert – Stichwort Korridorsanierungen. Zwei Milliarden Euro – und damit doppelt so viel wie 2024 – sollen im kommenden Jahr bereitgestellt werden, um die Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden zu verbessern. Die Bundeswasserstraßen sollen mit 1,81 Milliarden Euro bedacht werden. Mehr Geld soll es auch für den flächendeckenden Breitbandausbau geben: Im Etatentwurf sind 2,93 Milliarden Euro vorgesehen – 2024 waren es noch 1,77 Milliarden Euro. Der Etat des Bundesministers für Digitales und Verkehr, Volker Wissing (FDP), ist damit der größte Investitionshaushalt des Bundes.

Riedbahn Gut investiertes Geld sei dies, findet Wissing. Ein Standort sei schließlich nur dann attraktiv, „wenn er über moderne Verkehrswege verfügt“, sagte er bei der Vorstellung seines Haushaltsentwurfes am Mittwoch. Die Autobahnen seien ebenso wie das Schienennetz viel zu lange vernachlässigt worden, befand der Minister. „Wir sind fest entschlossen, die Bahn wieder zu dem Verkehrsmittel zu machen, das unser Land verdient hat“, betonte Wissing. Daher sei aktuell die viel befahrene Riedbahn gesperrt, weil wirklich alles auf dieser Strecke erneuert werde. Eine Arbeitsleistung von sechs bis acht Jahren werde dort innerhalb von wenigen Monaten erbracht. „Auf diese Baustelle schaut im Moment die Welt“, sagte der Verkehrsminister. Thomas Bareiß (CDU) schaute indes auf die Haushaltszahlen und gelangte zu der Einschätzung: Es langt nicht. Allein die Baukostensteigerungen lägen fünf Prozent über dem Zuwachs. „Unter dem Strich werden wir bei Schiene, Straße, Wasserstraße und Luftverkehr weniger Geld vor Ort haben, als wir bräuchten“, resümierte er. Dieser Haushalt bedeute also für die Verkehrsinfrastruktur einen Rückschritt.

Einnahmerekord Dabei, so Bareiß, sei im Verkehrssektor ein Einnahmerekord zu verzeichnen. 33,2 Milliarden Euro würden über Steuern und Abgaben für Diesel und Benzin aufgebracht, rechnete er aus. Bei der Lkw-Maut gebe es eine Verdopplung der Einnahmen auf 15 Milliarden Euro, durch die Luftverkehrsabgabe würden 1,5 Milliarden Euro mehr erzielt. 50 Milliarden Euro würden also aus dem Verkehr herausgezogen, aber dort nicht erneut investiert, „weil mit dem Geld Haushaltslöcher gestopft werden“, beklagte Bareiß. „Wir holen nach, was seit Jahren versäumt wurde“, sagte Metin Hakverdi (SPD) und forderte zugleich Bewegung in Sachen



Generalsanierung der Riedbahn: „Auf diese Baustelle schaut die Welt“, sagt der Verkehrsminister.

© picture-alliance/dpa/Arne Dedert

Schuldenbremse. Für die in den kommenden Jahren benötigten Investitionen reichen die herkömmlichen Finanzierungsinstrumente nicht aus, mahnte er. Daher müsse die Schuldenregelung reformiert werden. „Wir brauchen eine moderne Schuldenregel, die Investitionen ermöglicht.“ Hakverdi regte an, „eine Box, die außerhalb der Schuldenbremse liegt“, zu schaffen. Das Sondervermögen für die Bundeswehr kann aus seiner Sicht dabei als Orientierung gelten. Frank Schäffler (FDP) zitierte hingegen den Wirtschaftsexperten Hans-Werner Sinn mit der Aussage, Staatsschulden seien Rauschgift für die Wirtschaft. „Als wir mehr Schulden gemacht haben, hat das nicht dazu geführt, dass wir mehr investiert haben“, sagte Schäffler und erntete Zustimmung bei der Union. Umgekehrt werde ein Schuh daraus, so der FDP-Abgeordnete: „Die Schuldenbremse führt dazu, dass wir mehr investieren.“ Nicht zuletzt die eingestürzte Carolabrücke in Dresden macht aus Sicht von Paula Pie-

chotta (Grüne) klar, dass notwendige Sanierungen nicht Jahr für Jahr hinausgeschoben werden dürfen, weil die Finanzmittel nicht da sind. Die Ampel, so Piechotta, setze daher die richtigen Schwerpunkte, weil für eine auskömmliche Finanzierung der Sanierung gesorgt werde. Der Schwerpunkt „Erhalt vor Neubau“ sei in den vergangenen Jahren bei Schiene und Straße deutlich gestärkt worden.

Eigenkapitalerhöhung Mit der zusätzlichen Eigenkapitalerhöhung für den Bahnkonzern, die „an der Schuldenbremse vorbei“ erfolge, wie Florian Oßner (CSU) bemerkte, sind nicht nur aus Sicht der Linken Probleme verbunden. Ursprünglich sollten die 4,5 Milliarden Euro ein Zuschuss sein, was jedoch das Haushaltsloch noch vergrößert hätte. Für die Eigenkapitalaufstockung fallen aber Zinsen an, die die Bahn über Trassenpreise für ihr Netz erwirtschaften muss. Dies führt aus Sicht von Bernd Rixinger (Linke) absehbar zu einer Erhöhung eben-

jener Trassenpreise. Damit werde dem Güterverkehr die Lebensader abgetrennt, kritisierte er. Isabel Cadematori (SPD) räumte ein, dass diese Finanzierung Schwierigkeiten mit sich bringe, „was sich in höheren Trassenpreisen niederschlagen kann“. Daher, so die Grünenabgeordnete Piechotta, werde die Frage der Trassenpreiserhöhung „uns in diesem Haushaltsverfahren noch sehr stark beschäftigen“. Marcus Bühl (AfD) beklagte gebrochene Versprechen. Bei der Einführung der Lkw-Maut im Jahr 2005 sei zugesichert worden, dass die Erlöse der Maut dem Erhalt und Ausbau des Verkehrsträgers Straße zugutekommen. Für 2025 stünden aber 15,2 Milliarden Euro an Mautentnahmen lediglich 9,1 Milliarden Euro für Erhalt und Ausbau der Straße gegenüber. „Versprochen gebrochen“, bilanzierte Bühl. Die Straßen seien, „ohne die grüne Ideologiefarbe betrachten“, die Hauptschlagader, weil sie 80 Prozent des Verkehrs abwickelten. Sie seien daher „absolut prioritär zu behandeln“, forderte er. Götz Haüding II

Änderungsbedarf beim Agrarhaushalt

LANDWIRTSCHAFT GAK-Mittel ohne Kürzungen

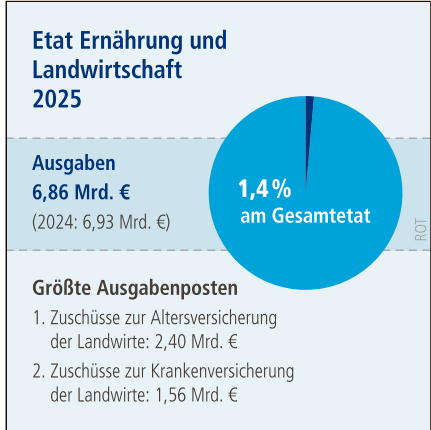
Möglicherweise haben die Bauernproteste von Anfang des Jahres dazu beigetragen, dass der Haushalt 2025 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) nicht noch mehr sparen musste, nun fällt er 68 Millionen Euro geringer aus als 2024. Dies sieht der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf für den Etat (20/12400) von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) vor, über den der Bundestag am Dienstag in erster Lesung beraten hat. Die Debatte war durch heftige Kritik geprägt. Die Opposition, aber auch Parlamentarier aus den Ampel-Fraktionen meldeten Änderungsbedarf für die nun folgenden Beratungen an. Der größte Haushaltsposten betrifft die Ausgaben für die landwirtschaftliche Sozialpolitik, er soll rund 4,1 Milliarden Euro betragen. Der Zuschuss zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung bleibt mit 100 Millionen Euro gleich hoch wie 2024. Auch bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) gibt es keine Veränderungen, das BMEL plant erneut mit 907 Millionen Euro. Die Ausgaben für Marktordnung und Maßnahmen der Notfallvorsorge werden mit 268,95 Millionen Euro bezieht, für „Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation“ 374,91 Millionen Euro und für den gesundheitlicher Verbraucherschutz und Ernährung sind 193,33 Millionen Euro. Für die Förderung des Umbaus der Tierhaltung sind 200 Millionen Euro vorgesehen.

Pläne der EU Landwirtschaftsminister Cem Özdemir unterstrich die Notwendigkeit für die Fortsetzung des Umbaus der Agrarpolitik. Er verwies auf die in der vergangenen Woche vorgestellten Pläne der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU), mit denen das umweltfreundliche Handeln und mehr Tierwohl belohnt werden sollen. „Wer sich nicht bewegt, hat vieles im Sinn, aber ganz bestimmt nicht das Wohl unserer Landwirtschaft“, sagte Özdemir. Tierwohl und eine

»Ein Etat ohne Ambitionen und ohne Zuversicht für die Landwirtschaft«

Max Straubinger (CSU)

um zehn Prozent gewachsen sei. „Das zeigt, welche Prioritäten die Bundesregierung setzt.“ Stegemann warnte vor dem Versuch, den Mindestlohn auf 15 Euro pro Stunde anzuheben, wie es Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) vorgeschlagen hat. Beim Obst- und Gemüsebau lägen die Personalkosten teilweise bei 70 Prozent, das sei „inkonsequent“. Auch Max Straubinger (CSU) übte heftige Kritik und sprach von „einem Etat ohne Ambitionen und ohne großartige Zuver-



sicht für die Landwirtschaft“. Der Etat setze keine Impulse für die Wirtschaftsbetriebe. Es gehe nur noch um Biolandwirtschaft, aber nicht mehr um konventionelle Betriebe, die für die Ernährungssicherheit notwendig seien. Das Umbauprogramm für mehr Tierwohl werde von den Landwirten nicht angenommen, weil es keine „langfristige Perspektive liefere“. Die Bundesregierung und der Minister seien „ideologisch festgelegt“, mit dem Ziel, „die Tierhaltung in Deutschland zu minimieren beziehungsweise abzubauen“. Das werde im Agrarhaushalt deutlich.

Gero Hocker (FDP) wehrte sich gegen diese Kritik. In seiner letzten Rede als agrarpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, er wird Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, betonte er „das unterschiedliche Staatsverständnis“, das CDU/CSU und FDP hätten. Das, was die Union in den vergangenen Jahrzehnten in der Agrarpolitik getan habe, sei „fachlich und sachlich häufig genug falsch“. Sylvia Lehmann (SPD) verwies auf die Bauern-Demos zu Jahresbeginn. „Die Proteste haben uns vor Augen geführt, wie dringend notwendig es ist, die politischen Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu schaffen“, sagte sie. Die Regierung habe verstanden und sich mit dem „Agrarpaket auf den Weg gemacht“. Dem widersprach Peter Felser (AfD). „Dieser Haushaltsentwurf ist nichts anderes als ein Ausdruck von Hilflosigkeit und Überforderung“, sagte Felser. Der Agrarretatschumpfe in diesem Jahr um 68 Millionen Euro, zudem müsse das BMEL weitere 151 Millionen Euro einsparen. Ina Latendorf (Linke) unterstrich, dass nach Abzug aller festgelegten Ausgaben „nur noch 2,8 Milliarden Euro für die Land- und Forstwirtschaft, die Fischerei und den gesundheitlichen Verbraucherschutz bleiben“. Nina Jeglinski II

Kaum mehr fürs Meer

UMWELT Leichtes Plus im Etat von Ministerin Steffi Lemke für Naturschutzprojekte, beim Umweltschutz jedoch sind Kürzungen vorgesehen

60 Millionen Euro – das ist der Betrag, den die Bundesregierung im Umweltschutz für den Meeresnaturschutz einstellen will: Gemessen an dem Geldsegen, mit dem Naturschützer für Schweinswal und Zugvögel einmal gerechnet hatten, eine bescheidene Summe. Etwas mehr als ein Jahr ist es her, dass Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) 630 Millionen Euro, einen Teil der Einnahmen aus Versteigerungen von Offshore-Windkraftlizenzen, für den Meereschutz versprochen hatte. Doch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse im Herbst 2023 und das in der Folge tiefe Haushaltsloch durchkreuzten solche Pläne. In der Folge wurden die für den Meeresschutz reservierten Gelder reduziert – und nicht nur sie.

Teurer Atommüll Insgesamt soll der Etat des Bundesumweltministeriums im kommenden Jahr zwar von 2,4 auf 2,65 Milliarden Euro steigen. Das liegt aber neben den zusätzlichen Millionen aus der Windkraft vor allem an den wachsenden Ausgaben für die Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle. 1,4 Milliarden Euro sind dafür fest eingeplant. Einen Umstand, den in der Debatte um den Einzelplan 16 am Donnerstag mehrere Redner betonten: Er verdeutliche das „Kostenrisiko, das mit Atom-



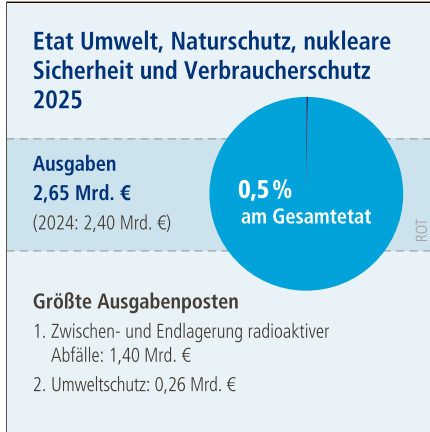
60 Millionen Euro aus der Versteigerung von Offshore-Windkraftlizenzen sollen dem Meeresschutz zugute kommen. Eigentlich war einmal mehr geplant. © picture alliance / S. Ziese

nutzung verbunden sei“, sagte etwa Sebastian Schäfer (Grüne). Mehr als die Hälfte der Mittel im Etat hätten „gar nichts mit der Zukunft zu tun“. Tatsächlich ist der finanzielle Spielraum begrenzt: Bei Vorhaben im Bereich des Umweltschutzes soll nun gekürzt werden. Beispiel Klimaanpassung: Nur noch 38,6 statt 41 Millionen Euro gibt es für die Förderung von Anpassungsmaßnahmen. Beispiel Munitionsalasten: Nur

24 statt 35 Millionen Euro stehen für die Bergung von Weltkriegswaffen aus Nord- und Ostsee zur Verfügung. Allerdings existieren noch Restmittel aus dem Vorjahr. Die Umweltministerin verteidigte im Bundestag den Etatentwurf und die damit verbundene Umweltpolitik: Angesichts immer häufigerer Hitzeperioden und Hochwasser sei es richtig gewesen, sie auf den „Schutz und die Reparatur von Ökosystemen“ aus-

zurichten. „Es geht um unsere elementare Sicherheit“, sagte Lemke. Mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) arbeite die Bundesregierung daran, Wälder und Flussauen wiederherzustellen, damit sie Wasser, aber auch CO2 binden können. Es sei „das umfassendste, größte Programm für natürlichen Klimaschutz und Klimaanpassung“ in der Geschichte Deutschlands. Doch auch das Budget des ANK ist geschrumpft: Ursprünglich vier Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds sollten bis 2026 dafür zur Verfügung stehen. Inzwischen sind es 3,5 Milliarden bis 2028. Lemke, aber auch Vertreter der Koalition, zeigten sich dennoch zufrieden. Es sei gelungen, Investitionen in natürlichen Klimaschutz, Arten- und Meeresschutz im Haushalt zu verankern: Immerhin zwei Milliarden Euro, und damit drei Viertel des Etats, flössen in Programme, unterstrich Michael Thews (SPD). Das sei ein klares Bekenntnis auch zu den Zielen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Julian Grüne (FDP) erklärte, wirksame Umweltpolitik lasse sich ohnehin nicht an der Größe des Etats ablesen. Der „wirksamste Hebel“ für Umweltschutz seien Gesetze und Verordnungen. Mit „smarter Regulierung“ wie sie etwa mit dem Bundes-

Immissionsschutzgesetz gelungen sei, könne man saubere Technologien auf den Weg bringen, Planungen beschleunigen – und so Ökonomie und Ökologie vereinen. Die Opposition sah das völlig anders: Der Umweltschutz stehe exemplarisch für die bremsende Politik der Ampel, monierte Steffen Bilger (CDU). Der Chemiestandort Deutschland habe zu kämpfen, tausende Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel, aber die Umweltministerin führe Kampf gegen PFAS-Chemikalien, die man unter anderem für Brennstoffzellen und Halbleiter brauche. Pauschale Verbote führten zur



„Deindustrialisierung“, warnte er. Nötig sei ein pragmatischer, nicht ideologischer Umwelt- und Verbraucherschutz.

Gefälschte Klimaschutzprojekte Scharfe Kritik kam von der AfD: Steuergeld werde durch gefälschte Klimaschutzprojekte „verbraten“, warf Jürgen Braun der Ministerin angesichts mutmaßlicher Betrugsfälle mit Upstream-Emissionsminderungsprojekten in China vor. Anstatt für Energiesicherheit in Deutschland zu sorgen, fördere die Ampel den Solarausbau in Südafrika. Der Verbraucherschutz sei ihr „keinen Cent mehr wert“, sagte Braun. Tatsächlich sollen die Ausgaben nahezu gleichbleiben. 40,34 Millionen Euro sind dafür veranschlagt. Susanne Henning-Wellsow (Linke) verlangte, den Etat deutlich aufzustocken. Allein für den Hochwasserschutz seien mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich erforderlich. Auch die Mittel für den Artenschutz seien nicht „annähernd ausreichend“, um das Artensterben zu stoppen. Eine Kritik, die auch Naturschutzverbände äußern: Angesichts von Natur- und Klimakrise seien die Kürzungen im Haushalt zwar „zu Recht nicht übermäßig“ ausgefallen, so der NABU, doch die Finanzierung von Natur- und Artenschutz bleibe „unzureichend“. Sandra Schmid II



Für Energie und Nachhaltigkeit sind im Etat 2,85 Milliarden Euro vorgesehen. Knapp eine Milliarde Euro werden zur Finanzierung der LNG-Standorte wie hier in Stade eingeplant.

© picture-alliance/ZB/euroluftbild.de/Tobias Barth

Wachstumsschmerzen

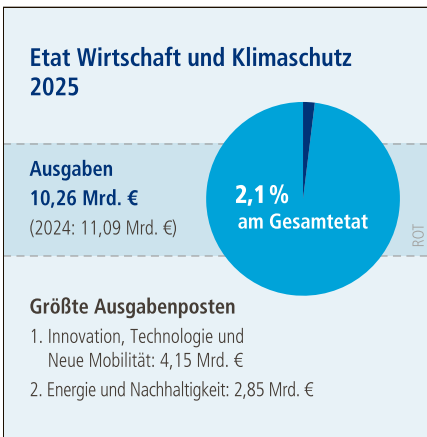
WIRTSCHAFT Opposition sieht Deutschland in wirtschaftlich schlechter Verfassung

Als am Freitag die erste Lesung des Etatentwurfs des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz auf dem Programm stand, hätte man mit einem angeschlagenen Minister am Rednerpult rechnen können: Anfang der Woche war Robert Habeck (Grüne) an Corona erkrankt. Zudem muss er als Minister laut Einzelplan 09 des Bundeshaushalts 2025 mit mehr als 800 Millionen Euro weniger als im laufenden Jahr auskommen. Doch Habeck trat auf wie immer. Erklärte den Status quo in Deutschland – eine Kombination aus konjunktureller Produktions- und Wachstumsschwäche und einer grundlegenden Strukturschwäche – und warb bei der Opposition dafür, die von der Ampelkoalition auf den Weg gebrachte Wachstumsinitiative zu unterstützen. Die könne, würde sie komplett umgesetzt, ein halbes Prozent mehr Wachstum bringen. Was auch eine politische Dimension habe, denn: Auf Wachstum und Wohlstand beruhe die Demokratie.

»Das einzige, was bei Ihnen wächst, ist die Zahl abwandernder Unternehmen.«
Jens Spahn (CDU)

Jens Spahn (CDU) hielt dem entgegen, das einzige, was in Deutschland wachse, das sei die Zahl abwandernder Unternehmen, abwandernder Investitionen und abgebauter Stellen. »Das ist Ihre Rezession«, sagte Spahn. Und die »grüne Transformation« der Ampel sei keine Verheißung für die Bürger, sondern eine Bedrohung. Frank Junge (SPD) fragte Spahn, wo er in den letzten Jahren gewesen sei – und erinnerte daran, dass die Ampel zunächst einmal mit den Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine zu tun gehabt und erfolgreich verhindert habe, dass man im Winter im Kalten und Dunklen saß. Jetzt werde man vom Krisenmanagement zur Gestaltung zu kommen. Das spiegle sich auch im vorliegenden Haushaltsentwurf wider. An diesem Entwurf mochte allerdings AfD-Vvertreter Leif-Erik Holm kein gutes Haar lassen. Die Ampel rechne die Einnahmen hoch und die Ausgaben runter - ein seriöser Kaufmann mache es umgekehrt. Der »ökosozialistische Murks« der Ampel zerstöre den Wohlstand in Deutschland, sagte Holm und plädierte für bezahlbare Energie und Technologieoffenheit. »Weg mit dem

Verbrennerverbot.« Für weniger Staatsdirigismus und mehr marktwirtschaftlichen Wettbewerb warb auch FDP-Redner Karsten Klein. Aufgabe der Politik sei es, Ziele vorzugeben nicht die Wege zur Erreichung des Ziels. Felix Banaszak von den Grünen bedauerte, dass das Wort »Transformation« sich beim politischen Gegner vielfach nach »Untergang des Landes« anhöre. Aber jetzt sei die Zeit, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Das sei schwierig, es könnte Probleme dabei geben. Und man könnte deshalb sagen, lassen wir es lieber. Aber man könnte den Wandel auch mit noch mehr Mut und mehr Einsatz angehen wollen. Das wäre eher sein Ansatz, so Banaszak. Details zum Einzelplan Der Etat des Bundeswirtschaftsministeriums 2025 umfasst Ausgaben von 10,26 Milliarden Euro gegenüber 11,09 Milliarden Euro in diesem Jahr. Erwartet werden Einnahmen von 2,57 Milliarden Euro (2024: 1,81 Milliarden Euro). Der größte Teil der geplanten Ausgaben entfällt auf den Bereich »Innovation, Technologie und neue Mobilität«, für den 4,15 Milliarden Euro eingeplant sind (2024: 4,54 Milliarden Euro). Auf die »neue Mobilität« entfallen davon 443,31 Millionen Euro (2024: 587,38 Millionen Euro). Darin enthalten ist unter anderem ein »Zu-



kunftsinvestitionsprogramm für Fahrzeughersteller und die Zulieferindustrie sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekte für transformationsrelevante Innovationen und regionale Innovationscluster« mit 227,51 Millionen Euro (2024: 303,63 Millionen Euro). Für die Titelgruppe »Digitale Agenda« sind 507,25 Millionen Euro vorgesehen (2024: 596,01 Millionen Euro). 2,33 Milliarden Euro (2024: 2,39 Milliarden Euro) sind für die Förderung von Luft- und Raumfahrt in den Etat eingestellt, von denen 943,75 Millionen Euro als Beitrag an die Europäische Weltraumorganisation ESA in Paris gehen (2024: 1,04 Milliarden Euro). 1,13

Mittelstandsförderung Der Mittelstand soll laut Haushaltsplan mit 1,13 Milliarden Euro unterstützt werden (2024: 1,17 Milliarden Euro). Mehr als die Hälfte davon – 649,33 Millionen Euro – sind Zuweisungen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« (2024: 679,43 Millionen Euro). Energie und Nachhaltigkeit Für »Energie und Nachhaltigkeit« sind im Etatentwurf 2,85 Milliarden Euro vorgesehen (2024: 3,33 Milliarden Euro). Knapp eine Milliarde Euro (973,23 Millionen Euro) davon werden zur Finanzierung der LNG-Standorte (Flüssiggas-Terminals) eingeplant (2024: 1,16 Milliarden Euro). Auf die Energieforschung entfallen 482,51 Millionen Euro (2024: 569,03 Millionen Euro) und auf die Sanierung des früheren Uranbergbaus in der DDR sowie auf das Auslaufen der Steinkohlesubventionen 158,12 Millionen Euro (2024: 168,82 Millionen Euro). Für den Klimaschutz sieht der Etatentwurf 702,34 Millionen Euro vor (2024: 810,64 Millionen Euro), davon 635 Millionen Euro für Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland (2024: 735,01 Millionen Euro). Michael Schmidt- II

Neue Behörde in Lindner-Etat veranschlagt

FINANZMINISTERIUM Der Etat des Bundesfinanzministeriums (Einzelplan 08) soll 2025 um 332 Millionen Euro auf 10,1 Milliarden Euro steigen im Vergleich zu 2024. Der Großteil der im Haushaltsentwurf für den Einzelplan veranschlagten Ausgaben entfällt mit 5,2 Milliarden Euro auf Personalausgaben, die jedoch um 109 Millionen Euro im Vergleich zum laufenden Jahr sinken sollen. An neuen Verpflichtungsermächtigungen sind 2,2 Milliarden Euro vorgesehen, davon 300 Millionen Euro ab dem Jahr 2026. Für Wiedergutmachungen des Bundes sind 1,6 Milliarden Euro vorgesehen, 98 Millionen Euro mehr als 2024. Darauf entfallen 3,3 Millionen Euro auf die Titelgruppe Lastenausgleich (2024: 4,4 Millionen Euro). 1,6 Milliarden Euro sollen für die Entschädigung der Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung sowie Erinnerungs- und Bildungsaufgaben bereitstehen, ein Plus von 168 Millionen Euro. In der Zollverwaltung sollen die Ausgaben von 3,2 auf 3,3 Milliarden Euro ansteigen, der Großteil davon sind Personalausgaben, die allerdings im Vergleich zum laufenden Jahr um 163 Millionen Euro niedriger veranschlagt werden. Einher geht dies mit einem Rückgang der Zahl der dort veranschlagten Beamten von 41.837 auf 41.068. Einen Ausgabenanstieg soll es bei den sächlichen Verwaltungsaufgaben geben, diese sollen 2025 um 220 Millionen Euro höher bei 835 Millionen Euro liegen. Die Investitionen sollen um 62 Millionen Euro auf 188 Millionen Euro steigen. Für das neue Bundesamt zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (BBF), das im Rahmen des Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetzes geschaffen werden soll, das allerdings noch nicht vom Plenum des Bundestags beschlossen ist, sind für 2025 Gesamtausgaben von 179 Millionen Euro vorgesehen. Die Zahl der Stellen in der neuen Anti-Geldwäschebehörde soll auf 983 ansteigen. Die Ausgaben für das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) sollen um 70 Millionen auf 892 Millionen Euro steigen, bei unveränderter Stellenzahl. Ein weiterer größere Ausgabenposten ist das Informationstechnikzentrum Bund (ITZ Bund). Hier sind 1,5 Milliarden Euro an Ausgaben vorgesehen, 61 Millionen weniger als 2024 veranschlagt, bei unveränderter Zahl der Beamten. bal II

KTF-Ausgaben sollen niedriger ausfallen

SONDERVERMÖGEN Die Ausgaben aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) sollen im kommenden Jahr um mehr als die Hälfte schrumpfen. Der dem Entwurf für das Haushaltsgesetz 2025 (20/12400) beigefügte KTF-Wirtschaftsplan sieht für 2025 Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 25,47 Milliarden Euro vor. Für 2024 waren 58,22 Milliarden Euro eingeplant. Größter Einnahmeposten mit 15,41 Milliarden Euro sind die Erlöse aus der CO2-Bepreisung gemäß Brennstoffemissionshandelsgesetz (2024: 12,25 Milliarden Euro). Als »Entnahme aus Rücklage« findet sich für dieses Jahr der Betrag von 29,01 Milliarden Euro. Aufgeführt wird in der Vorlage auch eine Globale Mehreinnahme im Jahr 2025 in Höhe von drei Milliarden Euro sowie eine Globale Minderausgabe von neun Milliarden Euro. Größter Ausgabeposten ist die Förderung von Maßnahmen der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien im Gebäudebereich mit 14,35 Milliarden Euro (2024: 16,74 Milliarden Euro). Die für 2024 noch eingeplanten Zuschüsse zur Entlastung beim Strompreis in Höhe von 19,37 Milliarden Euro entfallen hingegen im kommenden Jahr. Mit 4,92 Milliarden Euro (2024: 4,82 Milliarden Euro) schlägt der Ausgabentitel »Mikroelektronik für die Digitalisierung« zu Buche. Die Zuschüsse an stromintensive Unternehmen zum Ausgleich von emissionshandelsbedingten Strompreiserhöhungen sollen 2025 bei 3,3 Milliarden Euro liegen (2024: 3,9 Milliarden Euro). Mehr Geld als in diesem Jahr – 979 Millionen Euro – soll es für die Transformation der Wärmenetze geben (2024: 750 Millionen Euro). Für die industrielle Fertigung mobiler und stationärer Energiespeicher sind 489,35 Millionen Euro eingeplant (2024: 511,91 Millionen Euro). Mit Blick auf die Mobilitätswende sehen die Planungen 1,58 Milliarden Euro als Zuschüsse zur Errichtung von Tank- und Ladeinfrastruktur vor (2024: 1,81 Milliarden Euro). Mit 375,29 Millionen Euro soll die Anschaffung von Nutzfahrzeugen mit alternativen, klimaschonenden Antrieben unterstützt werden (2024: 328,08 Millionen Euro). Für die Förderung des Ankaufs von Bussen mit alternativen Antrieben sind 462,08 Millionen Euro eingestellt (2024: 459,62 Millionen Euro). hau

Mit Geld allein lassen sich die Probleme am Bau nicht lösen

WOHNEN Ministerin Geywitz setzt auf Sanierungen in ländlichen Gebieten. Opposition kritisiert Rückgang der Genehmigungszahlen

Hohe Mieten, fehlende Wohnungen, steigende Baukosten und eine zu geringe Bautätigkeit: Klara Geywitz (SPD), seit Beginn der Ampel-Koalition ChefIn des damals wieder begründeten Bauministeriums (der Baubereich gehörte zuvor zum Innenministerium), steht vor einem Berg von Problemen. Zum Abtragen des Problembergs hat Finanzminister Christian Lindner (FDP) zwar mehr Geld in Aussicht gestellt. Doch mit Geld allein sind die Probleme auf dem Bau- und Wohnungsmarkt selbst nach Ansicht der Bauministerin nicht mehr zu lösen. »Genehmigungsverfahren müssen schneller und digitaler werden, der Spielraum der Kommunen für den Bau von Wohnungen muss größer werden«, erklärte Geywitz am Dienstag in der Debatte über den Bau-Etat für 2025. Priorität habe die Förderung bezahlbarer Wohnungen und klimafreundlicher Neubauten.

Wohngeld erhöht Da die geförderten Wohnungen erst später zur Verfügung stehen würden, müsse die Unterstützung der Menschen jetzt erfolgen, so Geywitz. Deshalb werde das Wohngeld um 15 Prozent erhöht: »Dies hilft beispielsweise Menschen, die sich trotz Arbeit ihre Wohnung kaum noch leisten können, sowie denjenigen, die nur wenig Rente haben.«

Die Städtebauförderung fließe dahin, wo das soziale Leben stattfindet, sagte Geywitz und hob das Programm »Jung kauft alt« hervor: Damit könnten Familien mit kleinen Kindern Wohnungen kaufen und sanieren. Immer mehr Menschen zögen in die ländlichen Gebiete, wo viele Wohnungen leer stehen würden. Uwe Schmidt (SPD) sagte, gebraucht würden lebendige

Quartiere, in denen die bezahlbare Mietwohnung genauso möglich sei wie der Kauf von Wohneigentum. Verwundert über die positive Zustandsbeschreibung der Ministerin zeigte sich Jan-Marco Luczak (CDU). Denn er komme zu einer ganz anderen Beschreibung: »Die Lage im Wohnungsbau ist dramatisch.« Die von der Regierung hervorgehobenen Fertig-

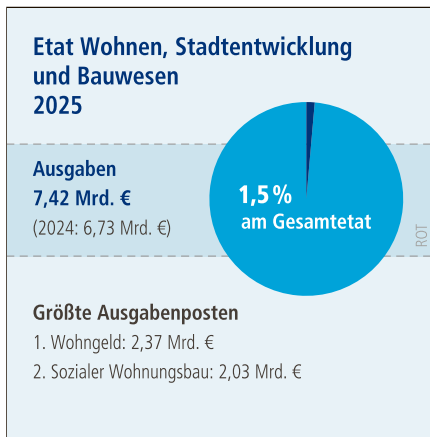
stellungszahlen würden nichts aussagen. Wichtig sei die Zahl der Baugenehmigungen: Und da habe es einen dramatischen Einbruch um 40 Prozent gegeben. Markus Kurth (Grüne) lobte, dass »der Bauetat erneut deutlich gewachsen ist«. Der Aufwuchs spiegele wider, dass »diese Koalition weiß, wie wichtig Wohnraum, wie wichtig das Thema Bauen und wie wichtig bezahlbares Wohnen in diesem Lande ist«. Nach Ansicht von Markus Bühl (AfD) ziehen Preissteigerungen, grüne Auflagen und Verbote den Bauwilligen das Geld aus der Tasche. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt sei auch durch die Zuwanderung in die Sozialsysteme so katastrophal. Torsten Herbst (FDP) hob hervor, noch nie habe eine Koalition so viel Geld für Investitionen eingeplant wie die Ampel. Und dazu sei die Schuldenbremse eingehalten worden. Bauen müsse jedoch einfacher, schneller und preiswerter gemacht werden. Gesine Lötzsck (Linke) kritisierte, der Kanzler habe ein Bauministerium geschaffen, aber keine neuen Wohnungen.

Höhere Ausgaben Der Etatentwurf des Bauministeriums sieht im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 7,42 Milliarden Euro (2024: 6,73 Milliarden Euro) vor. Geywitz kann mit Einnahmen von 250,87



Ministerin Klara Geywitz bei der Einbringung des Bauetats 2025

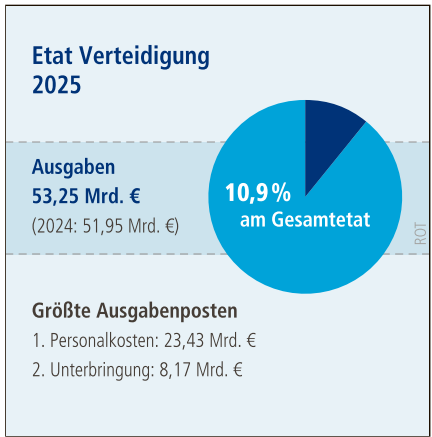
© picture-alliance/dpa



Millionen Euro (2024: 242,72 Millionen Euro) rechnen. Für den sozialen Wohnungsbau sind 2,03 Milliarden Euro eingeplant (nach 1,58 Milliarden Euro in diesem Jahr). Die Ausgaben für Wohngeld sollen bei 2,37 Milliarden Euro liegen (2024: 2,15 Milliarden Euro). Für Stadtentwicklung und Raumordnung sieht der Etat 1,27 Milliarden Euro vor (2024: 1,43 Milliarden Euro). Die Mittel für die Städtebauförderung summieren sich auf 795,9 Millionen Euro (2024: 973,9 Millionen Euro), von denen 639,9 Millionen Euro an die Bundesländer gehen sollen. hle II

Boris Pistorius (SPD) hat Geld-sorgen. Mit einem geplanten Wehretat von 53,25 Milliarden Euro und weiteren 22 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Bundeswehr sollen Deutschlands Verteidigungsausgaben im kommenden Jahr mit rund 75 Milliarden Euro zwar auf einen neuen Höchststand steigen, aber dies wird trotzdem „nicht reichen“, wie der Verteidigungsminister in der Debatte über seinen Haushalt in der vergangenen Woche einräumte. Es wird vor allem dann nicht reichen, wenn die Bundeswehr bis 2029 wieder „kriegstüchtig“ werden soll, wie es Pistorius seit Monaten fordert. Auch in der Debatte warnte er erneut eindringlich: „Russland hat auf Kriegswirtschaft umgestellt und kann seine Streitkräfte vermutlich innerhalb weniger Jahre so aufstellen, dass es Nato-Territorium angreifen könnte.“ Bis dahin müsse die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands gestärkt und die Ukraine „in ihrem Verteidigungskampf gegen Russland“ weiter unterstützt werden.

Langsame Beschaffungen Doch bis die deutschen Streitkräfte wieder „kriegstüchtig“ sind, könnten noch Jahrzehnte vergehen. Zu diesem Ergebnis kommt zumindest eine Studie des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, die pünktlich zur ersten Lesung des Verteidigungshaushaltes veröffentlicht wurde. Deren Wissenschaftler errechneten, wie lange es dauern würde, bis die Truppe beim derzeitigen Tempo der Beschaffung von Waffensystemen wieder auf dem Stand des Jahres 2004 wäre. „Wenn wir bei den Artilleriesystemen so weitermachen, dauert das über 100 Jahre“, zitierte der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Johann David Wadephul aus der Studie. Das liege zum einen daran, dass das benötigte Geld fehle, aber auch am langsamen Beschaffungswesen. „Es gibt keine einzige Maßnahme der Ampelregierung, die dafür sorgt, dass das Beschaffungswesen beschleunigt wird“, befand der CDU-Abgeordnete. Angesichts einer Inflationsrate von etwa zwei Prozent und der Maßgabe, dass im Wehretat eine globale Minderausgabe von 1,3 Milliarden Euro erwirtschaftet werden soll, stelle die geplante Erhöhung des Wehretats um 1,3 Milliarden Euro faktisch eine Kürzung



dar: „Sie nehmen der Bundeswehr Mittel weg, anstatt ihr die notwendigen Mittel für die Zeitenwende zu geben.“

Personal- und Betriebskosten Auch der SPD-Verteidigungsexperte Wolfgang Hellmich räumte ein, dass „die doch recht geringe Erhöhung des Verteidigungsetats eine ernüchternde Zahl darstellt“. Er habe sich eine „signifikante Erhöhung“ gewünscht. Zugleich warnte Hellmich, dass der reguläre Wehretat zu großen Teilen von den laufenden Betriebskosten für Personal, Treibstoff, Munition und Übungen, aufgebraucht werde und dass die Beschaffung



Verteidigungsminister Boris Pistorius am 4. September nach seiner Rede zur Indienstellung des neuen Luftverteidigungssystems IRIS-T SLM bei der Flugabwehrraketengruppe 61 der Bundeswehr in Todendorf in Schleswig-Holstein. © picture-alliance/Chris Emil Janssen

von neuem Gerät diese Kosten weiter erhöhen wird. Allein die Personalkosten für die aktuell rund 181.000 Soldaten und 80.000 Zivilangestellten der Bundeswehr belaufen sich auf 23,43 Milliarden Euro. Und sollte es der Bundeswehr gelingen, ihre Truppenstärke wie geplant bis 2031 auf rund 203.000 Soldaten anwachsen zu lassen, werden die Personalkosten ebenso weiter steigen. Weitere 6,79 Milliarden sieht der Etatentwurf für den Materialerhalt sowie 8,16 Milliarden Euro für die Unterbringung vor, sprich Pachten, Mieten und die Sanierung von Kasernen und anderen Liegenschaften. Für die Beschaffung von militärischem Gerät sind im Verteidigungshaushalt lediglich 2,48 Milliarden Euro eingeplant. Die derzeitige Beschaffung von Großgerät sei eben nur durch das Sondervermögen Bundeswehr von 100 Milliarden Euro zu gewährleisten, führte Wolfgang Hellmich an. Doch spätestens ab 2028 wird das Sondervermögen aufgebraucht sein, verplant ist es jetzt schon. Laut mittelfristiger Finanzplanung soll der Verteidi-

gungshaushalt deshalb ab 2028 auf 80 Milliarden erhöht werden. Doch bislang existiert noch kein Plan, woher das Geld kommen soll. „Weil es dieses zusätzliche Geld, das alle gerne hätten, schlicht und ergreifend nicht gibt“, führte der AfD-Haushaltspolitiker Michael Ependiller an. Auch die Union, die immer höhere Verteidigungsausgaben fordere, mache keine Aussagen dazu, woher das Geld kommen soll. Zugleich lehnte Ependiller Steuererhöhungen oder andere Vermögensabgaben ebenso ab wie die Auflage eines erneuten Sondervermögens. „Das heißt, dass wir mit den vorhandenen Mitteln auskommen müssen und bestenfalls moderate Etatsteigerungen in Angriff nehmen“, sagte der AfD-Abgeordnete.

Schuldenbremse Die Grünen wiederum wollen die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse aufweichen, weil „sie blind für Investitionen“ sei, wie deren Verteidigungspolitikerin Agnieszka Brugger argumentierte. Doch die in den kommen-

den Jahren benötigten Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe in die Bundeswehr sowie der Schutz von Infrastruktur und Bevölkerung seien „nicht durch noch so radikale Kürzungen“ in anderen Bereichen des Bundeshaushaltes zu erwirtschaften. „Aber das müssen uns unsere Demokratie, unsere Freiheit und unsere Sicherheit wert sein“, betonte Brugger unter Verweis auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Beim Koalitionspartner FDP stoßen die Grünen damit allerdings auf ein klares Nein. Die „Verteidigung der freiheitlichen Gesellschaft“ ruhe auf drei Säulen, führte der FDP-Haushaltsexperte Karsten Klein aus: Dazu zählten neben der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, die die benötigten finanziellen Ressourcen erwirtschaftet, und der Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr „die finanzielle Solidität, die durch die Schuldenbremse garantiert wird“. Mit Schulden hingegen sei es wie mit einem Stück Kuchen: „Das bringt mal kurzfristig Energie, aber keine Ausdauer.“ Alexander Weinlein

Baerbocks Hader mit der Schuldenbremse

AUSWÄRTIGES Einschnitte bei humanitären Hilfen

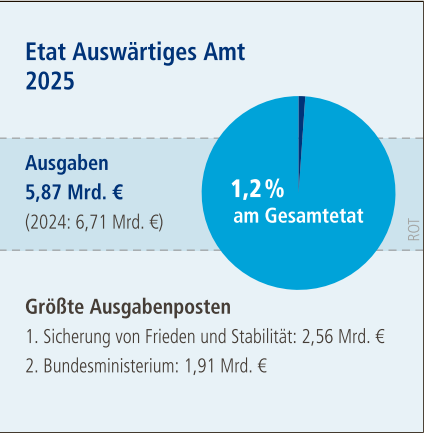
Aus Sicht von Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/die Grünen) gibt es da nichts zu beschönigen. Mehr als 0,8 Milliarden Euro muss ihr Auswärtiges Amt einsparen, das sind mit Ausgaben in Höhe von 5,87 Milliarden Euro 12,5 Prozent weniger als im laufenden Haushaltsjahr. Einen „schlagkräftigeren Haushalt“ hätte sie sich angesichts der unsicheren Weltlage gewünscht, sagte Baerbock am Mittwoch bei der Haushaltsberatungen für das Auswärtige Amt. Angesichts der Sparvorgaben habe ihr Haus nun „schmerzhaft aber klare“ Prioritäten gesetzt. „Wir haben uns gefragt: Was ist unverzichtbar für die Sicherung unseres Friedens und unserer Freiheit.“ Dazu gehöre die weltweite humanitäre Hilfe genauso wie die Unterstützung der Ukraine gegen Russlands Angriffskrieg. Baerbock unterstrich, dass für die innere und äußere Sicherheit aus ihrer Sicht weitaus mehr Mittel nötig seien. Man könne es sich aber nicht „herbeiwünschen“, dass wir die „Schuldenbremse modernisieren“. Dafür wäre eine Zweidrittel-Mehrheit nötig. „Die gibt es leider nicht“, sagte Baerbock und warb in Richtung Union, gemeinsam einen „Sicherheitshaushalt“ analog zum Sondervermögen auf den Weg zu bringen.

Prioritäten Jürgen Hardt (CDU) bezeichnete den Haushaltsansatz als „Katastrophe“. Kein anderes Ressort müsse prozentual so viele Einsparungen leisten wie Baerbocks Haus. Hardt bemängelte das Ausbleiben klarer Prioritätensetzungen. So wäre eine bessere Koordinierung angebracht zur Bekämpfung der „größten Gefahren für unseren Frieden, unseren Wohlstand und unsere Freiheit, die Freiheit unserer Freunde und der Welt“. Eine Priorisierung der Bekämpfung russischer und iranischer Aggression auf Staatssekretärebene im Auswärtigen Amt würde „für den Weltfrieden deutlich mehr leisten als mit einer Klimastaatssekretärin, die Dinge tut, die der Ministerin im Zweifel genauso am Herzen liegen“, sagte Hardt. Wiebke Papenbrock (SPD) hob die Digitalisierung hervor, die im Auswärtigen Amt „mit großen Schritten“ vorankomme. So nehme bei der Visa- und der Passvergabe das „digitale Konsulat“ Gestalt an, was die Verfahren beschleunige und die Mitarbeiter entlaste. Papenbrock räumte „Einschnitte“ bei der humanitären Hilfe ein. Soforthilfen bei Notlagen in Krisenregionen und bei Naturkatastrophen werde es aber weiter geben. „Deutschland wird auch in Zukunft helfen, wenn es darauf ankommt.“

Michael Ependiller (AfD) warf Baerbock vor, mit „irrer Sanktionspolitik“ den „Niedergang des Industriestandorts Deutschland“ zu beschleunigen: Während das russische Bruttoinlandsprodukt 2023 um 3,6 Prozent gewachsen sei, sei es in Deutschland um 0,3 Prozent gefallen. Baerbocks größter Fehler sei die fortgesetzte milliardenschwere Lieferung von Waffen an die Ukraine. „Kehren sie an den Verhandlungstisch zurück, damit das sinnlose Sterben endlich endet“, forderte Ependiller. „Ihre politischen Spielchen haben jetzt schon zu viele Menschenleben gekostet und dabei auch noch Milliarden an Steuergeld verbrannt, die wir hierzulande selber sehr gut gebrauchen können.“

Kritik in puncto Rüstung kam auch von Linken und BSW. Gregor Gysi (Die Linke) kritisierte, dass im Etat eine Milliarde Euro weni-

ger für die Sicherung von Frieden vorgesehen seien, gleichzeitig aber der Bundeswehretat erneut steigen solle. „Immer neue und weitreichendere Waffen erhöhen nicht unsere Sicherheit, sondern machen uns im Kriegsfall zu einem der ersten Kriegsziele.“ Sevim Dagdelen (BSW) warf Baerbock vor, bei der humanitären Hilfe und der Krisenprävention den Rotstift anzusetzen und „lieber weitere Waffen an die Ukraine“ zu verteilen. „Für die Milliarden an Waffengeschenken zerstören Sie die soziale Sicherheit in diesem Land.“



Michael Georg Link (FDP) verteidigte die militärische Unterstützung der Ukraine. „Sollten russische Panzer irgendwann an der polnischen Grenze stehen, kommen auf uns noch ganz andere Kosten zu als heute, und auch die Zahl der Flüchtlinge, die vor der russischen Gewalt fliehen, würde massiv steigen.“ Link warb ausdrücklich dafür, der Ukraine „weitreichende Waffensysteme“ zur Verfügung zu stellen, um „russische Nachschublinien weit hinter der Front zu kap-pen“. Dem russischen Präsidenten müsse klargemacht werden, dass er militärisch diesen Konflikt nicht gewinnen könne. „Das ist der Weg zu Verhandlungen, nicht andersherum.“

Insgesamt sollen dem Auswärtigen Amt im kommenden Jahr rund 5,87 Milliarden Euro zur Verfügung stehe, das sind rund 836 Millionen Euro weniger als 2024. Für das Kapitel Sicherung von Frieden und Stabilität sind rund 2,56 Milliarden Euro eingestellt, ein Minus von 968 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Hier schlagen vor allem Kürzungen bei humanitären Hilfen um knapp 1,19 Milliarden Euro auf 1,04 Milliarden Euro zu Buche, währenddessen der Beitrag an die Vereinten Nationen von 349 Millionen Euro in diesem auf rund 675 Millionen Euro im kommenden Jahr steigen soll.

Goethe-Institute Die Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland soll mit 945 Millionen Euro zu Buche schlagen (2024: rund 1 Milliarde Euro). In diesen Bereich fällt unter anderem die Förderung der deutschen Auslandsschulen und des Goethe-Instituts. Für das Ministerium selbst plant die Bundesregierung Ausgaben in Höhe von 1,9 Milliarden Euro (2024: 1,73 Milliarden Euro), wobei die Personalkosten für das Haus am Werderschen Markt und das Personal an den deutschen Auslandsvertretungen auf 1,23 Milliarden steigen sollen (2024: 949 Millionen Euro). Alexander Heinrich

Ministerin Schulze ist nicht zufrieden

ENTWICKLUNG Um knapp eine Milliarde Euro soll der Etatansatz für 2025 sinken

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) leidet. Erneut hat der Sparkurs das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hart erwischt. Knapp eine Milliarde Euro weniger als in diesem Jahr soll 2025 für die Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben werden dürfen. Schon der aktuelle Etat wurde im Vergleich zu 2023 um etwa die gleiche Summe gekürzt. Für 2025 verbleiben nun 10,28 Milliarden Euro. Mit solch einem Etat bleibe Deutschland zwar ein wichtiger Partner in der Welt, sagte die Ministerin während der Einbringung des Entwurfes am Donnerstag. „Es ist aber viel weniger Geld, als die internationale Zusammenarbeit eigentlich bräuchte“, fügte sie hinzu. Deutschland werde sich in wichtigen Bereichen nicht mehr auf dem gewohnten Niveau engagieren können. Auf neue, nicht erwartete Krisen könne auch nicht mehr so konsequent reagiert werden, wie in der Vergangenheit, beklagte Schulze.

Internationale Verantwortung Volkmar Klein (CDU) sprach von einem dramatisch zusammengestrichenen Haushalt. Internationale Verantwortung, für die einst Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gestanden hätten, sehe anders aus. Für die

Kürzungen im Etat würden nun Haushaltsnotwendigkeiten angeführt, so Klein. Diese seien aber selbstgemacht, „weil die Regierung entschlossen an einer Schwächung unserer Wirtschaft arbeitet“.

Felix Banaszak (Grüne) sah Widersprüche innerhalb der Unionsfraktion. So hätten Entwicklungspolitiker unlängst in einem Brief an die eigene Fraktion geschrieben, es sei populistisch, Entwicklungsvorhaben in einem Land gegen Missstände in Deutschland auszuspielen. Haushälter der Union hätten hingegen gefordert, anstelle Milliarden für Entwicklungshilfe und Klimaschutz in anderen Ländern auszugeben, das Geld für den Hochwasserschutz und die Landwirte zu nutzen. Er selbst, so stellte Banaszak klar, sei mit dem Etatentwurf „überhaupt nicht zufrieden“. Das gleiche gelte auch für seine Fraktion. Für Michael Ependiller (AfD) hingegen ist der sinkende Etat eine gute Nachricht. Aus seiner Sicht ist der Rückgang sogar „bei weitem noch nicht genug“. Noch immer wolle Ministerin Schulze zehn Milliarden Euro an deutschem Steuergeld ins Auslands transferieren, bemängelte er. Das seien noch immer mindestens sieben Milliarden Euro zu viel. „Wir müssen die unnötigen Ausgaben des deutschen Staates senken, damit wir uns auf die Staatsaufgaben

konzentrieren können, die für unsere Bürger und unsere Wirtschaft wirklich wichtig sind“, forderte der AfD-Abgeordnete.

Zweitgrößter Geber Claudia Raffelhüschen (FDP) kann den Unmut Schulzes verstehen, mit weniger Geld auskommen zu müssen, „während die Aufgaben keineswegs weniger werden“. Nicht nachvollziehbar seien aber die vielen Stellungnahmen von Nichtregierungsorganisationen und Medien zu „unverantwortlichen und überproportionalen Kürzungen“ und den angeblich vorprogrammierten katastrophalen Konsequenzen, sagte die FDP-Abgeordnete. Auch mit 10,28 Milliarden Euro sei eine hervorragende Entwicklungszusammenarbeit möglich. Zudem bleibe Deutschland in der internationalen Zusammenarbeit „immer noch zweitgrößter Geber in absoluten Zahlen“. Sanae Abdi (SPD) tröstete das keineswegs. Deutschland müsse in diesen herausfordernden Zeiten, „als eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt, als langjähriger verlässlicher Partner und als Stabilitätsanker in der EU“, seiner internationalen Verantwortung gerecht werden, forderte sie. „Mit Blick auf den Etat müssen wir leider feststellen: Dieser Verantwortung werden wir so nicht gerecht.“ Götz Hausinger

Anzeige

#wissenfürmorgen
Quo vadis, Demokratie?

Jetzt zum **NEWSLETTER** kostenlos anmelden.

QR Code hier scannen.

Nomos

Deutschland soll mehr investieren, fordern Ökonomen unisono. Uneins sind sie, ob das Land dafür auch mehr Schulden aufnehmen soll. Über neue Schuldentöpfe und die Schuldenbremse im Grundgesetz herrscht Streit in der Wirtschaftswissenschaft.

Einen viel beachteten Impuls im Fachmedium „Wirtschaftsdienst“ gesetzt hat der Ökonom Stefan Kolev, wissenschaftlicher Leiter des Ludwig Erhard Forums für Wirtschaft und Gesellschaft in Berlin und Professor für Wirtschaftspolitik an der Hochschule Zwickau. Zwar sagt er auf Anfrage: „Die Schuldenbremse ist und bleibt ein richtiges Instrument, um nachhaltigt finanzielle Stabilität zu erhalten.“ Aber trotzdem spricht er sich in der jetzigen Situation für höhere Schulden aus. Die Bundeswehr brauche ein weiteres milliardenreiches schuldenfinanziertes Sondervermögen, das sich an das 100 Milliarden Euro umfassende Sondervermögen aus dem Jahr 2022 anschließt. Nur so könne Deutschland seiner Pflicht aus dem Nato-Bündnis nachkommen, jährlich mindestens zwei Prozent seiner jährlichen Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), in sein Militär zu investieren.

Denn dafür seien jährlich 80 Milliarden Euro nötig, rechnet Kolev vor. Derzeit werde diese Größe erreicht, allerdings zuletzt nur dank der 27 Milliarden Euro aus dem 2022er Sondervermögen. Doch dieses werde 2027 aufgebraucht sein, warnt Kolev. Der Ökonom stellt infrage, dass dann ein adäquater Betrag dauerhaft, verlässlich und mit der Inflation wachsend jedes Jahr aus dem Kernhaushalt in die Bundeswehr fließen kann. Dabei genüge das Zwei-Prozent-Ziel vielleicht gar nicht mehr. Osteuropäische Staaten seien bereits auf dem Weg in Richtung drei Prozent ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung, die sie für ihre Verteidigungsfähigkeit reservieren. So wollen sie sich angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der Drohungen aus Moskau für einen möglichen Angriff Putins auf Nato-Gebiet wappnen.

Unterstützung für seinen Vorschlag erhält Kolev von Friedrich Heinemann, Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft am ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim und Ökonomie-Professor an der Universität Heidelberg. Heinemann sagt: „Ein neues Sondervermögen für die Bundeswehr ist vertretbar, aber man darf sich keiner Illusion hingeben: Dieser Weg stellt nicht sicher, dass die zusätzlichen Schulden auch wirklich nur die Investitionen steigen lassen.“ Derzeit erlaubt das Grundgesetz dem Bund, pro Jahr neue Kredite in Höhe von 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsproduktes aufzunehmen, um Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Etwas mehr Schulden sind möglich, wenn die Konjunktur lahmte, wie es derzeit der Fall ist.

Bei Naturkatastrophen oder „außergewöhnlichen Notsituationen“ wie einer Pandemie kann der Bundestag eine Ausnahme von der Schuldenbremse beschließen. Wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts Ende 2023 zum Nachtragshaushalt 2021 gezeigt hat, ist der Spielraum dafür aber sehr begrenzt. Neue schuldenfinanzierte Sondervermögen außerhalb der Schuldenbremse sind zwar möglich, aber nur, wenn Bundestag und Bundesrat sie mit Zweidrittelmehrheit im Grundgesetz verankern.

Konsum statt Investitionen Heinemanns Sorge: Sobald die Politik mit einem Sondervermögen größere finanzielle Spielräume im Kernhaushalt hat, nutzt sie diese nicht für Investitionen, sondern steigert die Konsumausgaben des Staates. „Schon mit dem existierenden Sondervermögen Bundeswehr sind die Sozialausgaben gestiegen, etwa das Bürgergeld“, sagt Heinemann. Bereits zu Zeiten der schwarz-roten Koalition unter Führung Angela Merkels habe die Politik finanzielle Spielräume infolge einer dynamischen Wirtschaft mit sprudelnden Steuereinnahmen bei niedrigen Zinsen zu sehr für wachsende Sozialausgaben genutzt, anstatt zu investieren, etwa in die Infrastruktur wie Straßen, Schienen oder Brücken. Heinemann erklärt: „Zwischen 2015 und 2019 wurden rund 39,5 Milliarden Euro der zusätzlichen Haushaltsmittel für steigende konsumtive Ausgaben verwendet, während nur rund 13,2 Milliarden Euro für investive Ausgaben ausgegeben wurden.“ Die Koalition aus CDU/CSU und SPD führte die Rente mit 63 und die Mütterrenten ein, erhöhte so die staatlichen Konsumausgaben. Während Heinemann Kolevs Position in puncto Sondervermögen für die Bundeswehr unterstützt, erfährt Kolev von anderer



»Die Rüstungsindustrie braucht ein Signal für Investitionen ins Militär.«

Stefan Kolev,
Ludwig Erhard Forum



»Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer könnte ausgeweitet werden.«

Eckhard Janeba,
Vorsitzender Beirat BMWK



»Ein neues Sondervermögen für die Bundeswehr ist vertretbar.«

Friedrich Heinemann,
ZEW - Leibniz-Institut



»Es geht nicht um Kanonen statt Butter, sondern statt Porsches.«

Rüdiger Bachmann,
University of Notre Dame



»Es ist keineswegs unrealistisch, 25 bis 30 Milliarden Euro umzuschichten.«

Lars Feld,
Walter Eucken Institut



»Immer mehr Länder haben Schuldenquoten über 100 Prozent.«

Ulrich Kater,
Chefvolkswirt Dekabank

Streit über Schulden

INVESTITIONEN Mehr Mittel für die Bundeswehr und die Infrastruktur sind nötig. Ökonomen diskutieren, woher das Geld kommen soll



Auch neue Schützenpanzer Puma werden über das bestehende Sondervermögen Bundeswehr finanziert, hier die Puma-Fertigung bei Rheinmetall.

© picture-alliance/dpa/Philipp Schulze

Seite Widerstand, und zwar ausgerechnet aus der eigenen Denkschule: Dem Leiter des Erhard-Forums widerspricht Lars Feld, Direktor des Walter Eucken Instituts und Wirtschaftspolitik-Professor in Freiburg. Erhard und Eucken, sie waren nach dem Zweiten Weltkrieg die Vordenker einer liberalen Wirtschaftsordnung für Deutschland. Aber in der Schuldenfrage sind die Leiter der nach ihnen benannten Institute heute uneins. „Landesverteidigung ist

Kernaufgabe des Staates, und wenn der Staat nicht in der Lage ist, diese aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren, dann hat er ein Problem“, sagt Eucken-Direktor Feld. Zwar be-

streitet auch er nicht, dass die Bundeswehr einen höheren finanziellen Bedarf hat, erklärt aber: „Es ist keineswegs unrealistisch, 25 bis 30 Milliarden Euro im Jahr im Haushalt umzuschichten, man muss eben Subventionen und Steuervergünstigungen streichen, wenn die Kraft für Einsparungen im Sozialbereich fehlt.“ Kolev dagegen beharrt auf einem weiteren Sondervermögen: „Die Rüstungsindustrie braucht ein kla-

res Signal, dass Deutschland auch mittelfristig in sein Militär investiert.“ Dabei müsse Deutschland nicht nur in einen „Kapitalstock für eine neue Armee“ investieren, sondern auch in seine Infrastruktur, in die Bildung und eine klimaneutrale Wirtschaft; das alles im Rahmen der Schuldenbremse. Kolev: „Angesichts dieser Herausforderungen ist es wichtiger, für die nächsten Jahre die Verteidigungsfähigkeit über einen gesonderten Schuldentopf zu finanzieren, denn wenn wir uns angesichts der

absehbar knapp bleibenden Kassen bei jedem zur Verfügung stehenden Euro zwischen Investitionen und Verteidigung entscheiden müssen, kann beides scheitern.“ Subventionen kürzen, das bleibt dagegen die Lösung für Lars Feld. Er lehnt beispielsweise die zig Milliarden Euro an Investitionen aus dem Haus von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) in Chip-Hersteller ab, ebenso die Beihilfen für die Stahlindustrie oder aktuell die Meyer-Werft: „Die Idee, diese Unternehmen durch Subventionen zur Transformation zu bewegen, ist Investitionslenkung und grenzt an Planwirtschaft.“

Feld verteidigt eism die Schuldenbremse des Grundgesetzes. Lediglich ein Zugeständnis würde er machen, nämlich die Kredite der Krisenjahre 2020 bis 2023 (Corona, Ukraine) etwas langsamer zu tilgen. „Derzeit sind hier feste Beträge für die Jahre 2028 bis 2058

als finanzielle Transaktionen. Wenn der Staat dafür Kredite aufnimmt, fallen diese nicht unter die Schuldenbremse.

Aus Felds Sicht sind auch für die Bundesfernstraßen eigene Schulden jenseits des Bundeshaushalts möglich. Unter einer Bedingung: „Dafür müssten die Einnahmen aus der Lkw-Maut und mögliche künftige Einnahmen aus einer Pkw-Maut direkt an die Autobahn GmbH oder noch besser eine Bundesfernstraßen GmbH als eigene

Einnahmen fließen.“ Doch Feld geht noch weiter: „So ausgestaltet, könne eine gesonderte Infrastrukturgesellschaft mit eigenen Einnahmen auch in gewissem Umfang selbst Kredite aufnehmen.“ Sogar eine Minderheitsbeteiligung privater Investoren sei denkbar. „Leider scheiterten Vorstöße in diese Richtung bisher an der SPD“, bedauert Feld. Einen anderen Weg schlägt der wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) vor. Bereits Ende 2023 sprach er sich in einem Gutachten unter anderem für eine „Goldene Regel Plus“ aus. Die Idee: Der Staat soll mehr

aufnehmen.“ Sogar eine Minderheitsbeteiligung privater Investoren sei denkbar. „Leider scheiterten Vorstöße in diese Richtung bisher an der SPD“, bedauert Feld. Einen anderen Weg schlägt der wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) vor. Bereits Ende 2023 sprach er sich in einem Gutachten unter anderem für eine „Goldene Regel Plus“ aus. Die Idee: Der Staat soll mehr

Schulden machen dürfen, aber nur, wenn diese tatsächlich für Investitionen genutzt werden. Außerdem sollen nur Investitionen in neue Dinge über zusätzliche Schulden finanziert werden dürfen, also die sogenannten Nettoinvestitionen. Der Erhalt des öffentlichen Kapitalstocks soll demnach weiter über den regulären Haushalt laufen. Kontrollieren soll das Ganze eine unabhängige Institution. „Damit soll ein Unterlaufen der goldenen Regel verhindert werden, Konsumausgaben sollen nicht als

Investitionsausgaben getarnt werden können“, erklärt der Vorsitzende des BMWK-Beirats, Eckhard Janeba, Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Mannheim, auf Anfrage. Janeba weiter: „Was Investitionen sind, muss zuvor von der Politik definiert werden. Als Expertenkommission könnten bereits bestehende Institutionen dienen, wie der Bundesrechnungshof oder der Unabhängige Beirat des Stabilitätsrats. Wichtig ist, dass die Personen un-

abhängig von der Regierung sind.“ Ob sich die Politik darauf einließe? ZEW-Ökonom Heinemann zieht einen Vergleich zur Geldpolitik. So seien auch die Bundesbank und die Europäische Zentralbank als unabhängige staatliche Institutionen konstruiert. Über die Höhe der Leitzinsen etwa entscheiden diese autonom, ohne Einmischung von Regierung und Parlament. „Ob eine solche Konstruktion auf Akzeptanz in

der Fiskalpolitik stoßen könnte, ist zweifelhaft, wir sind beim Budgetrecht beim Königsrecht des Parlaments“, mahnt Heinemann. Nochmals einen anderen Vorschlag hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gemacht. Die Wirtschaftsweisen sprechen sich für „eine pragmatische“ Reform der Schuldenbremse aus. Unter anderem plädieren sie dafür, dass bei einer niedrigeren Gesamtschuldenquote höhere Defizite möglich sein sollen. Wenn also die Schulden im Verhältnis zum BIP sinken, wären höhere Kredite möglich. Für größere Spielräume bei der Neuverschuldung plädiert auch Rüdiger Bach-

mann, Professor für Makroökonomik an der US-Universität Notre Dame: „Angesichts der geopolitischen Lage und der anstehenden Zukunftsaufgaben ist es völlig verantwortungslos, den Staat nicht handlungsfähig zu machen. Deutschland mit seinem relativ niedrigem Schuldenstand hat dafür die fiskalischen Spielräume.“ Tatsächlich spielt Deutschland beim globalen Schuldentheater eher eine – aus Stabilitätssicht löbliche – Außenseiterrolle. Die Staatsschulden im Verhältnis zum BIP beliefen sich laut Internationalem Währungsfonds 2023 auf 64,3 Prozent, Tendenz sinkend. Zum Vergleich: Die USA haben mit 122,1 Prozent eine fast doppelt so hohe Schuldenquote, Tendenz steigend.

Warnung vor neuer Euro-Krise Ulrich Kater, Chefvolkswirt der Dekabank, warnt: „Immer mehr Länder verzeichnen Schuldenquoten von über 100 Prozent, in den letzten Jahren sind etwa Länder wie die USA oder Frankreich hinzugekommen.“ Zum sehr ernststen Problem könne das werden, wenn die Inflation weiter sinkt, aber die Zinsen nicht oder nur langsamer. Das hieße, dass die sogenannten Realzinsen steigen. „In den USA ist das bereits der Fall“, gibt Kater zu bedenken. Das bedeutet wiederum: Ein wachsender Anteil der Haushaltseinnahmen fließt in Zinszahlungen. Für die USA sei die wachsende Schuldenlast zwar auf absehbare Zukunft tragbar, da ihre Währung, der Dollar, als globale Reservewährung fungiere. „Aber schon in den europäischen Ländern ist das nicht der Fall“, warnt Kater. In der EU Sorge der mittlerweile gut 800 Milliarden Euro schwere Aufbaufonds „NextGenerationEU“ noch dafür, dass auch hochverschuldete Mitgliedsstaaten finanziell über die Runden kämen. Trotzdem warnt Kater vor einer neuen europäischen Staatsschuldenkrise: „Da eine Fortsetzung dieser EU-Ausgabenprogramme unrealistisch ist, ist der nächste Krach in der Finanztag des europäischen Hauses vorprogrammiert.“

Aufgrund dieser Gefahren verneint kaum ein Ökonom, dass die Politik den Bürgern auch Einschnitte zumuten muss, damit die Schulden dauerhaft tragfähig bleiben. Obwohl er Spielräume für mehr Schulden in Deutschland sieht, hat auch Rüdiger Bachmann eine bittere Botschaft: „Die nächsten 25 Jahre muss Deutschland deutlich mehr investieren, und das wird zulasten des Konsums gehen müssen.“ Also kürzen bei Rente und Bürgergeld, den klassischen konsumtiven Staatsausgaben? Aus Bachmanns Sicht sollten vielmehr die oberen Einkommensbezieher einen Beitrag leisten: „Es geht nicht um Kanonen statt Butter, sondern um Kanonen statt Porsches.“ Bachmann plädiert für höhere Steuern für Reiche, insbesondere mit Blick auf die Erbschaftsteuer, hält aber wie nahezu alle Ökonomen auch ein höheres Renteneintrittsalter für erforderlich.

Auch Finanzwissenschaftler Janeba findet, dass Erben, insbesondere solcher sehr großer Vermögen, in Deutschland stärker besteuert werden sollten. Er erklärt: „Das Aufkommen der Erbschaftsteuer könnte ausgeweitet werden, indem niedrige Sätze auf eine breitere Bemessungsgrundlage bei Beibehaltung des Freibetrags angesetzt werden, so auch bei der Vererbung von Betriebsvermögen.“

Feiertage streichen Damit der Staat die Schulden aus einem neuen Sondervermögen Bundeswehr auch zurückzahlen kann, macht Kolev einen weiteren Vorschlag: „Ich wäre dafür, mittelfristig ein bis zwei Feiertage zu streichen und das zusätzliche Steueraufkommen dafür zu verwenden. Dänemark ist 2023 in diese Richtung vorangegangen. Eine solche Lösung hätte den Vorteil, dass die zwei wichtigsten Themen Verteidigungsfähigkeit und Arbeitskultur zu verknüpfen“

Die Wissenschaft mag über die Steuerpolitik streiten. Einigkeit herrscht, dass mehr Investitionen nötig sind. Die rechnen sich aus volkswirtschaftlich, erklärt Rüdiger Bachmann: „Es gibt eine hohe Anzahl sehr solider Studien, die beispielsweise zeigen, dass die volkswirtschaftliche Rendite von Bildungsausgaben sehr hoch ist und das Wachstum ankurbelt.“ Schwieriger sei das mit Blick auf die Dekarbonisierung. Die Annahme, dass die Transformation der Wirtschaft Richtung Klimaneutralität sich direkt in mehr Wachstum des BIP niederschläge, sei höchst fragwürdig. „Einen intakten Kapitalstock etwa in Form von Kohlekraftwerken zu verschrotten, ist erstmal ein Wohlstandsverlust, aber langfristig natürlich richtig, denn die rapide Erderwärmung infolge des Verbrennens fossiler Rohstoffe wie Kohle und Öl bedroht unseren Wohlstand eben auch.“

Stephan Balling ||

Brandenburgs SPD spricht gar nicht erst von einem Wahlprogramm. Mit „Regierungsprogramm“ hat sie das 50-Seiten-Angebot an die rund 2,1 Millionen wahlberechtigten Brandenburgerinnen und Brandenburger überschrieben, die am 22. September über die Zusammensetzung des neuen Landtags in Potsdam bestimmen. Die Wähler werden entscheiden, ob im Land Brandenburg erstmals seit der Wende die rote Bastion im Osten, die letzte Herzkammer der SPD, fällt und womöglich, wie in Thüringen, die AfD stärkste Kraft wird. Brandenburg ist das einzige ostdeutsche Bundesland, in dem seit 1990 durchgehend die SPD mit verschiedenen Partnern regiert und die Sozialdemokraten stets den Ministerpräsidenten stellten. Erst Manfred Stolpe, dann Matthias Platzeck und seit elf Jahren Dietmar Woidke. Auf den 62-jährigen Agraringenieur aus Forst in der Lausitz, der es vor fünf Jahren geschafft hat, den schlechten Umfragetrend zu drehen und die AfD auf Platz zwei zu verweisen, kaprizieren sich erneut alle Hoffnungen seiner Partei. „Wer Woidke will, wählt SPD“, plakatiert die selbsternannte „Brandenburg-Partei“, die in den Nachwendejahren teils absolute Mehrheiten erringen konnte.

Woidkes Drohung Nach den Wahlen in Sachsen und Thüringen, bei denen die sozialdemokratische Kanzlerpartei auf 7,3 und 6,1 Prozent abschnitt, ist es für Woidke noch schwieriger geworden. Er setzt alles auf eine Karte. „Wenn die AfD auf Platz eins landet, kann ich als Ministerpräsident nicht weitermachen“, betonte er Anfang September erneut im Interview mit dem „Tagesspiegel“. Auch wenn klar ist, dass die AfD bei einem Wahlsieg nicht regieren könnte, weil alle anderen Parteien die Zusammenarbeit ablehnen. Bei Prognosen liegt die AfD, die vom Landesverfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall beobachtet und deren Spitzenkandidat Hans-Christoph Bernd als Rechtsextremist eingestuft wird, seit einem Jahr stets vorne. In einer nach den Wahlen in Thüringen und Sachsen erhobenen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap im Auftrag des ARD-Politikmagazins „Kontraste“ legte die AfD im Vergleich zur vorherigen Umfrage im Juli zu und liegt mit 27 Prozent weiter auf Platz eins.

Endspurt gegen Rechtsruck Die Sozialdemokraten haben sich zwar ebenfalls um vier Prozentpunkte auf 23 Prozent verbessert, können aber ihren Abstand zur AfD nicht verringern – und setzen im Endspurt nun noch mehr auf Personalisierung gegen den Rechtsruck. Mit der am Dienstag vorgestellten Digitalplakatkampagne „Wenn Glatze, dann Woidke“, die auf den Glatzkopf des Regierungschefs anspielt, sollen vor allem jüngere Wähler angesprochen werden.

Lagen im Juli SPD und CDU noch gleichauf auf Platz zwei, scheinen die Chancen für Woidkes CDU-Herausforderer Jan Redmann zu sinken. Der märkische Partei- und Fraktionschef will der erste CDU-Ministerpräsident Brandenburgs werden. Auch die CDU, derzeit mit SPD und Grünen in einer sogenannten Kenia-Koalition, nennt ihr Angebot an die Wähler entsprechend „Regierungsprogramm“. Der Titel: „Dein Land kann's besser.“

Betrunken gefahren Während Woidke der bekannteste Politiker im Land ist, konnten in der Juli-Umfrage nur 32 Prozent der Befragten mit dem Namen Jan Redmann etwas anfangen. Der märkische Partei- und Fraktionschef will der erste CDU-Ministerpräsident Brandenburgs werden. Auch die CDU, derzeit mit SPD und Grünen in einer sogenannten Kenia-Koalition, nennt ihr Angebot an die Wähler entsprechend „Regierungsprogramm“. Der Titel: „Dein Land kann's besser.“

Es ist kompliziert

LANDTAGSWAHLEN Nach den Wahlen in Sachsen und Thüringen stehen ausgesprochen schwierige Regierungsbildungen an. Keine Bündnisse mit der AfD geplant

Nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen ringen die Parteien in den Ländern um die Bildung stabiler Koalitionen. Wegen des starken Abscheidens von AfD und dem Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW), das sich unlängst von der Linkspartei abgespalten hat, sowie dem schwachen Ergebnis von SPD, Grünen, FDP und Linken ist die Regierungsbildung in beiden ostdeutschen Ländern ausgesprochen kompliziert.

Gespräche mit dem BSW Keine Partei ist derzeit bereit, mit der AfD zusammen zu regieren, die in beiden Bundesländern vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft wird. Auch das BSW wird unter anderem wegen seiner unterstellten Nähe zu Russland von anderen Parteien kritisch gesehen. Gleichwohl will die CDU in Sachsen und Thüringen, die in beiden Ländern vergleichsweise gute Ergebnisse erzielt hat, nun Gespräche zu einer möglichen Zusammenarbeit mit dem BSW aufnehmen. Zuletzt sind allerdings in der Bundes-CDU Forderungen laut geworden, wonach ein Bündnis mit dem BSW auszuschließen sei. Für das BSW müsse wie für die Linke und die AfD ein Unvereinbarkeitsbeschluss gelten, hieß es aus Teilen der Partei. Dies führt

Eine Schicksalswahl

BRANDENBURG Die Landtagswahl am 22. September wird mit großer Spannung erwartet. Regierungschef Woidke (SPD) setzt alles auf eine Karte



Die Sozialdemokraten setzen im Wahlkampf vor allem auf ihren Ministerpräsidenten Dietmar Woidke, doch die AfD liegt in Umfragen vorn.

© picture-alliance/dpa/Jens Kalaene

1,3 Promille auf dem E-Roller von der Polizei in Potsdam gestoppt worden zu sein. Das unfreiwillige Aufeinandertreffen hat die Zustimmung zur CDU nicht gesteigert: Die Partei hat einen Punkt verloren und kommt jetzt auf 18 Prozent.

Die Union erklärt die Brandenburg-Abstimmung nun zur Schicksalswahl der Ampel-Regierung von SPD, Grünen und FDP im Bund. Wenn der Beitrag der Wähler groß genug ausfalle, dann „brennt am 23. September – am Tag danach – das Haus

der Ampel auf allen drei Etagen“, sagte CDU-Parteichef Friedrich Merz bei einer Wahlkampfveranstaltung in Brandenburg an der Havel wenige Tage nach dem Votum in Sachsen und Thüringen.

Schlechter Ruf Vor allem die SPD, aber auch Bündnis 90/Die Grünen leiden in Brandenburg unter dem schlechten Ruf der Ampel, der sich in Brandenburg personalisiert: Sowohl Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) als auch Außenministerin Annalena

Baerbock (Grüne) leben in Potsdam. Die Grünen drohen nach fünf Jahren Regierungsbeteiligung aus dem Landtag zu fliegen. Die am 5. September veröffentlichte Infratest-Umfrage sah die Umweltpartei bei fünf Prozent. Während Woidke bewusst auf Distanz zu Scholz geht, auf gemeinsame Auftritte verzichtet, setzen die Grünen unbeirrt auf ihre Bundesprominenz. Neben Baerbock zeigen sich Wirtschaftsminister Robert Habeck und Parteichefin Ricarda Lang im Wahlkampf mit dem wenig

bekannten Grünen-Spitzenkandidatenduo, Sozial-Staatssekretärin Antje Töpfer und Landtagsfraktionschef Benjamin Raschke.

Schwache Werte Auch für die Linke, die von 2009 bis 2019 mit der SPD regierte, wird es eng. Infratest sieht die Partei nur noch bei vier Prozent. BVB/Free Wähler liegen bei drei Prozent und hoffen, über ein Direktmandat im Landtag zu bleiben. Und die FDP, in Brandenburg seit zehn Jahren nicht mehr im Parlament, wird in

Umfragen schon gar nicht mehr gesondert ausgewiesen. Viertstärkste Kraft und damit womöglich Königsmacher wäre das auf Landesebene erst im Juni gegründete Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW), das bei 16 Prozent liegt. Weder SPD noch CDU schließen eine Zusammenarbeit mit dem BSW aus. Die Brandenburger sind in der Frage gespalten: In der Umfrage für „Kontraste“ sagten 42 Prozent, sie fänden eine Regierungsbeteiligung des BSW gut, ebenso viele lehnen sie ab. Brandenburgs BSW-Spitzenkandidat Robert Crumbach, Arbeitsrichter und vorher viele Jahre SPD-Mitglied, bekräftigt die BSW-Linie, dass Friedensdiplomatie im Ukraine-Krieg eine Bedingung für Koalitionsverhandlungen sei.

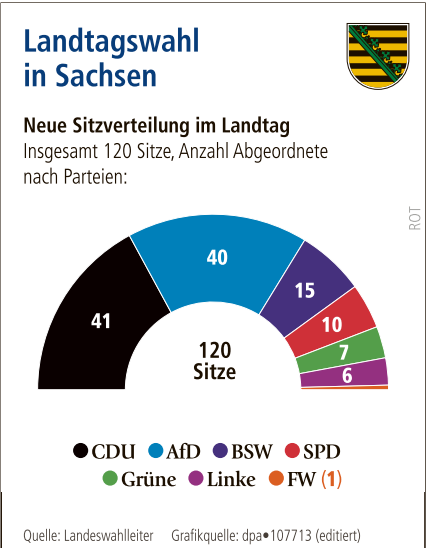
Sorgen im Umland Das bundespolitische Thema Ukraine tangiert Brandenburg auch insofern, weil die PCK-Raffinerie in Schwedt direkt vom Öl-Embargo gegen Russland betroffen ist. Vor allem Brandenburger außerhalb des städtisch geprägten „Speckgürtels“ rund um Berlin fürchten einen sozialen Abstieg, verstärkt durch internationale Krisen. „Die Bevölkerung hat das Gefühl, es sei etwas im Wanken, im Umbruch“, sagt Martina Weyrauch, Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung. Auch wenn objektiv die Lage in Brandenburg nicht so schlecht ist wie die Stimmung. Die Arbeitslosenquote lag im August bei 6,2 Prozent, nur minimal über dem Bundesschnitt. Mit der Ansiedlung des US-Elektroautobauers Tesla in Grünheide gelang ein wirtschaftspolitischer Coup. 12.000 Menschen sind derzeit an dem Standort beschäftigt.

Sicherheit als Thema Nicht gut da steht Brandenburg hingegen bei der Bildung, einem Schwerpunkt vor allem für die CDU, die das Ressort nach mehr als 30 Jahren von der SPD übernehmen will. Bei Schülerleistungsvergleichen in Mathematik und Deutsch zuletzt auf hinteren Plätzen, hat das Land mit einem gravierenden Lehrermangel zu kämpfen. Doch nach der Messerattacke im nordrhein-westfälischen Solingen, bei der ein 26-jähriger Syrer auf einem Volksfest drei Menschen tötete, dominieren die Themen Sicherheit und Migration die heiße Wahlkampfphase im Grenzland zu Polen. Im vergangenen Jahr sind die Straftaten erneut gestiegen, was auch an einer Vielzahl illegaler Grenzübertritte liegt.

Viel Gewalt Bei der Gewalkriminalität wurde 2023 der höchste Stand seit 15 Jahren verzeichnet. Zwei Wochen vor der Wahl hatte Woidke zu einem Gipfel mit den Kommunen geladen, um nach dem Solingen-Attentat die Abschiebepraxis zu verschärfen. „Wir sind das den Brandenburger schuldig, aber auch den Neu-Brandenburger“, sagte er. Herausforderer Jan Redmann, dessen CDU das Innenministerium führt, hatte im Vorfeld vor einer „Wahlkampfshow“ gewarnt. „Dietmar Woidke sollte seine Energie besser darauf verwenden, Kevin Kühnert, Saskia Esken und Olaf Scholz zu überzeugen, dass es jetzt wirksame Maßnahmen für ein Ende irregulärer Migration braucht“, erklärte der Spitzenkandidat, der die Wahl damit erneut auf deren Bedeutung für die Bundesebene dreht. Es sei „eine Schicksalswahl für Brandenburg“, sagt Ministerpräsident Woidke mit Blick auf den 22. September. Doch die dritte Wahl im Osten in diesem Jahr, sie könnte auch für das Schicksal der Ampel-Koalition auf Bundesebene entscheidend werden.

Marion Kaufmann

Die Autorin ist stellvertretende Chefredakteurin der „Potsdamer Neuesten Nachrichten“



zent gewonnen. Das BSW erreichte auf Anhieb 11,8 Prozent der Stimmen. Die SPD kam auf 7,3 Prozent, und auch die Grünen schafften mit 5,1 Prozent erneut den Sprung in den Dresdner Landtag. Die Linke scheiterte mit 4,5 Prozent (2019: 10,4 Prozent) zwar an der Fünf-Prozent-Hürde, zieht aber wegen der Grundmandatsklausel in der Landesverfassung trotzdem mit ihrem Zweitstimmenergebnis in den Landtag ein, weil sie zwei Direktmandate in Leipzig holte.

Die AfD gewann in Sachsen 28 Direktmandate, die CDU 27, Linke und Grüne je zwei und die Freien Wähler (FW) 1 Mandat. Die FDP blieb mit 0,9 Prozent der Zweitstimmen (2019: 4,5 Prozent) weit unterhalb der Sperrklausel.

Keine Sperrminorität In Sachsen sah es zunächst so aus, als hätte die AfD eine sogenannte Sperrminorität erreicht, das Wahlergebnis wurde aber im Nachhinein korrigiert. Nach Angaben der Landeswahlleitung war ein Softwarefehler der Grund für die falsche Sitzverteilung. Nach der Korrektur erhalten CDU und AfD nunmehr jeweils einen Sitz weniger, SPD und Grüne dafür jeweils einen Sitz mehr (siehe Grafik). Wenn eine Partei mehr als ein Drittel der Mandate erringt, kann sie

Entscheidungen, die eine Zwei-Drittel-Mehrheit erfordern, verhindern, also solche mit Verfassungsrang. Die AfD behielt sich rechtliche Schritte vor, sollte es aus ihrer Sicht zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein. Das bisherige Regierungsbündnis in Sachsen aus CDU, Grünen und SPD hat nach der Wahl keine Mehrheit mehr. Jedoch hätte ein Bündnis aus CDU, BSW und SPD oder Grünen eine Mehrheit. Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) stellte klar, dass eine Minderheitsregierung in Sachsen nicht infrage komme. Sollte es bis Anfang Februar 2025 nicht gelingen, eine stabile Landesregierung zu bilden, strebe er Neuwahlen an. Der Regierungschef hat inzwischen mit Wagenknecht selbst gesprochen. Wie der sächsische CDU-Landesverband mitteilte, ging es bei dem Gespräch in Berlin darum, „Möglichkeiten einer konstruktiven politischen Zusammenarbeit auszuloten“. In den nächsten Tagen sollen demnach Gespräche zwischen CDU und BSW beginnen.

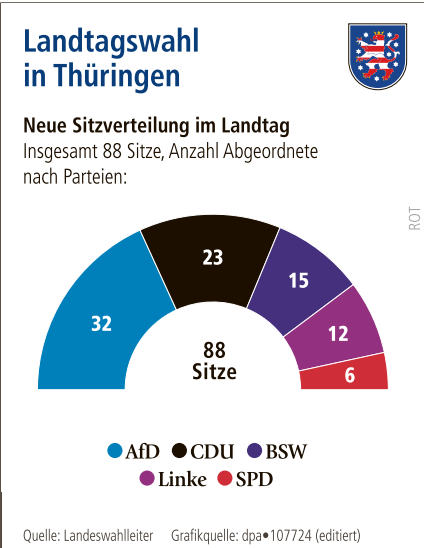
Thüringen In Thüringen schaffte die AfD einen historischen Wahlerfolg und wurde erstmals bei einer Landtagswahl stärkste politische Kraft. Die AfD erreichte mit ihrem Spitzenkandidaten Björn Höcke

32,8 Prozent der Zweitstimmen und damit im Landtag eine Sperrminorität. Die CDU kam auf 23,6 Prozent der Stimmen. Das BSW erzielte auch in Thüringen auf Anhieb ein zweistelliges Ergebnis und mit 15,8 Prozent der Stimmen sogar ein noch besseres als in Sachsen. Die Linke stürzte hingegen um 17,9 Prozentpunkte auf 13,1 Prozent ab (2019: 31 Prozent). Die SPD kam auf 6,1 Prozent, Grüne und FDP blie-

ben mit 3,2 beziehungsweise 1,1 Prozent klar unter der Fünf-Prozent-Hürde und sind im neuen Erfurter Landtag nicht mehr vertreten.

Rat von Ramelow In Thüringen ist die Koalitionsbildung noch komplizierter als in Sachsen. Das Land wurde in den vergangenen fünf Jahren bereits von einer rot-rot-grünen Minderheitsregierung geführt, die auf wechselnde Mehrheiten angewiesen war. Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) hatte wiederholt erklärt, diese Konstellation sei „erfolgreich, aber ein Kraftakt“ gewesen. Er würde niemandem zu einer Minderheitsregierung raten. Im Erfurter Landtag wäre eine Koalition mit Mandatsmehrheit unter Ausschluss der AfD nur möglich, wenn sich CDU, Linke und das BSW zusammenschlossen. Als mögliche Koalition gehandelt wird wegen der komplizierten Ausgangslage derzeit ein Bündnis aus CDU, BSW und SPD. Den drei Parteien würde jedoch ein Sitz für eine Mehrheit im Landesparlament fehlen. Denkbar wäre eine Tolerierung durch die Linke. Die Landesspitzen von Linke und BSW haben sich bereits getroffen, um die Ausgangslage nach der Wahl zu sondieren. Das Land habe politische Stabilität verdient, hieß es.

Claus Peter Kosfeld



Eine Aufgabe für uns alle

JUBILÄUM Der Bundestag feiert 75 Jahre seines Bestehens – nicht ohne Hinweise auf aktuelle Gefahren für die Demokratie

Es war nicht nur eine Feierstunde, sondern auch ein anschaulicher Geschichtsunterricht: Denn nachdem sich Abgeordnete, Kabinettsmitglieder und Gäste am Dienstag dieser Woche unter der Reichstagskuppel versammelt hatten, lauschten sie zunächst nicht, wie meist üblich, den einleitenden Worten der Bundestagspräsidentin. Sie schauten stattdessen auf die zwei großen Bildschirme links und rechts an der Wand hinter dem Rednerpult. Originalaufnahmen der konstituierenden Sitzung des Bundestages vom 7. September 1949 und die Stimme von Paul Löbe (SPD), der den ersten Deutschen Bundestag als Alterspräsident eröffnete, leiteten die Feierstunde zum 75. Geburtstag des Bundestages ein und unterstrichen das historische Erbe, um das es an diesem Vormittag gehen sollte.

Bereits am Wochenende zuvor, am 7. September, feierte der Bundestag mit seinem Tag der Ein- und Ausblicke die Demokratie. Über 30.000 Gäste konnten sich nicht nur informieren, ihr Wissen testen, Eis bei der SPD-Fraktion essen oder sich am Stand der Unionsfraktion VR-Brillen aufsetzen. Sie konnten erstmals auch direkt den Plenarsaal besuchen und somit an dem Ort stehen, an dem Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) drei Tage später, nach Ende der Film- und Toneinspieler, ans Mikrofon trat, um den Redeteil der Feierstunde einzuleiten.

„Die deutsche Demokratie schien ein gewagtes Experiment, nach zwölf Jahren Diktatur, nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Menschenrechtsverbrechen des Holocaust“, sagte Bärbel Bas. Aber, der anfänglichen Präsenz von erklärten Verfassungsfeinden und des oft unversöhnlichen Tonfalls zum Trotz: „Es war die vielleicht größte Leistung dieser ersten Bundestagsabgeordneten: Sie haben die Handlungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie unter Beweis gestellt. Der Bundestag ist schnell zu einem erfolgreichen Arbeitsparlament geworden.“

Wie sehr Streit, Kritik und zum Teil hart geführte Debatten zur Demokratie und damit zur Geschichte des Bundestages gehör-

»Es lassen sich nie alle Erwartungen und Ansprüche erfüllen.«

Bärbel Bas (SPD), Bundestagspräsidentin

»Wenn Freiheit benutzt wird, um sie abzuschaffen, müssen wir reagieren!«

Gerhart Baum (FDP), Ex-Bundesinnenminister

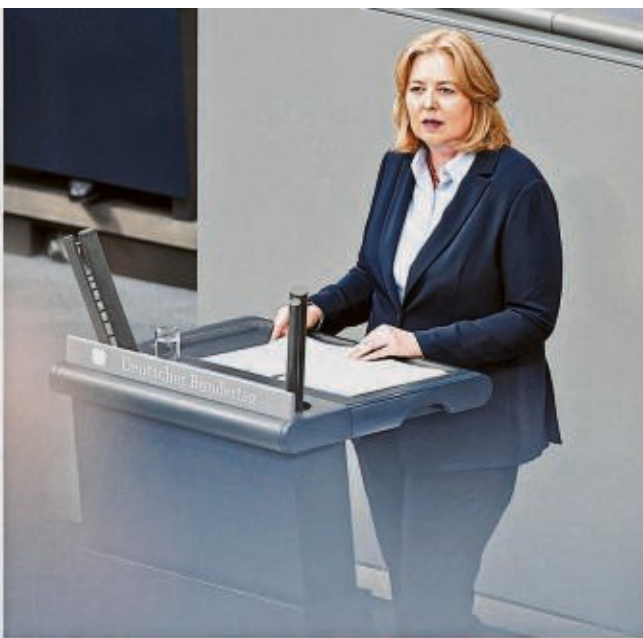
ten, darauf verwiesen alle drei Redner in dieser Veranstaltung. Neben der Bundestagspräsidentin waren dies der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) und die Historikerin Christina Morina (Interview unten).

Die entscheidende Frage dieser Konflikte, so fassten es alle drei zusammen, sei jedoch, ob man gemeinsam zu einer Lösung kommen wolle oder nicht. „Alle Demokraten, wir alle haben diese Demokratie aufgebaut, auch wenn wir uns oft gestritten haben. Das Ziel war klar und das Ziel haben wir erreicht. Der Bundestag ist das erste Parlament in der deutschen Geschichte, das sich frei entfalten konnte“, betonte der 91-jährige Baum. Er erinnerte an einige, auch zunächst unversöhnlich geführte Debatten, wie etwa die um die Ostpolitik des ersten SPD-Kanzlers Willy Brandt Anfang der 1970er Jahre. „Viele Probleme, über die wir heftig gestritten haben, wurden gelöst, und es kam zu einer gewissen Befriedung. Das ist ja auch ein Fortschritt, dass man sich wieder zusammenfand.“

Kompromiss und Überzeugung In einer Demokratie müsse es um den fairen Ausgleich von unterschiedlichen Interessen gehen, betonte Bärbel Bas. „Deshalb lassen sich nie alle Erwartungen und Ansprüche erfüllen. Wir alle sind deshalb dazu aufgerufen, uns die Notwendigkeit des Kompromisses wieder öfter bewusst zu machen. Dieser kann nie alle Beteiligten gleichermaßen zufriedenstellen. Das kann aber kein Grund sein, sich hierüber in die Unversöhnlichkeit treiben zu lassen“, mahnte die Bundestagspräsidentin. Christina Morina rief dazu auf, „von der parlamentarischen Demokratie nicht länger nur im Krisenmodus zu sprechen, sondern sie als Überzeugungswerk zu verstehen. Sie lebt von der Kunst der Überzeugung, vom Gewicht des besseren Arguments als Voraussetzung für eine wirksame Auseinandersetzung mit anstehenden Problemen“. Wer überzeugt sei, dass die parlamentarische Demokratie noch immer die beste Regierungsform ist, „der muss in der Lage sein, diese Überzeugung immer wieder neu zu begründen“, sagte sie.



Der FDP-Politiker Gerhart Baum, die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und die Historikerin Christina Morina riefen im Bundestag Abgeordnete und Bürger dazu auf, die erfolgreiche Demokratiegeschichte seit 1945 weiterzuschreiben und sich entschieden für sie einzusetzen.



© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld/dts-Agentur / DBT/Henning Schacht

Doch die Fähigkeit zur Kompromissfindung und Überzeugungskraft, die die bundesdeutsche Demokratie nach 1945 stark gemacht habe, stehe unter Druck, auch das sprachen die drei Redner an. Zum einen durch autoritäre Regime weltweit. „Ich habe eigentlich eine solche Situation noch nicht erlebt. Der Kalte Krieg war eine starke Bedrohung, aber mit dem, was wir heute an Brandherden weltweit erleben, hält er nicht stand“, fasste Baum seine lange politische Erfahrung zusammen.

Morina warnte ebenfalls vor antidemokratischen Strömungen. Die Logik des populistischen und extremistischen Antiparlamentarismus habe durch die sozialen Me-

dien eine größere Reichweite erlangt, als ihr an Wählerstimmen gemessen zukäme. Dieser Logik verfalle, „wer die Migration zur ‚Mutter aller Probleme‘ erklärt, wer ‚Bürgernähe‘ zum Maß aller Politik stilisiert, wer Forderungen mit Verweis auf ‚die Leute‘ zu begründen versucht, oder das Land den ‚Sorgen und Ängsten‘ derer ausliefere, die am lautesten schreien“, erläuterte die Wissenschaftlerin. Morina wurde in diesem Teil ihrer Rede mehrfach von Zwischenrufen aus den Reihen der AfD-Fraktion unterbrochen, ließ sich davon aber wenig beeindrucken und warnte: „Populisten und Nationalisten treten nicht an, um die liberale Demokratie und ihre Parlamente

zu stärken, sondern um sie zu entmachten. Sie sprächen von ‚Mitmachdemokratie‘ oder ‚Politik für die Mehrheit‘, veranstalten diese Begriffe aber, um die antiparlamentarische Stoßrichtung ihrer Politik zu verschleiern. Wenn dazu aufgerufen werde, dass „das Volk“ verabschiedete Gesetze „kippen“ können solle, untergrabe dies auch das Wahlrecht, betonte Morina.

Reaktion ist gefragt Und dennoch gebe es keinen Grund zu Verzweiflung, bekräftigten die Drei. „In 75 Jahren Bundestag haben wir immer wieder bewiesen, dass wir Krisen bewältigen können, trotz harter Kontroversen. Unsere Demokratie ist stark

und wehrhaft gegenüber allen, die ihr schaden wollen“, sagte Bärbel Bas. Gerhart Baum zitierte einen Satz von Carlo Schmid (SPD), einer der Väter des Grundgesetzes, der gesagt habe, „wir haben Euch ein freies Grundgesetz gegeben, aber wenn diese Freiheit dazu benutzt wird, um sie abzuschaffen, dann müsst Ihr reagieren“. Und das müssen wir jetzt tun!, mahnte er. Die Parteien seien verpflichtet, noch mehr Überzeugungsarbeit für die parlamentarische Demokratie zu leisten, so Morina. Sie seien auch heute eine gute Option für Engagement: „Man kann sie nämlich verändern, man kann sie bewegen“, sagte Baum unter großem Beifall. Claudia Heine

»Wir müssen eine rationale politische Öffentlichkeit völlig neu organisieren«

INTERVIEW Die deutsche Demokratie ist lebendig und stabil, auch wenn die Zustände gerade unsicher sind, betont die Historikerin Christina Morina

Frau Morina, vor kurzem hat sich der ostdeutsche Schriftsteller Lukas Rietzschel in einem Interview darüber beschwert, dass „neuerdings die Demokratie in Gefahr sei, weil die Leute nicht mehr so wählen, wie wir das gerne hätten“. Er sprach von „Untergangsnarrativen“, die immer größer würden. Können Sie diese Kritik verstehen?

Nun sind die wenigsten Dinge so perfekt, als dass man sie nicht besser machen könnte. Auch die parlamentarische Demokratie nicht. Relativ neu auf Bestreben der Ampel sind etwa die Bürgerräte. Halten diese aus Ihrer Sicht das Mitsprache-Versprechen?

Wenn man manche Debatten verfolgt, wirkt es so, als sei dies nicht immer der Fall. Das hat auch damit zu tun, dass die Parteien in den vergangenen Jahren immer weniger vermitteln konnten, welche Formen der

Mitsprache in ihnen über das Vertretungs- und Repräsentationsprinzip möglich sind. Ich bin deshalb skeptisch, wie die parlamentarische Demokratie mit den jetzt eingeführten Bürgerräten zusammenspielen soll. Denn die Frage ist, ob und welchen Einfluss sie auf Gesetzgebungsverfahren hätten. Wenn es nur scheinbar „mehr“ Mitsprache gibt, kann das den Frust erhöhen. Über die Erweiterung von Mitwirkung müssen wir reden, aber ob Bürgerräte das ideale Format sind, weiß ich nicht.

1989 brachte das Neue Forum die Lage in der DDR so auf den Punkt: „Die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft ist offensichtlich gestört.“ Zumindest als schwierig könnte man das Gespräch zwischen Politikern und Wählern heute doch auch bezeichnen. Absolut. Es wird auch immer schwieriger. Zu einem werden die Herausforderungen größer und vielfältiger und müssen immer schneller adressiert werden. Zum anderen ändern sich die kommunikativen Strukturen und Traditionen stark und laufen mit der Digitalisierung unserer Lebens- und Sinnswelten zum Teil völlig auseinander. Aber ohne eine funktionierende, rationale politische Öffentlichkeit ist eine liberale Demokratie schwer vorstellbar. Sie muss völlig neu organisiert werden.

Wie könnte denn ein guter Austausch aussehen?

Diese Frage stellt sich immer. Aber die parlamentarische Demokratie bietet dafür die bislang besten, effektivsten und am Ende auch humansten Verfahren und Institutionen. Das ist in den letzten Jahren zu sehr aus dem Blick geraten. Kritik an der Kommunikation der Parteien ist wichtig, aber Politik und Gesellschaft sind auf das engste miteinander verwoben. Es ist viel zu schematisch gedacht, „den Staat“ und „die Bürger“ gegeneinander zu stellen.

Die Kommunikation findet zu einem Großteil über soziale Medien statt. Braucht es mehr Regulierung dieses Dialogs?

Um auszuhandeln, was Gemeinwohl ist und sein soll, also die res publica, die Dinge, die uns alle betreffen, braucht es Räume, in denen nicht die lautesten Meinungen und Einzelinteressen nach und nach durchsichtigen oder rein kommerziellen Logiken



Historikerin Christina Morina

dominieren. Wenn wir es ernst meinen mit der Bewahrung der liberalen Demokratie im 21. Jahrhundert, dann müssen wir den digitalen Raum als gemeinwohlrelevante Infrastruktur verstehen und entsprechend gestalten. Das ist eine riesige Aufgabe.

Der Wunsch nach Mitsprache und Mitbestimmung: Das sind die Themen, mit denen Sie sich intensiv befasst haben, in ihrer Analyse von Eingabe-Briefen von DDR-Bürgern an diverse Staatsorgane und der beim Bundespräsidenten eingegangenen Bürgerpost. Was hat Sie

am meisten überrascht beim Lesen dieser Briefe aus Ost und West?

Mich hat überrascht, in welcher Weise beide Gesellschaften bewegt und politisiert waren. Für die Bundesrepublik ist das nichts Neues. Aber für die DDR ist es frapierend zu sehen, wie ernsthaft sich Menschen dort unterhalb der Macht- und außerhalb von Oppositionskreisen mit den Problemen der Zeit befasst haben, wie intensiv man sich am Ideal einer besseren Gesellschaft, das in der DDR von vielen hochgehalten wurde, abgearbeitet hat. Oft auch in Verzweiflung, Hass und Abwehr gegen das, was repressive Realität war. Ich hätte gedacht, dass der diktatorische Rahmen dieses briefliche Gespräch statischer macht. Es war aber erstaunlich vielstimmig, klug, durchdacht, auch emotional und konfliktbeladen.

Inwiefern kann uns das helfen, unsere Gegenwart zu verstehen und die politische Landkarte zu deuten, die nach jeder Wahl noch sehr deutlich die alten deutsch-deutschen Umriss zeigt?

Für Ostdeutschland ist es wichtig zu erkennen, dass man dort nicht erst 1989 damit angefangen hat, über Demokratie nachzudenken. Es gibt dort eine eigene Demokratietradition, die in der Realität lange natürlich eine Scheindemokratie war, also keine. Aber es gab den Anspruch der „sozialistischen Demokratie“ im besseren Deutschland, weshalb ich von einer Demokratiesprachgeschichte spreche. In den Briefen zeigt sich das und wirkt bis heute nach, der Wille zur Gestaltung und bürgerschaftliche Kreativität. Und wir sollten nicht nur auf die 30 bis 40 Prozent blicken, die heute populistischen, im Grunde antiparlamentarischen Bewegungen zustimmen, sondern auf die Mehrheit, die stets zu wenig beachtet wird. Vielleicht kann der Blick auf diese vielschichtige Demokratiegeschichte etwas dazu beitragen, die ostdeutsche Zi-

vilgesellschaft zu stärken, weil sie dadurch sichtbarer wird als eine, die gestalten will, mit eigenen Traditionen.

Die Ampel-Koalition hat eine Wahlrechtsreform verabschiedet, das Petitions-wesen reformiert und Bürgerräte etabliert. Was stünde auf Ihrer Wunschliste für den Bundestag der Zukunft?

Wissen Sie, ich arbeite gerade in den USA. Und eine der erstaunlichsten Erscheinungen dieses erstaunlichen Wahlkampfes ist der Lehrer und Jugendcoach Tim Walz, dem die Herzen zufliegen, seit Kamala Harris ihn als ihren Vize-Kandidaten erkorren hat. Mein Wunsch wäre, dass wir in der repräsentativen Demokratie mehr über Repräsentation nachdenken. Die Parteien brauchen aus der Gesellschaft heraus Menschen in größerer Vielfalt und zugleich kluge Bündelungspersönlichkeiten. Es hat einen eigenen Wert, wenn jemand mit der Autorität eines erfüllten Berufs- und Soziallebens antritt und das auch artikulieren kann. Zugleich verdient Politik als Beruf wieder mehr Anerkennung, weil Politik mehr denn je komplex ist und nur professionalisiert funktioniert. Auch da darf man den Populisten nicht in die Arme fallen, die behaupten, „die Politiker“ in Berlin seien nicht bürgernah. Die parlamentarische Demokratie fußt auf beidem, Nähe und Abstand zum gesellschaftlichen Alltag. Etwas oder jemanden vertreten, heißt verbindliche Distanz zum Einzelnen schaffen im Interesse des Gemeinwohls.

Auf kommunalpolitischer Ebene häufen sich seit einiger Zeit aber Meldungen über Rückzüge von politischen Ämtern, weil die Übergriffe zunehmen.

Es ist eine essentielle staatliche Aufgabe, für sichere öffentliche Räume zu sorgen. Hier ist nicht nur die Landes-, sondern auch die Bundespolitik gefragt, denn die Demokratie lebt und stirbt zuerst auf der

kommunalen Ebene. Jede/r Abgeordnete im Bund kommt aus einem Wahlkreis und weiß, wie wichtig Parteiengagement vor Ort ist. Die Schwäche der Parteien in Ostdeutschland rührt nicht zuletzt auch daher, dass dort zunehmend Parteiloze gewählt werden. Manche loben das als demokratische Zukunftsidee, aber diesen Parteilozen fehlt dann doch der Draht nach Berlin, ihr Einfluss ist aufs Lokale beschränkt. Ein politisches Engagement jenseits von Parteien könnte also das Repräsentationsproblem und die viel beklagte Abkoppelung noch verschärfen.

Nicht voran kommt das von der Regierung geplante Demokratiefördergesetz. Braucht es ein solches Gesetz, um Demokratie vor Ort zu stärken?

Es kann ein Beitrag sein und deswegen ist es wichtig, dass sich eine Mehrheit der Parteien im Bundestag darauf verständigen, eine im Sinne der demokratischen Ordnung des gesamten Landes gute politische Bildung quer durch die Gesellschaft zu ermöglichen. Aber die Demokratie fördert man nicht allein mit Abendvorträgen und Podiumsdiskussionen. Die größere Aufgabe ist, genauer auf die Voraussetzungen für demokratische Teilhabe und Repräsentation zu schauen und gezielter die dafür nötigen Ressourcen und Strukturen zu stärken. Auf die Rahmen und Räume der Demokratie kommt es an.

Das Interview führte Claudia Heine. ■

Christina Morina ist seit 2019 Professorin für Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld. Ihr aktuelles Buch „Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren“ wurde in diesem Jahr mit dem Deutschen Sachbuchpreis ausgezeichnet.

Das Europäische Parlament steht nach der Sommerpause vor einer wichtigen Weichenstellung für die neue Wahlperiode: Die Abgeordneten müssen in einem aufwendigen Verfahren grünes Licht für die politische Führung der EU-Kommission bis 2029 geben. Die Vorschläge, die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) für die Besetzung ihres Teams präsentiert, werden vom Parlament gründlich geprüft, die Bewerber ausgiebig befragt, missliebige Kandidaten aussortiert, erst dann wird das womöglich überarbeitete Personaltableau abgesegnet – nur nach diesem Placet des Parlaments kann die neue EU-Kommission ihre Arbeit aufnehmen. Doch die Sache beginnt holprig, das sogenannte Kollegium wird erst mit Verspätung starten: Von der Leyen hat die für Mittwoch dieser Woche angekündigte Präsentation ihrer Vorschläge vor den Fraktionsspitzen abgesagt, als neuer Termin ist der 17. September anvisiert. Offizieller Grund: EU-Mitglied Slowenien hat – auf Bitten von der Leyens – im letzten Moment seinen Kandidaten ausgetauscht und nun die Diplomatin Marta Kos nominiert, die aber nicht rechtzeitig die Hürde im heimischen Parlament in Ljubljana nehmen konnte.

Weibliche Kandidaten Hinter von der Leyens Terminverschiebung steckt jedoch ein größeres Problem: Die Präsidentin verfehlt ihr Ziel eines geschlechterparitätischen Kollegiums. Die Regierungen der Mitgliedstaaten nominierten bis zum Ende der Meldefrist Ende August in der Mehrzahl Männer für die wichtigen Posten – fast alle widersetzten sich dem Wunsch, sowohl einen männlichen als auch einen weiblichen Kandidaten zu benennen, zwischen denen von der Leyen wie 2019 auswählen wollte. Für die Präsidentin ist das zum Start ihrer zweiten Amtszeit eine Niederlage, die in Brüssel für Diskussionen sorgt. Erzwingen kann von der Leyen nichts, sie ist auf den guten Willen der Mitgliedsstaaten angewiesen, denen jeweils ein Sitz in der Kommission zusteht. Anfangs waren nur acht Frauen nominiert, nach Druck von der Leyens auf kleinere Länder wie jetzt Slowenien werden immerhin zehn der 26 Kommissare weiblich sein. Die Präsidentin eingeordnet sitzen elf Frauen und 16 Männer am Tisch. Die Gleichstellungs-Querelen haben offenbar auch von der Leyens weitere Vorbereitungen der Besetzungsliste verzögert. Die Grundzüge zeichnen sich aber ab: So soll es nach bisherigen Plänen vier geschäftsführende Vizepräsidenten geben, zwei weitere EU-Kommissare werden von der Leyen direkt zugeordnet. Neu werden Kommissare für Verteidigung und für das Mittelmeer sein, auch ein Ressort mit der Zuständigkeit für Wohnen ist geplant. Bei den nationalen Regierungen besonders begehrt sind Ämter in den Bereichen Wirtschaft, Haushalt und EU-Erweiterung. Zu den Schwergewichten unter den nominierten Kandidaten gehören die bisherigen Kommissionsvizepräsidenten Valdis Dombrovskis aus Lettland und Maroš Šefčovič aus der Slowakei sowie der amtierende Binnenmarktkommissar, der Franzose Thierry Breton, der im Vorfeld der Europawahlen mit scharfer Kritik an von der Leyen von sich reden machte. Der frühere Manager Breton dürfte abermals Verantwortung im Wirtschaftsbereich tragen, Dombrovskis ist für das große Thema EU-Erweiterung im Gespräch, Šefčovič könnte mit dem politisch aufgeladenen Bürokratieabbau beauftragt werden. Die Spanierin Teresa Ribera wird, wenn sich erste Überlegungen bestätigen, für



Eigentlich wollte Ursula von der Leyen ihr Personaltableau vorlegen, doch die Suche geht weiter.

© Europäische Union/C. Licoppe

Frauen gesucht

EU Kandidatinnenfrage verzögert Start der EU-Kommission

die ökologische Transformation zuständig sein. Polens Ministerpräsident Donald Tusk drängt sehr darauf, dass sein Kandidat Piotr Serafin das Haushaltsressort erhält.

Protest gegen Fitto Viele Blicke richten sich auf den bisherigen italienischen Europaminister Raffaele Fitto von der Rechtsaußen-Partei Fratelli d'Italia. Mit Fitto hat Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni einen relativ moderaten und proeuropäischen Kandidaten nominiert, im Gegenzug hofft Meloni nun auf einen der Vizepräsidenten-Posten für ihr Land. Im EU-Parlament wird gegen Fitto schon Protest laut, vor allem bei der Liberalen-Fraktion (Renew Europe). Gesetz ist die frühere estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas, die schon von den Regierungschefs als EU-Außenbeauftragte auserkoren wurde. Nachdem von der Leyen die Präsentation ihres Teams verschoben hat, ist der ursprüngli-

che Zeitplan, nach dem das Parlament die Vorschläge im Oktober abgesegnet hätte, kaum noch zu halten. Die Kandidaten werden in den Fachausschüssen geprüft und in Einzelfällen auch zurückgewiesen, 2019 fielen etwa Bewerber aus Ungarn, Rumänien und Frankreich durch. Die Grünen-Fraktionschefin Terry Reintke droht damit, per Veto einen höheren Frauenanteil in der Kommission zu erzwingen. „Wir leben nicht mehr in den 50er-Jahren“, sagt Reintke. Mit der Bestätigung des Spitzen-Teams dürfte erst ab November zu rechnen sein – damit kann die Kommission frühestens am 1. Dezember starten.

Scherbengericht Bevor es ernst wird mit den Personalfragen, stehen erstmal aus anderen Gründen Turbulenzen im Parlament bevor. Am 18. September wird Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán im Plenum erwar-

tet, er will das Programm der laufenden ungarischen Ratspräsidentschaft vorstellen und debattieren lassen. Doch auf Viktor Orbán wartet ein Scherbengericht: Mit seinen als „Friedensmission“ bezeichneten Besuchen in Kiew, Moskau und Peking zur Sondierung eines Kriegsendes in der Ukraine, gekrönt von einem Treffen mit US-Präsidentenskandidat Donald Trump, hat der Premier viel Ärger auf sich gezogen. Der Ungar war als Ministerpräsident seines kleinen Landes ohne Mandat der Europäischen Union unterwegs, spielte aber mit dem Missverständnis, er sei im Rahmen der ungarischen Ratspräsidentschaft als offizieller EU-Vertreter zu Besuch. Das trug ihm scharfe Rügen der EU-Spitzen ein, das große Donnerwetter folgt nun im Parlament in Straßburg. *Christian Kerl* ||

Der Autor ist Brüssel-Korrespondent der Funke Mediengruppe.

Die Demokraten machen sich Hoffnung

US-KONGRESS Der Aufwind für ihre Präsidentschaftskandidatin Harris lässt die Demokraten auf Mehrheiten hoffen. Doch im Senat stehen harte Wahlkämpfe an

Wenige Wochen ist es her, da trugen in Amerika die Gondeln der Demokraten durchweg Trauer. Mit dem damaligen Präsidentschaftskandidaten, Amtsinhaber Joe Biden, so war die weit verbreitete Meinung zu Beginn des Sommers, werde man am 5. November gegen Donald Trump nicht nur das Weiße Haus verlieren. Die konstant hohe, vor allem altersbedingte Unbeliebtheit des gesetzgeberisch de facto erfolgreichsten US-Präsidenten der vergangenen Jahrzehnte werde auch die demokratischen Abgeordneten im Repräsentantenhaus sowie die Senatoren mit in den Abwärtsstrudel reißen. Diese Erzählung hat sich erledigt. Seit Bidens Verzicht auf die Kandidatur und der Übernahme durch Vizepräsidentin Kamala Harris scheint für die Partei mit dem Esel im Wappen plötzlich wieder die Sonne. Man wittert Sieghancen.

Rückstand aufgeholt Parallel zu Harris, die landesweit wie auch in den meisten der mutmaßlich sieben wahlentscheidenden Bundesstaaten (Nevada, Arizona, Georgia, North Carolina, Pennsylvania, Michigan und Wisconsin) die Umfragen-Rückstände auf Trump aufgeholt hat oder diesen sogar hier und da übertrifft, hat sich auch die Wettbewerbsfähigkeit der demokratischen Parlamentarier erhöht. Dabei sind die wenigsten Sitze für das Repräsentantenhaus tatsächlich umkämpft. Von 435 Sitzen im „House“ sind nach jüngsten Meinungsumfragen des parteiunabhängigen „Cook Report“ 365 Mandate (173 Demokraten, 192 Republikaner) bereits so gut wie vergeben. Das ist auch ein Ergebnis des von beiden Parteien durch das so-



Das Kapitol in Washington D.C. ist Sitz des US-Kongresses. Im November werden beide Kammern, Repräsentantenhaus und Senat, neu gewählt.

© picture alliance / Zoonar

Dort stehen zurzeit 48 Demokraten plus drei Parteionabhängige, die wie etwa der frühere Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders in der Regel mit ihnen stimmen, 49 Republikanern gegenüber – eine hauchdünne Mehrheit von 51 zu 49. Und die Perspektiven für die Partei des noch bis Januar amtierenden Präsidenten Biden sind nicht unbedingt rosig.

Schwer umkämpft Während das Repräsentantenhaus alle zwei Jahre komplett neu gewählt wird, stehen im Senat von den 100 Sitzen 33 zur Wahl. Dabei müssen 23 Demokraten ihre Sitze verteidigen, aber nur elf Republikaner. Von diesen sind ihnen neun sicher. Auf der anderen Seite sieht es heikler aus. Dort bleiben – Stand heute – nur 19 Sitze fest oder wahrscheinlich in demokratischer Hand. Die Sitze der Demokraten Jon Tester (Montana), Bob Casey (Pennsylvania) und Sherrod Brown (Ohio) sind schwer umkämpft. Das 23. Mandat, das in West Virginia durch den Rückzug des parteilosen Ex-Demokraten Joe Manchin neu zu vergeben ist, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit an den Republikaner Jim Justice fallen. Er ist aktuell Gouverneur des Bundesstaates. Jeder US-Bundesstaat entsendet zwei Senatoren nach Washington, die sechs Jahre im Amt bleiben. Im „Oberhaus“ ist bei 50:50-Patt-Abstimmungen der Vizepräsident das Zünglein an der Waage. Aktuell ist es Kamala Harris, künftig wird es entweder J.D. Vance, der Vize-Kandidat von Donald Trump, oder Tim Walz sein, Harris' Vize-Kandidat. Die amtierende Vizepräsidentin Harris hat ihrer Partei weit über zehn Mal bei

Harris bringt Trump in Bedrängnis

USA Hitziges TV-Duell im Kampf ums Weiße Haus

Es beginnt mit einem Handschlag und wird zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen den Rivalen im Kampf ums Weiße Haus: Die beiden US-Präsidentschaftskandidaten Kamala Harris und Donald Trump haben sich bei ihrem TV-Duell am Dienstag gegenseitig mit scharfen Angriffen überzogen. Es war überhaupt das erste Mal, dass sich Harris und Trump auf landesweiter Bühne von Angesicht zu Angesicht gegenüberstanden – und das zum vermutlich wichtigsten Showdown der beiden vor der Wahl am 5. November, bei der die amerikanischen Wählerinnen und Wähler über die Personalie im Weißen Haus und über die Zusammensetzung in beiden Kammern des US-Kongresses abstimmen werden (siehe Text unten).

Harris beklagte, der Ex-Präsident habe das Land 2021 in einem desaströsen Zustand hinterlassen – mit der größten Arbeitslosigkeit seit der Großen Depression, der schlimmsten Epidemie im Gesundheitswesen seit einem Jahrhundert und mit dem schlimmsten Angriff auf die amerikanische Demokratie seit dem Bürgerkrieg. „Und was wir getan haben, ist, Donald Trumps Chaos aufzuräumen.“

Trump wiederum kritisierte, Harris und US-Präsident Joe Biden hätten das Land in ihrer Amtszeit in den Abgrund gestürzt. „Wir haben eine Nation, die im Sterben liegt“, sagte er. Bei diversen Fragen brachte der Republikaner das Thema Migration auf und beschuldigte die Regierung von Biden und Harris, sie habe Abermillionen Migranten und Kriminelle unkontrolliert ins Land gelassen. „Sie haben die Struktur unseres Landes zerstört.“ Trump unterstellte Migranten, sie würden Haustiere essen. „In Springfield essen sie die Hunde – die Leute, die hierhergekommen sind – sie essen die Katzen“ behauptete er, ohne dies mit einem Beleg untermauern zu können. Harris beschuldigte Trump, er wolle Steuererleichterungen für Reiche, die einfachen Amerikaner interessierten ihn nicht. Sie appellierte an die Bürger, sich bei einem seiner Wahlkampfauftritte selbst ein Bild davon zu machen. „Ich werde etwas wirklich Ungewöhnliches tun und Sie aufrufen, eine von Donald Trumps Kundgebungen zu besuchen“, sagte die Demokratin an die Zuschauer gewandt. Trump verbreite dort absurde Behauptungen wie jene, dass Windmühlen Krebs verursachten. „Das Einzige, worüber Sie ihn nicht reden hören werden, sind Sie.“ Trump habe keinen Plan für die Menschen im Land. Trump entgegnete pikiert, Menschen gingen erst gar nicht zu Harris' Wahlkampfveranstaltungen. In ihrem Abschlussstatement warb Harris für einen „neuen Weg nach vorne“ und für Zusammenhalt statt Spaltung. Die Amerikaner hätten so viel mehr gemeinsam als das, was sie trenne. Dass Harris einen Neuanfang ver-

spricht, obwohl sie seit dreieinhalb Jahren mitregiert, ist ein wunder Punkt ihrer Kampagne. Trump zielte genau darauf und warf zum Abschluss der Debatte mehrfach die Frage auf, warum Harris während ihrer bisherigen Regierungszeit nicht all das umgesetzt habe, was sie nun verspreche. Sie sei die „schlechteste Vizepräsidentin in der Geschichte“ des Landes.

Das Duell, das der Sender ABC in Philadelphia in Pennsylvania, einem von Demokraten und Republikanern umkämpften Swing-State, ausrichtete, war vor allem für Harris eine Bewährungsprobe. Die 59-Jährige hatte erst vor wenigen Wochen Präsident Biden als Kandidatin der Demokraten abgelöst und zeigte sich bislang überwiegend bei streng choreografierten Wahlkampfauftritten, bei denen ihr Team alles unter Kontrolle hatte. Bei der Debatte gegen Trump musste sie sich nun ohne Skript beweisen. Trump dagegen hat schon diverse Fernsehdebatten bestritten, auch in seinen früheren Wahlkämpfen 2016 und 2020. Aus seinem jüngsten TV-Duell Ende Juni war der 78-Jährige als klarer Sieger hervorgegangen. Damals trat er noch gegen Biden an, der sich nach seiner desaströsen Performance aus dem Rennen um die Präsidentschaft zurückzog und Harris das Feld überließ.

Harris und Trump liegen in Umfragen in etwa gleichauf. Beide sind darum bemüht, vor allem unentschlossene Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen. In einer aktuellen Umfrage gaben 28 Prozent der Befragten an, sie wüssten nicht genug über Harris – bei Trump lag dieser Wert bei neun Prozent. Während den meisten Menschen in den USA klar ist, was sie von dem Republikaner erwarten können, sind Harris und ihre Positionen weit mehr Menschen unbekannt. Prominente Unterstützung für die Kandidatin kam

Tag des TV-Duells von US-Superstar Taylor Swift, die sich für die Wahl von Harris aussprach. Auch das Echo in den US-Medien fiel nach dem TV-Duell eher zugunsten der Demokratin aus. Harris sei es oft gelungen, Trump in die Defensive zu treiben, so der Tenor der Kommentare. In einer Blitzumfrage des Senders CNN sahen sie 63 Prozent der Befragten als Siegerin – gegenüber 37 Prozent für Trump. Der freilich versuchte im Anschluss, den Punktsieg für sich zu reklamieren: Wenn man ein TV-Duell gewonnen habe, müsse man nicht unbedingt noch einmal antreten, sagte der 78-Jährige zunächst über die Aussichten auf eine weitere TV-Begegnung mit Harris. Dieser hat Trump nun zwischenzeitlich eine Absage erteilt. Am 1. Oktober treffen allerdings noch die Vizepräsidentschaftskandidaten von Demokraten und Republikanern, Tim Walz und J.D. Vance, in einem TV-Duell gegeneinander an. *dpa/ale* ||

krat Chuck Schumer, Mehrheitsführer im US-Senat, träumt bereits davon, in der nächsten Amtsperiode den „Filibuster“ abzuschaffen, ein hoch umstrittenes Blockade-Instrument, das bei vielen Gesetzesänderungen ein Quorum von 60 Stimmen erfordert. Noch mehr Optimismus verbreitet der demokratische Minderheitenführer im Repräsentantenhaus, Hakeem Jeffries. Er verglich die Aussichten mit einer kurz vor dem entscheidenden Touchdown stehenden Football-Mannschaft: „Wir sind hinter der Fifty-Yard-Linie. Wir können die Endzone bereits sehen. Und gemeinsam werden wir auch dahin kommen.“ Dabei hilft auch Geld von Kamala Harris, die in knapp einem Monat nach Bekanntgabe ihrer Kandidatur über 500 Millionen Dollar an Spenden eingenommen hat. 25 Millionen Dollar davon, so erklärte ihr Wahlkampfteam, sollen sofort in die am meisten umkämpften Rennen im Senat wie im Repräsentantenhaus investiert werden. Und dann ist da noch Harris' Geheimwaffe: Tim Walz. Der Vizepräsidentschaftskandidat, aktuell Gouverneur Minnesotas, genießt in Umfragen durch seine bodenständige Klar-text-Sprache hohes Ansehen und könnte in Pennsylvania und Ohio den dort wackelnden Senatoren Casey und Brown Schützenhilfe leisten. Ein Vorteil, den Donald Trump so nicht hat. Seine Nummer zwei, J.D. Vance, leistete sich zuletzt mehrere Fehltritte und ist nach Erkenntnissen der Meinungsforscher herzlich unbeliebt. *Dirk Hautkapp* ||

Der Autor ist US-Korrespondent der Funke Mediengruppe.

»Was wir getan haben, ist Donald Trumps Chaos aufzuräumen.«

Kamala Harris (Demokraten)

»Wir haben eine Nation, die im Sterben liegt.«

Donald Trump (Republikaner)

KURZ REZENSIIERT

Die russische Tragödie.
Wie meine Heimat zum Feind der Freiheit wurde.

Heyne Verlag, München 2024; 319 S., 18,00 €

Vladimir Esipov:

Die russische Tragödie. Wie meine Heimat zum Feind der Freiheit wurde.

Heyne Verlag, München 2024; 319 S., 18,00 €

Der Petersburger Vladimir Esipov war vor seinem Umzug nach Berlin Chefredakteur der russischen Ausgabe des GEO-Magazins. Er gehört nicht zu den verfolgten politischen Oppositionellen oder den Journalisten der regimekritischen „Nowaja gazeta“. Zurzeit ist er als Redakteur der Deutschen Welle tätig. Den Deutschen will Esipov erklären, warum „deren Logik in Russland meistens nicht greift“. Im Mittelpunkt seiner aktuellen Publikation steht jedoch der „atemberaubende“ Wandel des Landes in den letzten 30 Jahren von „einer postsowjetischen Möchtegerndemokratie über eine turbokapitalistische Autokratie zu einer zunehmend autarken Diktatur“. Obwohl Esipov das russische Scheitern auf dem Weg zu einer Demokratie nicht rechtfertigt, will er doch Mitgefühl für seine Heimat wecken: Er empfiehlt, das gigantische Projekt der Transformation realistischer zu betrachten, schließlich dauere die „russische Selbstisolation“ schon seit Jahrhunderten an. Zu Recht betont der Journalist, dass die russische Regierung „das westliche Gesellschaftsmodell nicht als Chance, sondern als Gefahr nicht nur für die eigene Macht, sondern für die Existenz des gesamten Staates“ ansehe. Dass Russland „zu einem globalen Anführer der Globalisierungsgegner geworden“ sei, wie der Autor einträchtig mit den Kreml Propagandisten behauptet, muss jedoch nachdrücklich bestritten werden. Zudem sind seine Überlegungen nicht überzeugend, wonach „das demokratische Modell“ dem flächenmäßig größten Land der Welt gegebenenfalls nicht gut tun würde. Auch wenn Esipov hofft, „ein Buch für die Zukunft“ geschrieben zu haben, so handelt es sich eher um eine Ansammlung von Geschichten, mitunter informativ, aber zumeist ohne Neuigkeitswert. Schließlich berichten deutsche Autoren schon länger „über die russische Tragödie“. Immerhin kritisiert Esipov den Krieg gegen die Ukraine als „Gemetzel in der eigenen Familie“.

manu ||

Klaus Bardenhagen:

Die wichtigste Insel der Welt.
Was Sie wissen müssen, um Taiwan zu verstehen.

Herder Verlag, Freiburg 2024; 240 S., 20,00 €

Klaus Bardenhagen:

Die wichtigste Insel der Welt. Was Sie wissen müssen, um Taiwan zu verstehen.

Herder Verlag, Freiburg 2024; 240 S., 20,00 €

Neben Tibet und Tian'anmen gehört Taiwan zu den T-Wörtern, auf die die Regierung in Peking „verlässlich mit Wutchauspielen reagiert“, betont Klaus Bardenhagen. Seit 15 Jahren „unser Mann in Taiwan“, berichtete lange als einziger deutscher Journalist aus dem fernöstlichen Inselstaat. Jetzt hat er ein empfehlenswertes Buch über die „wichtigste Insel der Welt“ veröffentlicht. Darin informiert er bestens über Geschichte und Traditionen sowie über die aktuelle Politik und Gesellschaft der chinesischen Demokratie. Prägnant erklärt Bardenhagen, wie es dazu kam, dass die US-Regierung Taiwan fallen ließ und die VR China völkerrechtlich anerkannte. Obwohl Taiwan als hochentwickelte Demokratie geschätzt und respektiert wird, unterhält keiner der bedeutenden demokratischen Staaten diplomatische Beziehungen zu Taipei und unterstützen so die „Ein-China-Politik“ Pekings. „Deutschland ist ein Fürsprecher Taiwans, aber kein besonders mutiger“, stellt der Autor fest und beschreibt eine Sitzung des Petitionsausschusses des Bundestags vom 9. Dezember 2019. Dort betonte eine Diplomatin: „Für uns ist Taiwan ein Teil Chinas“. Seit dem Jahr 2000 übernehmen daher „Das Deutsche Institut“ in Taiwan und die Vertretung Taipehs in der Bundesrepublik die Aufgaben, die ansonsten Botschaften erledigen. Immerhin formierte sich 1989 ein Parlamentarischer „Freundeskreis Berlin-Taipeh“. Dort können sich die Volksvertreter der beiden frei gewählten Parlamente regelmäßig austauschen. Eine Geschichte steht repräsentativ für die Situation Taipehs: Tsai Ing-wen konnte im Juni 2011 den Bundestag als Präsidentschaftskandidatin besuchen, als gewählte Präsidentin durfte sie nicht einmal einreisen. Bardenhagen moniert: Während die KP-Regierung in Deutschland hofiert werde, müssten die demokratisch legitimierte Politiker Taiwans draußen bleiben. Selbst als Touristen seien sie unerwünscht.

manu ||



Ein Schild an der Bundesautobahn A2 bei Helmstedt in Niedersachsen weist auf die „Ehemalige innerdeutsche Grenze 1945-1990“ hin.

© picture alliance/dpa/Jens Wolf

Verstetigung der Eigenarten

GESELLSCHAFT Steffen Mau prognostiziert auch langfristig einen ostdeutschen Sonderweg

Wächst wirklich zusammen, was zusammengehört, wie einst Altkanzler Willy Brandt nach dem Mauerfall hoffte? Der Soziologe Steffen Mau widerspricht, Ostdeutschland bleibe auf Dauer anders. Nach der Europawahl im Juni zeigte die Landkarte ein eindeutiges Bild: Nahezu vollständig blau eingefärbt war das Gebiet der ehemaligen DDR, Gewinner der Wahlkreise fast immer die AfD. CDU-dominiert mit vereinzelt grünen und roten Punkten in Groß- und Universitätsstädten präsentierte sich dagegen die alte Bundesrepublik. „Ungleich vereint“ lautet die Diagnose des an der Berliner Humboldt-Universität lehrenden Autors. Mau stammt aus Rostock und hat über seine dort gemachten Erfahrungen in der Wendezeit ein interessantes Buch geschrieben: „Lütten Klein“ ist der Name der Plattenbausiedlung, in der er aufwuchs. Auf keinen Fall aber möchte er als „ostdeutscher Soziologe“ etikettiert werden. In der Einleitung moniert Mau den „Überbietungswettbewerb“, die Unterschiede zwischen Ost und West auf einen Begriff zu bringen. Die ehemaligen DDR-Bürger hätten den „inneren Hitler“ und die „Dop-

peldiktatur“ nicht überwunden, sie seien ein notorisch „unzufriedenes Volk“, das sich in der Opferpose gefalle, meinen zum Beispiel Ines Geipel und Detlef Pollack. Umgekehrt gibt es Stimmen wie Katja Hoyer, die eine neue Geschichte „diesseits der Mauer“ einfordern und „die guten Seiten des Lebens vor 1989“ sichtbar machen wollen. Im Kern ist Maus relativ kurzer, teils auf früheren Zeitungsveröffentlichungen basierender Essay eine Replik auf den Leipziger Literaturwissenschaftler Dirk Oschmann. Mit „Der Osten – eine westdeutsche Erfindung“ landete dieser im vergangenen Jahr einen überraschenden Bestseller. Doch Mau widerspricht: „Wer in der Ost-West-Debatte mit Schuld Begriffen operiert, ist schon auf dem Holzweg.“ Oschmanns Behauptung, die Situation der Ostdeutschen sei ein Produkt westdeutscher Zuschreibungs- und Kleinmachpolitik, hält er für „recht einseitig“. Fragen der „diskursiven Missachtung“ seien sicher nicht irrelevant, aber als „Mastererklärung“ taugten sie nicht. Um die ostdeutsche Gesellschaft zu

verstehen, müsse man sich die „Tiefenstrukturen“ anschauen. In der viel beachteten Studie „Triggerpunkte“ hat Mau das zusammen mit seinen Kollegen Thomas Lux und Linus Westhuser empirisch zu untersuchen versucht.

Statt auf eine Angleichung zwischen Ost und West zu hoffen, hält Mau es für sinnvoller, von der „Verstetigung ostdeutscher Eigenarten auszugehen“. Am „Ende der Nachahmungsphase“ sei der Osten nicht verschwunden, sondern immer noch klar erkennbar. Er charakterisiert die Region treffend als ein „Gefüge, dessen Sozialstruktur und Mentalitäten durch den Stempel der DDR, die Vereinigungs- und Transformationserfahrung sowie eibenen dadurch begründeten eigenen Entwicklungspfad“ gekennzeichnet sind. Ein „einfaches Aufholen“ werde mit wachsendem zeitlichen Abstand zur Vereinigung immer unwahrscheinlicher, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht seien die Differenzen schlicht zu groß. Die dazu passenden Fakten sind weitgehend bekannt: Die millionenfache Abwanderung nach Westen

ist zwar gestoppt, hat aber langfristige demografische Folgen, die auch Leuchtturmprojekte wie die Ansiedlung neuer Chipfabriken nicht kompensieren können. Fast alle großen Konzerne haben ihren Sitz in Westdeutschland, im Osten werden viel geringere Summen vererbt, die für eine funktionierende Demokratie so wichtige Zivilgesellschaft ist unterentwickelt.

Ungleiche Verhältnisse Mau zählt weitere Indikatoren auf, die gravierende Unterschiede belegen: Ausstattung der Haushalte, Kirchenbindung, Vereinsdichte, Anteil von Menschen mit Migrationsbiografie, Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Exportorientierung, Vertrauen in Institutionen, Patentanmeldungen, Produktivität, Anteil junger Menschen, Lebenserwartung von Männern, Größe der landwirtschaftlichen Betriebe, Parteimitgliedschaft, Kaufkraft, Wert von Immobilien, Ausmaß des Niedriglohnssektors: Aus „asymmetrischen Vorbedingungen“ seien „recht hartnäckige Ungleichheitsverhältnisse“ geworden. Für die im Westen etablierten Parteien ergeben sich aus der Analyse weitreichende Schlussfolgerungen. Mit Ausnahme der CDU sowie der SPD in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern spielen sie in den Ost-Ländern nur eine marginale Rolle.

Mau spricht zugespitzt von einem „eigenständigen Kultur- und Deutungsraum“. Er beobachtet „Allmählichkeitsschäden der Demokratie“ und meint damit Bruchstellen, die „über einen längeren Zeitraum unbemerkt entstehen und sich schleichend zu einem großen Problem auswachsen“. Aus strukturellen und historischen Gründen existiere im Osten ein „recht schwaches Band“ zwischen Regierenden und Regierten. Als Gegenmittel plädiert Mau für mehr politische Beteiligung von unten und regt die verstärkte Einrichtung von Bürgerräten an: Als basisdemokratische „Labore der Partizipation“ könnten sie im günstigen Fall ein Gegengewicht zu antilitären Einstellungen und der Affinität zum Rechtspopulismus bilden.

Steffen Mau:



Ungleich vereint.
Warum der Osten anders bleibt.

Suhrkamp, Berlin 2024; 168 S., 18,00 €

Die Prinzessin von Pjöngjang

NORDKOREA Ein Porträt der Schwester des Diktators Kim Jong Un

Ihren bislang größten internationalen Auftritt hatte Kim Yo Jong im Zeichen der olympischen Ringe. Im Februar 2018 nahm die damals 30-jährige Schwester des nordkoreanischen Diktators Kim Jong Un mit anderen prominenten Gästen wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und dem damaligen US-Vizepräsidenten Mike Pence an der Eröffnungsfeier der Olympischen Winterspiele im südkoreanischen Pyeongchang teil. Sie war damit das erste Mitglied der seit 1945 in Nordkorea herrschenden Kim-Dynastie, das den Süden der koreanischen Halbinsel besuchte. Der gebürtige Südkoreaner Sung-Yoon Lee, Professor für Korea-Studien an der Tufts University in Massachusetts, hat jetzt ein Buch über Kim Yo Jong veröffentlicht, die er „die gefährlichste Frau der Welt“ nennt. Ausführlich schildert der Autor den Besuch der Schwester Kim Jong Uns im verfeindeten Süden und mokiert sich dabei auch über die Reaktion der Südkoreaner auf die attraktive und geschmackvoll gekleidete Kim Yo Jong. „In den kommenden zwei Tagen versetzte die geheimnisvolle junge Prinzessin aus Pjöngjang ganz Südkorea in Verückung, und das, obwohl sie kaum mehr tat, als zu gehen, zu sitzen, zu essen, gelegentlich etwas zu sagen, ab und zu einmal zu lächeln.“

Allein, die Euphorie währte nicht lange. Nachdem ein Jahr später im Februar 2019 die Verhandlungen zwischen US-Präsident Donald Trump und Kim Jong Un über eine Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel gescheitert waren, zog zwischen Süd- und Nordkorea eine neue Eiszeit auf.

Privatschule in Bern Kim Yo Jong, die wie ihr Bruder als Teenager auf eine Schweizer Privatschule bei Bern geschickt worden war und offiziell als Vize-Chefin der Abteilung Agitation und Propaganda im ZK von Nordkoreas kommunistischer Partei fungiert, wechselte flugs die Rolle und tat sich fortan mit besonderer Radikalität hervor. So befahl sie im Juni 2020 die theatralische Sprengung des innerkoreanischen Ver-

bindungsbüros nördlich der Grenze, dessen Errichtung erst wenige Jahre zuvor von Südkorea finanziert worden war. Am Tag danach überzog sie den damaligen südkoreanischen Präsidenten Moon, der große Hoffnungen in eine Aussöhnung mit dem Norden gesetzt hatte, mit einer üblen Schimpffurade und bezeichnete ihn unter als „kriecherischen Bettler“ und „Lakaiken der USA“. So wie vieles an den Machtverhältnissen in Nordkorea für Außenstehende undurchschaubar bleibt, kann allerdings auch der Autor Sung-Yoon Lee nicht entschlüsseln, über wie viel eigene Macht Kim Yo Jong verfügt und inwieweit sie nur den Anweisungen ihres Bruders folgt. So führt auch der Titel des Buches etwas in die Irre, denn über weite Strecken geht es nicht um Kim Yo Jong, sondern um ihren Bruder, ihren Vater Kim Jong Il und natürlich auch ihren Großvater Kim Il Sung, den Gründer des Herrscherhauses. Es bietet zwar eine interessante Zusammenfassung öffentlich zugänglicher Informationen über die nordkoreanische Politik, aber keine Insider-Informationen. Und auch die Frage, warum es möglich ist, dass eine einzige Familie das Land seit mittlerweile fast acht Jahrzehnten im eisernen Griff hält, kann der Wissenschaftler Sung-Yoon Lee leider nicht beantworten.



Sung-Yoon Lee:
Die Schwester.
Die Geschichte der gefährlichsten Frau der Welt.

Hoffmann und Campe, Hamburg 2024; 304 S., 26,00 €

Schon gehört?
Die APuZ gibt es auch als Podcast!

bpb.de/apuz-podcast

AUFGEKEHRT

»Swifties« für Olaf Scholz?

Sie hat es getan: Taylor Swift, die globale Pop-Ikone schlechthin, hat sich für Kamala Harris ausgesprochen. Pünktlich nach dem ersten Rededuell zwischen Trump und Harris kündigte der US-amerikanische Megastar an, im November für die amtierende Vizepräsidentin zu stimmen. Ein Glücksfall für die Demokraten; hofft die Partei doch nun auf Zuspruch der „Swifties“ an der Wahlurne oder zumindest auf die Überzeugungskraft noch minderjähriger Fans bei Diskussionen mit den Eltern. Das wäre doch auch eine Idee für den Wahl- und Umfrageverlierer Olaf Scholz. Doch wer ist die deutsche Taylor Swift? Älteren Semestern kommt vielleicht Helene Fischer in den Sinn. Doch die Musik der Pop-Schlager-Bardin klingt ehrlicherweise so, als würde man einen CDU-Ortsverband in ein Notenblatt pressen. Bemüht modern, doch letztendlich Dorf-fest. Spielt irgendwo in der Republik „Atemlos durch die Nacht“, dann grölt in Kiel Daniel Günther den Text mit und Friedrich Merz schwofit glückselig über das Parkett. Das hilft Scholz nicht. Vielleicht würde – auch zielgruppen-technisch – Shirin David besser passen. Ihr aktueller Hit „Bauch Beine Po“ hat eine emanzipatorisch interpretierbare Botschaft. Aber vielleicht auch etwas zu viel Leistungsorientierung für die SPD („Das war noch nicht genug, push it, tiefer... Geh ins Gymmie, werde skinny“). Möglicherweise sind die USA aber auch das falsche Vorbild. In Venezuela hat das Regime nach den letzten „Wahlen“ zur Beruhigung der Unruhen einfach Weih-nachten vorverlegt. Ob es angesichts der Umfragewerte der Ampel mit Weihnachten getan wäre, scheint aber fraglich. Vermutlich müsste der Kanzler auch noch Ostern und den Herrentag drauflegen – und eine Taylor-Swift-Festwoche einführen. Ansonsten geht es auch in Branden-burg bald ministerpräsidentenlos durch die Wahlnacht. *Sören C. Reimer* ■

VOR 40 JAHREN...

Geste der Versöhnung

22.9.1984: Kohl und Mitterand Hand in Hand. Frédéric de la Mure war spät dran. Einige Tage vor dem Besuch von Kanzler Helmut Kohl (CDU) im französischen Verdun wurde den Fotografen Plätze auf dem früheren Schlachtfeld zugewiesen. Weil Fotograf de la Mure nicht recht-



Historische Geste: François Mitterrand (l.) und Helmut Kohl 1984 in Verdun

zeitig zu dem Termin im Élysée-Palast kam, musste er mit einem der „schlechteren Plätze“ Vorlieb nehmen. Doch von diesem Standort aus, schoss er am 22. September 1984 ein Foto, das um die Welt ging: Kohl und Frankreichs Staatspräsident François Mitterand stehen Hand in Hand an dem Ort, wo sich Deutsche und Franzosen eine der grausamsten Schlachten des Ersten Weltkriegs mit rund einer halben Million Toten lieferten. Minutenlang hielten sich die beiden Männer an den Händen, während die Nationalhymnen erklangen. Die Szene wurde international viel beachtet, überwiegend als Demonstration der Verbundenheit der einst verfeindeten Nationen gedeutet. Doch es gab auch Kritik, von einem Schachern um Symbolik war in französischen Medien die Rede. Hintergrund war, dass Kohl im Juni 1984 nicht zu den Feierlichkeiten anlässlich des 40. Jahrestages der alliierten Landung in der Normandie geladen worden war. Das Treffen in Verdun – dessen Datum keinen Bezug zur Schlacht von 1916 hatte – wurde als Notlösung gewertet, um Kohl über seine Nicht-Einladung zu den D-Day-Feierlichkeiten hinwegzuträsten. Die Geste selbst sahen einige gar als PR-Inszenierung. Kohl und Mitterand haben sich dazu nicht geäußert. Fotograf de la Mure konnte nicht sehen, wie es zu dem Handschlag kam, der einzige Kameramann vor Ort hatte in dem Moment gerade zu den Soldaten im Nieselregen geschwenkt. Dennoch war sich de la Mure sicher: „Die Geste war offensichtlich spontan.“ *Benjamin Stahl* ■

ORTSTERMIN: TAG DER EIN- UND AUSBLICKE IM BUNDESTAG



Die zwei Bundestagsvizepräsidentinnen Yvonne Magwas (CDU, links im Bild) und Petra Pau (Die Linke, rechts) sprachen beim Bürgerfest des Bundestages mit der Journalistin Claudia van Laak (Mitte) über ihre Erfahrungen, Herausforderungen und Perspektiven 35 Jahre nach der friedlichen Revolution.

Demokratie im Fokus

Das Wetter meinte es gut am 7. September, fast neun Sonnenstunden wurden in Berlin verzeichnet; perfektes Geburtstagswetter also für den Bundestag, der am vergangenen Wochenende sein 75-jähriges Jubiläum mit einem Bürgerfest feierte. Kunstführungen durch das Parlamentsviertel, Live-Musik oder Speed-Dating mit Abgeordneten standen auf dem Programm. Unter dem Motto „75 Jahre Demokratie lebendig“ wurde nicht nur der Bundestag, sondern die Demokratie an sich gefeiert. Doch 75 Jahre Demokratie sind nicht für alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland eine selbstverständliche Erfahrung. Petra Pau (Die Linke) und Yvonne Magwas (CDU), zwei der fünf Vizepräsidentinnen und -präsidenten des Bundestages, profitieren von den Freiheiten des Grundgesetzes erst seit der Wiedervereinigung Deutschlands. Die beiden Politikerinnen, geboren in der DDR, sprachen auf dem Bürgerfest über ihre „Erfahrungen, Herausforderungen und Perspektiven – 35 Jahre nach der friedlichen Revolution“ – so auch der Titel der Veranstaltung. „Die DDR war eine Diktatur“, sagte Pau im Gespräch und berichtete, wie stark sie die Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 geprägt haben. Als klar war, dass die Einigung Deutschlands kommen würde, habe sich die damals 26-Jährige gefragt: „Kannst du irgendetwas mitgestalten?“ Daraufhin kandidierte Pau für die Bezirksverordnetenver-

sammlung in Berlin-Hellersdorf – der Beginn einer beeindruckenden politischen Laufbahn. Damit, dass sie einmal Bundestagsabgeordnete und gar Vizepräsidentin des Bundestages sein würde, habe sie nicht gerechnet. Hätte ihr das jemand prophezeit, „ich hätte ihn damals, zu dieser Zeit, zum Arzt geschickt“, so Pau. Auch Yvonne Magwas, die 1989 gerade zehn Jahre alt war, beschrieb, wie tief die Umbruchszeit ihr Leben prägte. Ihre Eltern, zwei Textilingenieure, mussten sich nach der Wiedervereinigung beruflich umorientieren und überlegten, das heimische Auerbach im sächsischen Vogtland gen Westen zu verlassen, aufgrund besserer beruflicher Perspektiven. Ihre familiäre Bindung und die katholische Prägung hätten Magwas schließlich zur Jungen Union geführt, berichtete die Abgeordnete. Seit 2021 ist sie nun Mitglied des sechsköpfigen Bundestagspräsidiums, während Pau dieses Amt bereits seit 2006 ausübt. Neben Pau und Magwas unterstützen Aydan Özoguz (SPD), Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) und Wolfgang Kubicki (FDP) die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD). Ein Vizepräsident der AfD hingegen fehlt. Zwar steht der AfD nach der Geschäftsordnung des Bundestages ein Sitz im Präsidium zu, doch bisher ist es keinem ihrer Kandidaten gelungen, die notwendige Mehrheit der Stimmen zu gewinnen. Beide Politikerinnen fin-

den das richtig. Denn die Mehrheit der Abgeordneten stehe nicht hinter einem AfD-Kandidaten. „Unsere Aufgabe ist es, die Würde des Hauses zu repräsentieren, die Würde des Hauses auch hochzuhalten“, sagte Magwas. Das sei eine Aufgabe, die mit sehr viel Verantwortung und einer positiven Einstellung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung verbunden sei – das sehe sie bei der AfD nicht. Die beiden Frauen stimmten auch darin überein, dass der Ton im Plenum in den vergangenen Jahren rauer geworden sei. Längst seien die Debatten nicht mehr nur sachlich geprägt, sondern würden zunehmend von persönlichen Diffamierungen begleitet. Besonders oft seien Pau und Magwas, so wie viele andere Frauen auch, Zielscheibe für Angriffe, die besonders auf das Aussehen oder die Sprache abzielten. Das sei für viele Bürger ein Grund, der parlamentarischen Arbeit fernzubleiben, glaubt Magwas. Die Frauenquote liegt derzeit im Bundestag bei knapp 35 Prozent – ein Umstand, der aber nicht nur mit der rauen Diskussionskultur zusammenhängt. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei in der parlamentarischen Arbeit noch immer schwierig. Pau ergänzte, die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und auf Zeit für ein Mandat zu kandidieren, gehe zurück. Am Ende des Gesprächs wird deutlich: 75 Jahre Demokratie sind nichts, was sich von selbst versteht – sie muss aktiv gelebt und geschützt werden. *Carolyn Hasse* ■

LESERPOST

Zur Ausgabe 36-37 vom 31. August 2024, „Der Kodex in Bedrängnis“ auf Seite 1:

Es ist zwar richtig, dass der Bundestag als Institution stabil geblieben ist, doch bröckelt das Vertrauen in diese Institution. Die Distanz der Bürger zur Politik, die durch Unverständnis und Frustration geprägt ist, spiegelt sich in den niedrigen Zustimmungswerten wider. Vielleicht sollten wir uns fragen, ob die bestehenden Strukturen und Abläufe noch zeitgemäß sind oder ob sie reformiert werden müssen, um die Bürger besser einzubinden und das Vertrauen in die Demokratie zu stärken. Wie später auch im Blatt erwähnt, wären meiner Meinung nach mehr Be-

teilungsverfahren für Bürgerinnen und Bürger, wie Bürgerräte, ein erster Schritt, um der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Auch mehr Volksentscheide könnten dazu beitragen, dass sich Bürgerinnen und Bürger wieder gehört fühlen.

Kai Peters, Flensburg

Zur Ausgabe 36-37 vom 31. August 2024, „Der Kontrolleur aus Karlsruhe“ auf Seite 8:

Es ist sicherlich notwendig, die Unabhängigkeit und die Rolle des Bundesverfassungsgerichts zu wahren. Gleichzeitig muss jedoch auch darauf geachtet werden, dass die politische Verant-

wortung nicht zu sehr auf die Justiz verschoben wird. Wenn das Gericht regelmäßig die Auslegung und Ergänzung des Grundgesetzes übernimmt, könnte dies zu einer Verschiebung der politischen Verantwortung und einer Entfremdung zwischen Bürgern und ihren direkt gewählten Vertretern führen. Vergangene Entscheidungen, wie beispielsweise die zur Schuldenbremse, illustrieren dies eindrucksvoll und werfen die Frage auf, ob die politische Klasse ihre eigenen Gesetzgebungsaufgaben noch ausreichend wahrnimmt. Gleiches gilt für die anstehenden Haushaltsverhandlungen.

Heinrich Leschke, Pforzheim

SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Rolf Rau Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU

Rolf Rau vollendet am 20. September sein 80. Lebensjahr. Der Oberingenieur aus Borsdorf/Kreis Leipzig trat 1976 der CDU in der DDR bei und wurde im März 1990 stellv. sächsischer CDU-Landesvorsitzender. Von März bis Oktober 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer an. Im Bundestag engagierte sich Rau im Städtebau- sowie im Sportausschuss.

>Roland Hartwig Bundestagsabgeordneter 2017-2021, AfD

Am 22. September wird Roland Hartwig 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Königswinter trat 2013 der AfD bei. Hartwig, der sich im Auswärtigen Ausschuss betätigte, war von 2017 bis 2019 stellv. Fraktionsvorsitzender und danach Parlamentarischer Geschäftsführer.

>Gottfried Wurche Bundestagsabgeordneter 1972-1975, SPD

Am 24. September vollendet Gottfried Wurche sein 95. Lebensjahr. Der Angestellte aus Berlin, SPD-Mitglied seit 1946, wurde 1962 Kreisvorsitzender im Bezirk Tiergarten. Von 1963 bis 1965 sowie von 1979 bis 1986 gehörte Wurche dem Abgeordnetenhaus an. Im Bundestag engagierte er sich im Verkehrsausschuss.

>Monika Knoche Bundestagsabgeordnete 1994-2003, Bündnis 90/Die Grünen, 2005-2009, parteilos/Die Linke Monika Knoche wird am 24. September 70 Jahre alt. Die Gewerkschaftssekretärin aus Karlsruhe gehörte 1979 zum Gründerkreis der Grünen, verließ ihre Partei aber 2005 und trat dann der „Linken“ bei. Von 2007 bis 2009 war sie eine der stellv. Vorsitzenden ihrer Bundestagsfraktion. Knoche wirkte unter anderem im Gesundheitsausschuss mit. *bmh* ■

PANNENMELDER

Zur Ausgabe 36/37 vom 31.08.2024, „Die Stunde Null“ auf S. 3: Die konstituierende Sitzung des Bundestags am 7. September 1949 fand im neu errichteten Plenarsaal statt und nicht in der umgebauten Turnhalle der Pädagogischen Akademie.

PERSONALIA

>Wolfgang Gerhardt † Bundestagsabgeordneter 1994-2013, FDP

Am 13. September verstarb Wolfgang Gerhardt im Alter von 80 Jahren. Der Germanist, Erziehungs- und Politikwissenschaftler aus Wiesbaden war fast 60 Jahre Mitglied der Liberalen. Gerhardt gehörte von 1978 bis 1994 dem Hessischen Landtag an und wurde 1987 Wissenschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident. Sein Ziel, Außenminister zu werden, erreichte Gerhardt jedoch nicht, da Schwarz-Gelb bei der Bundestagswahl 2002 keine Mehrheit erhielt. Von 1995 bis 2001 war Gerhardt Bundesvorsitzender der FDP, von 1998 bis 2006 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, bevor er beide Ämter an Guido Westerwelle abgab. Danach übernahm Gerhardt die Leitung der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung. FDP-Chef Christian Lindner sagte in einer ersten Würdigung über Gerhardt: „Er war nie ein Machtpolitiker, sondern blieb auch in Spitzenpositionen ein belebender, feiner und großzügiger Mensch. In einer schwierigen Phase unserer Geschichte hat er die FDP zusammengehalten und wieder aufgerichtet.“ *chaldpa* ■

>Rolf Olderog † Bundestagsabgeordneter 1980-1998, CDU

Am 31. August starb Rolf Olderog im Alter von 86 Jahren. Der Jurist, CDU-Mitglied seit 1962, wurde 1980 Vorsitzender seiner Partei in Ostholstein und saß von 1970 bis 1980 im Kieler Landtag. Von 1990 bis 1998 gehörte er dem Vorstand seiner Bundestagsfraktion an und war Sprecher für Tourismus. Olderog, der stets im Innenausschuss mitwirkte, war von 1984 bis 1999 zudem Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission.

>Reinhold Kreile † Bundestagsabgeordneter 1969-1987, 1988-1990, CSU

Am 30. August starb Reinhold Kreile im Alter von 94 Jahren. Der Rechtsanwalt aus München, längere Zeit Mitglied des CSU-ParteiVorstands und des -Präsidiums sowie enger Vertrauter von Franz Josef Strauß, war von 1982 bis 1987 finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Kreile betätigte sich vorwiegend im Finanzausschuss. Der Autor zahlreicher Veröffentlichungen zum Urheberrecht war von 1990 bis 2005 Generaldirektor der GEMA.

>Michael von Schmude † Bundestagsabgeordneter 1983-2002, CDU

Am 30. August starb Michael von Schmude im Alter von 84 Jahren. Der Kaufmann aus Großhansdorf/Kreis Stormarn wurde 1957 CDU-Mitglied und amtierte von 1985 bis 1994 als Kreisvorsitzender. Von 1966 bis 1983 war er Kreistagsabgeordneter. Von Schmude engagierte sich vorwiegend im Haushaltsausschuss. Von 1987 bis 2002 war er Mitglied des Europarats und der WEU.

>Dieter Schinzel † Bundestagsabgeordneter 1972-1976, 1980, SPD

Am 24. August starb Dieter Schinzel im Alter von 81 Jahren. Der Diplom-Physiker aus Aachen, SPD-Mitglied seit 1961, war von 1976 bis 1994 Vorsitzender des dortigen Unterbezirks und wurde 1972 in den Aachener Stadtrat gewählt. Schinzel engagierte sich im Bundestag im Sport- sowie im Finanzausschuss. Von 1979 bis 1994 war er Mitglied des Europäischen Parlaments.

>Günter Topmann † Bundestagsabgeordneter 1976-1983, SPD

Am 19. August starb Günter Topmann im Alter von 90 Jahren. Der Polizeibeamte aus Altena trat 1961 in die SPD ein und stand von 1978 bis 1990 an der Spitze des Unterbezirks Märkischer Kreis. Dem Rat seiner Heimatstadt gehörte er von 1964 bis 1999 an und war von 1970 bis 1999 ehrenamtlicher Bürgermeister. Topmann war Mitglied des Verkehrsausschusses. Von 1984 bis 1994 saß er im Europäischen Parlament.

>Josef Linsmeier † Bundestagsabgeordneter 1980-1990, CSU

Wie erst jetzt bekannt wurde, starb Josef Linsmeier bereits am 13. Juni im Alter von 79 Jahren. Der Rechtsanwalt aus Haar bei München schloss sich 1968 der CSU an und war Gemeinde- und Kreistagsmitglied. Linsmeier arbeitete im Bundestag im Post- sowie im Städtebauausschuss mit. 1982/83 war der Christsoziale Vorsitzender der Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“.

>Franz Thönnes Bundestagsabgeordneter 1994-2017, SPD

Am 16. September wird Franz Thönnes 70 Jahre alt. Der Industriekaufmann aus Ammersbek/Kreis Stormarn trat 1978 der SPD bei, war von 1986 bis 1992 Vorsitzender des dortigen Kreisverbands und von 1999 bis 2003 SPD-Vorsitzender in Schleswig-Holstein. Von 1986 bis 1994 gehörte er dem Kreistag in Stormarn an. Thönnes wirkte im Bundestag im Ausschuss für Arbeit sowie im Auswärtigen Ausschuss mit. Von 2002 bis 2005 war er Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesgesundheitsministerin und danach bis 2009 in gleicher Funktion beim Bundesarbeitsminister. *bmh* ■

Bärbel Bas, Bundestagspräsidentin

Ich finde: Unzufriedenheit muss für uns Ansporn sein



Bärbel Bas (*1968)
Wahlkreis Duisburg I

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Frau Präsidentin des Bundesrats, sehr geehrter Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir feiern heute 75 Jahre Deutscher Bundestag. Auf der Ehrentribüne begrüße ich auch unseren ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff sowie meine Amtsvorgängerin und Amtsvorgänger Rita Süssmuth, Wolfgang Thierse und Norbert Lammert. Ich freue mich, dass Sie heute hier sind.

Während Paul Löbe den ersten Deutschen Bundestag eröffnete, standen Tausende auf der Bonner Rheinpromenade. Die Eröffnungssitzung wurde per Lautsprecher nach draußen übertragen. Die Bonner Betriebe hatten geschlossen, die Kinder schulfrei. Sogar die nächtliche Ausgangssperre wurde aufgehoben. Es herrschte Feierstimmung – in einem Land, das ansonsten vor allem Not kannte. Deutschland war geteilt, der Alltag der Menschen von Mangel und Kriegszerstörung bestimmt. Eine neue deutsche Demokratie schien ein gewagtes Experiment – nach zwölf Jahren Diktatur, dem Zweiten Weltkrieg und dem Menschheitsverbrechen des Holocaust. Viele der Bundestagsabgeordneten hatten unter den Nationalsozialisten gelitten. Gleichzeitig saßen im ersten Bundestag die Gegner der Demokratie – von ganz rechts und ganz links. Und selbst unter den überzeugten Demokratinnen und Demokraten war der Ton nicht sel-

ten unversöhnlich. Dennoch war die Bilanz der ersten Wahlperiode beeindruckend: 545 verabschiedete Gesetze, 282 Plenarsitzungen und mehr als 5 000 Ausschusssitzungen! Es war vielleicht die größte Leistung dieser ersten Bundestagsabgeordneten: Sie haben die Handlungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie unter Beweis gestellt. Bald wurde die Auseinandersetzung im Plenum ziviler, nicht zuletzt, weil die Verfassungsfeinde aus dem Parlament gedrängt wurden – auch mit Mitteln der wehrhaften Demokratie. Der Bundestag ist schnell zu einem erfolgreichen Arbeitsparlament geworden: ein Parlament mit stabilen Mehrheiten, das die Arbeit der Regierung konstruktiv unterstützt, sie aber auch selbstbewusst kontrolliert. Das Experiment einer zweiten deutschen Demokratie war gelungen. Sehr geehr-

»Unsere Demokratie ist stark und wehrhaft gegenüber allen, die ihr schaden wollen.«

te Damen und Herren, der Erfolg unserer Demokratie hat sich nicht allein im Parlament entschieden. Wir feiern heute auch den langen Prozess der Demokratisierung unserer Gesellschaft. Im Laufe der Generationen stellten sich die Deutschen der nationalsozialistischen Vergangenheit, wenn auch zunächst nur widerstrebend. Sie entdeckten und nutzten ihre Freiheiten und Rechte. Sie engagierten sich in Parteien – und immer stärker auch in der Zivilgesellschaft. Minderheiten stritten erfolgreich für Sichtbarkeit und Anerkennung. Und nicht nur Minderheiten: Auch Frauen mussten für Gleichberechtigung kämpfen. Deutschland ist ein liberales und weltoffenes Land geworden. Und es ist vielfältiger geworden – nicht nur, aber auch dank der Zuwanderung seit den 50er-Jahren.

Sehr geehrter Herr Baum, Sie haben die Demokratisierung unseres Landes über Jahrzehnte in unterschiedlichen Funktionen mit vorangetrieben. In einem Ihrer Bücher schreiben Sie – und ich zitiere: „Unser Ziel war es, dass das Grundgesetz mit Leben erfüllt wird.“ Sehr geehrter Herr Baum, ich danke Ihnen sehr, dass Sie heute zu uns sprechen. Sehr geehrte Damen und Herren, in diesem Jahr feiern wir nicht nur 75 Jahre Bundestag. Wir erinnern auch an die Friedliche Revolution vor 35 Jahren. Sie machte es möglich, dass Paul Löbes Wunsch in Erfüllung gegangen ist: Deutschland ist wiedervereintigt. – Und der Bundestag tagt seit 25 Jahren wieder hier: im Reichstagsgebäude. Die Ostdeutschen haben mit der Friedlichen Revolution der Demokratie in ganz Deutschland einen großen Dienst erwiesen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte in dieser Feierstunde auch die Abgeordneten der einzigen frei gewählten Volkskammer würdigen. In nur 180 Tagen verabschiedeten sie 164 Gesetze und 93 Beschlüsse. Das war eine enorme parlamentarische Leistung der Volkskammer 1990 auf dem Weg zur deutschen Einheit.

Sehr geehrte Frau Professorin Morina, die Entwicklung der Demokratie in Ostdeutschland ist auch Ihnen besonders wichtig. Als Historikerin weisen Sie darauf hin, dass die breite gesellschaftliche Demokratisierung kein rein westdeutscher Prozess war. Auch Ostdeutsche machten die Demokratie zu ihrem Anliegen – gerade unter den Bedingungen der SED-Diktatur. Sehr geehrte Frau Morina, ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Bereitschaft, an dieser Feierstunde mitzuwirken. Sehr geehrte Damen und Herren, die vergangenen 75 Jahre haben immer wieder gezeigt: Unsere parlamentarische Demokratie ist offen für neue Themen, neue Anliegen und neue gesellschaftliche Kräfte. Diese Offenheit macht die Demokratie aber auch verwundbar. Nicht erst die jüngsten Wahlergebnisse zeigen uns: Viele Menschen trauen der Politik keine Lösungen mehr für ihre Probleme zu. Das gibt denen Auftrieb, die auf Wut und Angst setzen, unser Land schlechtreden und einfache Lösungen versprechen. Und die auch nicht davor zurückschrecken, die politischen Mitbewerber verächtlich zu machen.

»Viele Menschen trauen der Politik keine Lösungen mehr für ihre Probleme zu.«



Präsidentiale Torte: Der Bundestag feiert standesgemäß mit Kaffee und Kuchen seinen 75. Geburtstag.

Gleichzeitig wird es anspruchsvoller, Mehrheiten zu organisieren und belastbare wie verlässliche Bündnisse zu schließen. Bei allen Problemen sollten wir nicht vergessen, was wir in 75 Jahren Bundestag immer wieder bewiesen haben: Wir können Krisen bewältigen – trotz harter Kontroversen.

Ich bin überzeugt: Unsere Demokratie ist stark und wehrhaft – gegenüber allen, die ihr schaden wollen. Eine große Mehrheit aller Deutschen hält die Demokratie für die beste Staatsform. Das haben uns auch die mutmachenden Demonstrationen zu Beginn des Jahres gezeigt. Allerdings

sind viele Menschen unzufrieden damit, wie Demokratie funktioniert. Wir als Politik sind gefordert, den Zweifeln an der Demokratie zu begegnen. Indem wir die konkreten Alltagsprobleme der Menschen angehen.

Ohne Erwartungen zu wecken, die wir nicht erfüllen können. Ohne schnelle Scheinlösungen. Ohne den Irrglauben, dass wir unsere Maßnahmen nur einfach besser erklären müssen. Wir müssen die Menschen und ihre Alltagsprobleme ernst nehmen. Das bedeutet auch, den Menschen die schwierigen Abwägungen demokratischer Politik zuzumuten. Denn gute Lösungen brauchen

Geduld. Ich bin sicher: So können wir Vertrauen zurückgewinnen. Um die Kluft zwischen den Menschen und ihren Abgeordneten zu schließen, müssen wir auch politisches Engagement wieder attraktiver machen und neue Formen der Mitwirkung finden. Immer mehr Menschen empfinden Parteien als nicht mehr zeitgemäß, wünschen sich aber mehr politische Beteiligung. Dieses Engagement der Menschen sollten wir als eine wichtige Kraftquelle für unsere Demokratie nutzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Demokratie ist einmal als die „Staatsform der Unzufriedenheit“ bezeichnet worden. Ich finde:

Unzufriedenheit muss für uns Ansporn sein. Es gilt, Kritik ernst zu nehmen und sie als Motor für Veränderung und Fortschritt zu begreifen. In einer Demokratie geht es stets um den fairen Ausgleich von unterschiedlichen Interessen. Deshalb lassen sich auch nie alle Erwartungen und Ansprüche erfüllen. Umso wichtiger ist es, dass Kompromisse nachvollziehbar und inhaltlich gut begründet sind. Wir leben in einer Zeit, in der sich Positionen häufig unversöhnlich gegenüberstehen. Deshalb sind wir alle dazu aufgerufen, uns die Notwendigkeit des Kompromisses wieder öfter bewusst zu machen. Ein Kompro-

miss kann niemals alle Beteiligten gleichermaßen zufriedenstellen. Das kann aber kein Grund dafür sein, sich hierüber in die Unversöhnlichkeit treiben zu lassen! Lassen Sie uns im Interesse der Menschen die Kraft des Kompromisses für gute und tragfähige Lösungen nutzen!

Das ist meine Bitte zum 75. Geburtstag unseres Parlaments – an die Kolleginnen und Kollegen hier im Bundestag, aber auch an die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Vielen Dank.
(Beifall)

Gerhart Rudolf Baum

Ich kenne keinen Ersatz für die repräsentative Demokratie



Gerhart Rudolf Baum (*1932)
Bundesminister a.D.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich empfinde es als eine Ehre, hier heute stehen zu dürfen – und ich bin dankbar, dass ich das noch kann.

Ich denke an die vielen Kollegen in all den Jahrzehnten, die an dem Aufbau der Demokratie mitgewirkt haben. Alle Demokraten, wir alle miteinander, haben diese Demokratie aufgebaut. Auch wenn wir uns oft gestritten haben, das Ziel war klar, und das Ziel haben wir erreicht. Das feiern wir heute – ohne darauf zu verzichten, auch die Bedrohungen in den Blick zu nehmen. Es ist das erste Parlament in der deutschen Geschichte, das sich frei entfalten konnte. Wenn man in der Geschichte zurückblickt, dann sieht man, dass zum Beispiel die Briten schon im 17. Jahrhundert mit ihrem König gestritten haben und einen haben sie sogar geköpft. Bei uns hat das ziemlich lange gedauert. Wir haben natürlich keinen König geköpft. 1848 war ein ermutigender parlamentarischer Beginn – er scheiterte. Die einzige Revolution, die den Deutschen je gelungen ist, ist die Revolution in der

DDR. Die Beobachter aus dem Ausland haben damals Skepsis geäußert: Können denn die Deutschen Demokratie? – Ja. Sie haben bewiesen: Sie können Demokratie. Und jetzt müssen die Deutschen beweisen, dass sie die Demokratie auch tatkräftig verteidigen. Ich erinnere mich an die Worte von Carlo Schmid, der am Ende der Beratungen zum Grundgesetz gesagt hat: Wir haben euch ein ganz freies Grundgesetz gegeben mit vielen Möglichkeiten. Aber eines müsst ihr im Kopf haben: Wenn diese Freiheit benutzt wird, um sie abzuschaffen, müsst ihr reagieren. – Und das müssen wir jetzt tun.

75 Jahre Bundestag! Das ist ungefähr die Zeit meines aktiven politischen Lebens. Ich sehe nun die Bedrohung unserer liberalen Demokratie, ich sehe den Druck autoritärer Kräfte weltweit. Ich habe eine solche Situation – jemand hat gesagt, dies sei ein entscheidender Moment in der Menschheitsgeschichte – noch nicht erlebt. Ja, der Kalte Krieg war eine starke Bedrohung, hält aber dem Vergleich mit dem, was wir heute an Brandherden und möglichen Brandherden weltweit erleben und möglicherweise noch erleben werden, nicht stand. Ich möchte darauf hinweisen, dass es nicht nur eine regionale Auseinandersetzung ist, die zwischen Russland und der Ukraine stattfindet; es ist der Kampf um eine neue Weltordnung, der Kampf der autoritären Kräfte, denen es um eine autoritäre Weltordnung geht, die

sich nicht mehr an dem Prinzip der Menschenwürde orientiert, gegen die freiheitlichen Kräfte. Wir streiten um Waffenlieferungen an die Ukraine. Einer meiner Großväter wurde in Charkiw geboren. Ich habe erlebt, wie in den ukrainischen Familien um Söhne getrauert wurde, die für die Befreiung unseres Landes von Hitler ihr Leben geopfert haben. Das sollten wir bedenken, wenn wir heute vor der Frage stehen, ob wir der Ukraine helfen oder nicht. Ich bin ein Kriegskind, ein Flüchtlingskind. Ich habe den Krieg noch erlebt und in Dresden die Bombennacht überlebt. Die Nazidiktatur habe ich als Kind gespürt. Die jüdischen Mitbürger verschwanden. Mein Vater zog in den Krieg, aus dem er nicht zurückkam. Wir wurden Flücht-

linge, herausgerissen aus einem geordneten Leben – wie viele damals. Meine Freunde und ich waren einfach fassungslos angesichts der von Deutschen begangenen Menschheitsverbrechen, des entsetzlichen Holocausts und der Entfesselung eines Weltenbrandes. 55 Millionen Tote! Wie sollten wir damit als Deutsche umgehen? Wir haben uns jedenfalls geschworen, dass so etwas nie wieder geschehen sollte. Aufbau der Demokratie, aber kein Schlussstrich – keine Verjährung für Mord zum Beispiel! Im Bundestag hat damals eine beeindruckende Debatte über das Thema Verjährung stattgefunden. Wir wollten genau wissen, was geschehen ist und wer Verantwortung

trug. Das ist bis heute mit einer intensiven Erinnerungskultur geschafter worden. Lassen wir nicht zu, dass sie wieder infrage gestellt wird!

Sie hat unserer Demokratie gutgetan. Wir waren anfangs nicht sicher, ob es gelingen würde, das „andere“ Deutschland zu aktivieren. Man befürchtete damals eine alles lähmende Wirtschaftskrise. Wir waren also auf einem unsicheren Terrain.

Es hat ja lange gedauert, bis all das umgesetzt worden ist, was im Grundgesetz steht. Das war auch die Arbeit dieses Parlaments. Ich habe damals als 20-Jähriger in meinem Zweifel einen Brief an Thomas Mann geschrieben, der sehr viel über die Deutschen und die deutsche Frage nachgedacht hat, und habe ihn gefragt: Sind wir auf dem richtigen Wege? – Und er hat mich ermutigt und hat diesem Zweifel die Spitze genommen. Wir sind dann in eine Partei eingetreten – übrigens eine Option, die auch heute empfehlenswert ist, eine Option, von der wir erfahren haben, dass man in einer Partei eine Menge machen kann: Man kann Parteien nämlich auch verändern; man kann sie bewegen.

Wir waren also in einer Partei, und dann ging das alles seinen Weg. Ich sage: Manchmal – und nicht zu selten – hat die Arbeit in einer Partei auch bereichert; ich will nicht sagen: Spaß gemacht – das auch ab und zu.

Sie hat mein Leben jedenfalls bereichert, und ich möchte das nicht missen. Was noch eine ganz große Rolle damals gespielt hat: Wir waren begeisterte Europäer. „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt

zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“ Ist das nicht ein motivierender, faszinierender Aufruf? Übrigens: ein Verfassungsauftrag.

1945 war in verschiedener Hinsicht eine fundamentale Zeitenwende. Sie betraf das Zusammenleben der Völker. Die Menschenwürde wurde zum ersten Mal zum bestimmenden Element der Menschheitsgeschichte. Zum ersten Mal wurde Friedensbewahrung mit dem Schutz der Menschenwürde untrennbar verknüpft – in der Charta der Vereinten Nationen und schon in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Das ist auch Artikel 1 des Grundgesetzes. Der Parlamentarische Rat hat wunderbare Debatten darüber geführt. Einige wollten einen Gottesbezug; andere bezogen sich auf Kant. Am Ende haben beide Seiten festgestellt: In Artikel 1 steckt beides, Gott und Kant. Die Menschheit kam wirklich zur Besinnung. In der Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte steht der Satz, dass die Barbarei „das Gewissen der Menschheit“ zutiefst

verletzt hat. Ich habe damals gelernt: Die Menschheit hat ein Gewissen. Eine Besonnenheit aller, aller Kulturen war plötzlich da. Man fragt sich heute: Wäre das noch möglich, diese Besonnenheit? Dringend notwendig wäre sie angesichts der weltweiten Krisen. Heute – Sie haben es schon angesprochen, Frau Präsidentin – ist das Vertrauen in die Kompetenz der parlamentarischen Demokratie gesunken. Das macht uns tief besorgt. Woher kommt dieser Vertrauensverlust in die Parteien, in die Institutionen? Woher kommt die Sehnsucht nach einfachen Lösungen? Diese haben doch nur diejenigen im Angebot, denen jegliche Problemlösungskompetenz

»Es muss
Schluss sein
mit dem Wahn
einer ethnisch
reinen Nation.«

»Angst ist ein
hinterhältiger
Dämon der
freien Gesellschaften.«

fehlt. Ja, es gibt viele Probleme, darunter natürlich auch Probleme, die wir selber als Parteien verursachen. Es gibt auch eine gewisse Überforderung der Politik. Ich treffe immer wieder Menschen, die alle Probleme auf einmal gelöst sehen wollen. Das geht nicht; das ist alles viel schwieriger. Und das müssen wir erklären. Wir müssen erklären, aber wir müssen auch den Wunsch der Menschen respektieren, mitzuwirken. Wir müssen Wege finden, dass die Menschen mitgestalten können, neue Wege der Begegnung. Wir müssen raus aus der Begrenztheit der Information und des Meinungsaustausches in Internetblasen. Wir müssen wieder eine Verständigungsgemeinschaft aufbauen, die wir ja sind. Es ist natürlich immer wieder die Angst; es sind die sozialen Ängste – das alles kennen Sie; damit beschäftigen Sie sich oft –, einfach nur die diffuse Angst vor dem Unbekannten. Angst ist ein ganz hinterhältiger Dämon der freien Gesellschaften. Ich frage mich auch oft, warum technokratisches Denken so stark die Szene beherrscht. Wir brauchen eine Strategie, die mit den genannten Unsicherheiten umzugehen weiß. Es fehlt, wie ein bekannter Journalist mal gesagt hat, der Wärmestrom zwischen den Regierenden und den Regierten. Politik sollte das Bedürfnis der Menschen ernst nehmen, sich mehr der Verzweiflung, der Einsamkeit in unserer Gesellschaft widmen und mehr Mitgefühl zeigen. Wir sind in einer Situation, in der es um den Wandel der persönlichen Lebensverhältnisse, eine Reform der Politik, des Denkens, der Gesellschaft geht. Was ist übrigens in Zukunft Fortschritt? Das hat sich doch auch geändert. Was erwarten wir von der Zukunft? Was muss jeder Einzelne leisten, um die Zukunft auch persönlich zu bestehen? Wir sollten nicht davon reden, dass sich nichts ändern wird und dass alles so bleibt, wie es ist. Nein, wir müssen die Zukunft neu denken. Brandbeschleuniger ist seit Jahrzehnten das Thema Migration. Wenn ich Presseerklärungen von damals aus meinem Ministerium lese, sind die gleichen Argumente festzustellen. Wir schleppen ein Problem mit uns herum. Es wird ja jetzt versucht, die Situation in den Griff zu bekommen. Aber es ist ganz wichtig, dass wir den Menschen deutlich machen: Es gibt kein Zurück mehr; es muss Schluss sein mit dem Wahn einer ethnisch reinen Nation. Sie haben es auch schon erwähnt, Frau Präsidentin: Viele Leute sind aufgebrochen, sind aufgewacht. Das gibt Hoffnung. Und diese Energien, die darin stecken, müssen wir jetzt nutzen. Wir müssen den Parlamentarismus bewahren, wie wir ihn praktiziert haben. Bei dieser Gele-

genheit möchte ich sagen: Ich kenne, jedenfalls auf dieser staatlichen Ebene, keinen Ersatz für die repräsentative Demokratie. Ich bin versucht, noch andere Aktivitäten des Deutschen Bundestages zu nennen; immerhin zwei möchte ich nennen. Das Erste ist die zunehmende Beschäftigung mit den Menschenrechten. Wir müssen die Menschenrechtsverteidiger weltweit stützen. Wir haben das Glück, in einer freien Gesellschaft zu leben, in Frieden und Wohlstand. Wer kann das auf der Welt? Deshalb müssen wir uns denen widmen, die das nicht können. Hannah Arendt hat mal das schöne Wort geprägt: Wir sind frei geboren, um frei zu sein. – Und viele Menschen werden sofort unfrei, wenn sie von der Freiheit Gebrauch machen, und landen in irgendeinem Straflager. Wir sind frei geboren, um frei zu sein. Und dieses Selbstbewusstsein sollten wir auch den Menschenrechtsverteidigern vermitteln und sie stützen bei ihrer Verteidigung der Freiheit. Und ein Zweites. Ich sehe auch die wichtige Rolle von Kunst und Kultur in der Krise; das haben wir ja schon bei Covid gemerkt. Sie gibt den Menschen Orientierung, sie gibt ihnen Halt. Sie weist

in die Zukunft, denkt in die Zukunft. Dass der Bundestag – ich war ja auch mal Kulturminister – sich so intensiv mit der Kultur und der Kulturförderung auf Bundesebene befasst, finde ich einen Fortschritt, den es zu bewahren gilt. Ja, wir haben im Bundestag beinahe bühnenreife Rededuelle erlebt in der früheren Zeit; ich erinnere mich. Na ja, gut: Wehner und Strauß, das war ja immer eine Aufführung besonderer Art. Aber es gab eigentlich selten Feindschaften, habe ich festgestellt. Und die Rededuelle hier vom Podium aus waren eigentlich nicht unbedingt das, was man hinterher miteinander besprach. Man sollte sich also vielleicht ein bisschen abmildern in der Auseinandersetzung und die Dramatik etwas herunterfahren. Viele Probleme, meine Damen und Herren, wurden gelöst im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik. Viele Probleme, über die wir heftig gestritten haben, wurden gelöst, und es kam zu einer gewissen Befriedung. Das ist auch

»Viele Leute sind aufgebrochen und aufgewacht, das gibt Hoffnung.«

ein Fortschritt: dass man sich wieder zusammenfand, zum Beispiel mit der Ostpolitik von Brandt und Scheel, die dann mit Kohl und Genscher weiterging, obwohl sie vorher heftigst umstritten war. Also, das sind Veränderungen, die dann auch dazu geführt haben, dass wir alle dazugelernt haben. Ja, ich bin ein alter Mann, dem mitunter vorgeworfen wird, die Lage zu dramatisieren. Meine Damen und Herren, ich will einfach nur erreichen, dass man die Gefährdungen sieht. Man muss sie erkennen, um sie bekämpfen zu können. Ich bin nicht ohne Hoffnung, nicht ohne berechnete Hoffnung, dass unsere Gesellschaft die Kraft hat, den Aufbruch in eine neue Zukunft zu schaffen. Halten wir – das ist ein Appell – noch besser zusammen bei der Lösung existenzieller Probleme unserer Demokratie. Wir können streiten über den besseren Weg. Aber es gibt eine Grundlage, die wir gemeinsam verteidigen müssen. Am Ende noch ein Zitat von Stéphane Hessel, dessen

Familie unter den Nazis bitter gelitten hat. Er war ein wunderbarer Mensch und ein Mitstreiter von mir in den Menschenrechtsgruppen der Vereinten Nationen. Er war bei der Weltmenschenrechtskonferenz 1993 Delegationsleiter für Frankreich und ich für Deutschland, und wir haben einen intensiven Kontakt gehabt. Er hat ein Buch geschrieben – „Empört Euch!“ –, kurz vor seinem Tode. Es ist heute aktueller als damals noch, und zwar nicht als Anklage, sondern als Aufforderung zum Handeln. Ich zitiere: „Wenn man sich über etwas empört, wie mich der Naziwahn empört hat, wird man aktiv, stark und engagiert. Man verbindet sich mit dem Strom der Geschichte, und der große Strom der Geschichte nimmt seinen Lauf dank dem Engagement der Vielen ...“

Ich wünsche mir, meine Damen und Herren, dass wir, die freien Bürger dieser Demokratie, aktiv entscheiden, in welche Richtung der Strom der Geschichte seinen Weg nimmt.

Danke.

(Beifall)

Christina Morina

Ein Parlament macht noch keine Demokratie



Christina Morina (*1976)
Historikerin und Publizistin

Sehr geehrte Frau Bundestagspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Gäste! Es ist ganz und gar nicht selbstverständlich, dass ich heute an dieser Stelle zu Ihnen sprechen darf. Normalerweise sprechen an diesem Podium Menschen, denen Tausende von Bürgerinnen und Bürgern in einer Wahl ihre Stimme gegeben haben und die damit über ein beeindruckendes Mandat verfügen. Die Tatsache, dass gelegentlich auch Menschen ohne politisches Mandat im Deutschen Bundestag sprechen dürfen, sagt viel aus über den Charakter dieses Hauses. Parlamente sind Spiegel einer Gesellschaft

– im Bund ebenso wie in den Ländern und Kommunen. Sie reflektieren die politische Ordnung und die gesellschaftliche Wirklichkeit eines Landes. Sie haben einen klaren Rahmen und eine feste Struktur. Und doch sind sie beweglich und offen für stets neue Perspektiven. Auch wenn sie – wie Spiegel – nie die ganze Wirklichkeit abbilden, reflektieren sie mehr als nur die Oberfläche. Es sind lebendige und zugleich auch zerbrechliche Orte. Ich bin gebeten worden, aus Anlass des heutigen Festaktes über die gegenwärtige Lage der Demokratie und die Perspektiven des Parlamentarismus in Deutschland zu sprechen. Erlauben Sie mir als Historikerin dennoch zunächst eine kurze Rückschau, verbunden mit einigen persönlichen Bemerkungen. Ich habe mich in der Vorbereitung auf diese Rede gefragt, wann ich in meinem Leben das erste Mal bewusst mit der Arbeit eines Parlaments konfrontiert worden bin. Die Erinnerung daran reicht bis in meine Kindheit zurück. Allerdings hieß das Parlament damals „Volkskammer“; denn ich wurde 1976 in der DDR geboren. Die frühesten Bilder eines Parlaments, die ich erinnere, stammen aus der „Aktuellen Kamera“,

der Hauptnachrichtensendung im DDR-Fernsehen. Die Volkskammer war als Scheinparlament ein dermaßen statisches, lebloses Gebilde, dass sich Aufnahmen von den seltenen Plenarsitzungen kaum von den Standbildern unterschieden, die zur Illustration solcher Meldungen neben dem Nachrichtensprecher eingeblendet waren. Mir war klar, dass diese Kammer irgendwie bedeutungsvoll war; aber zugleich erschien das, was dort passierte, völlig belanglos. Meine zweite, einschneidende Erinnerung an ein Parlament bezieht sich auf eine Debatte im Bundestag acht Jahre nach dem Mauerfall: die Debatte über die Verbrechen der Wehrmacht und die Verantwortung der deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg am 13. März 1997. Ich habe sie seinerzeit nicht live verfolgen können – der Bundestag tagte damals noch in Bonn, und der heute nicht mehr wegzudenkende Parlamentssender Phoenix ging erst einen Monat später auf Sendung –, aber ich habe die Debatte

»Die parlamentarische Demokratie lebt von der Kunst der Überzeugung.«

über die Nachrichten wahrgenommen und mich seither in Lehre und Forschung immer wieder intensiv damit befasst. Diese Debatte gilt zu Recht als Sternstunde der deutschen Parlamentsgeschichte. Denn trotz der verhärteten Positionen rund um die Frage der Schuld der Vätergeneration entstand in ihrem Verlauf ein nachdenkliches, für viele Abgeordnete zutiefst aufwühlendes Gespräch: ein öffentliches Gespräch, das nicht irgendwo stattfand, sondern im Bundestag. Gerade deshalb war es ein treffendes Abbild der damals so heftig geführten gesellschaftlichen Diskussion um den langlebigsten Mythos der deutschen Nachkriegsgeschichte, den Mythos der „sauberen Wehrmacht“. Diese beiden Erinnerungen – die verlogene Volkskammer-Inszenierung der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik und die aufreibende, anstrengende, plurale Wirklichkeit des Bundestages – stehen sinnbildlich für die Vielschichtigkeit und auch Widersprüchlichkeit der deutschen Parlamentarismusgeschichte.

Ich möchte in diesem Zusammenhang zwei Aspekte besonders hervorheben. Zum einen: Eine Demokratie ist ohne Parlament schwer vorstellbar, aber ein Parlament macht noch keine Demokra-

Fortsetzung auf nächster Seite

tie. Die Tatsache, dass selbst autoritäre Regime mit großem Aufwand vermeintliche Volksvertretungen simulieren, unterstreicht nicht nur, wie fragil diese Regime letztlich sind. Es zeigt auch, dass Gewalt allein auf Dauer keinen Staat macht. Denn die Idee der Demokratie, eine der ältesten politischen Sehnsüchte der Menschheit, lässt sich nicht korrumpieren. Simulierte Demokratie ist keine Demokratie. Zum anderen: In einem demokratisch legitimierten Parlament werden nicht nur wirtschafts-, sozial- oder sicherheitspolitische Entscheidungen verhandelt, sondern stets auch die moralischen Grundlagen einer Gesellschaft – das, was als gut und richtig gilt bzw. gelten sollte. Dazu gehört nicht zuletzt und gerade in Deutschland die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Konsequenzen historischen Unrechts – zum Beispiel in Bezug auf die Verantwortung für die im Zweiten Weltkrieg verübten Massenverbrechen in Osteuropa. Nun gehen in einer Gesellschaft die Anschauungen darüber, was gut und richtig ist, für gewöhnlich weit auseinander. Es sind neben anderen Organisationen vor allem die im Parlament vertretenen Parteien, die diese vielfältigen, oft auch widersprüchlichen Anschauungen bündeln, in Programme übersetzen und ihnen über die Gesetzgebung zur Wirkmacht verhelfen. Deshalb steht und fällt die parlamentarische Demokratie mit der Stärke, dem Ansehen und den Ansinnen der sie prägenden Parteien. Parteien haben dabei von jeher keinen leichten Stand. Was sie sollen – die Interessen unterschiedlicher Gruppen in einer Gesellschaft effektiv vertreten –, wird ihnen nicht selten als Makel vorgeworfen. Ein gewisses Maß an Skepsis ihnen gegenüber liegt also gleichsam in der Natur der Sache. Doch auch darüber hinaus ist Kritik eine der Grundbedingungen demokratischer Politik. Ob in Bezug auf die Arbeit von Parteien oder die Verhältnisse im Land: Ohne Kritik am Status quo wäre eine demokratische Gesellschaft schlicht reformunfähig.

Doch mindestens genauso lähmend, wenn nicht gar zerstörerisch wirkt Kritik, die kein Maß und kein Fundament hat und bewusst irreführend betrieben wird. Damit komme ich zu dem Aspekt, der diesen gegenwärtigen Moment in der Geschichte des Parlamentarismus am stärksten prägt: die relativ schwache Zustimmung zu traditionellen Parteien und der steigende Einfluss rechts- wie linkspopulistischer und völkisch-nationalistischer Bewegungen. Auch wenn über diese Entwicklung seit Jahren intensiv diskutiert wird, ist bislang zu wenig berücksichtigt worden, was diese Bewegungen im Kern verbindet. Entsprechend hilflos

steht man ihnen gegenüber. Was diese Bewegungen im Kern verbindet, ist ein mehr oder weniger unverhohlener Antiparlamentarismus, der – zumal in Deutschland – eine noch viel längere und folgenreichere Geschichte hat als der Parlamentarismus. Parteien, die heute auf Populismus und Nationalismus setzen, als hätte es das 20. Jahrhundert nicht gegeben, treten nicht an, um für die Gesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt zu wirken oder eine sachgerechtere Politik zu machen. Dafür müssten sie akzeptieren, dass es das eine wahre Volk nicht gibt und nie gegeben hat, dass Mehrheiten nur über Kompromisse zustande kommen und dass Macht in einer Demokratie stets nur auf Zeit verliehen wird. Sie treten vielmehr an, um im vermeintlichen Namen des vermeintlichen Volkes alle anderen Parteien nicht in die Opposition, sondern gänzlich aus der politischen Landschaft zu verdrängen; denn diese Parteien gelten nicht als legitime politische Konkurrenten, sondern als Versager, als Verräter am Volk, als Feinde. Populisten und Nationalisten treten auch nicht an, um die demokratische Ordnung und ihre Parlamente zu stärken, sondern um sie zu entmachten. Sie gerieren sich als „Volksbewegung“ und versprechen „Mitmachdemokratie“, „Bürgernähe“ und eine „Politik für die Mehrheit“. Aber dies sind sinnentstellte Begriffe, reine Floskeln, die die antiliberalen und antiparlamentarischen Stoßrichtung ihrer politischen Weltanschauung verschleiern sollen. Sie wollen, dass „das Volk“ verabschiedete Gesetze „kippen“ kann, was die Parlamente in ihren Grundfesten erschüttern würde. Mehr noch: Wenn Entscheidungen gewählter Volksvertretungen jenseits von Wahlen oder von dafür zuständigen Gerichten „gekippt“ werden könnten, würde das auch das Wahlrecht, wie wir es kennen, untergraben. Derlei Forderungen treffen in den letzten Jahren überall, aber insbesondere in Ostdeutschland auf immer größere Zustimmung. Dort wirkt einerseits das vermeintlich volksdemokratische Erbe der SED-Diktatur nach, die mit ihren abstrusen Ideen von sozialistischer Demokratie und deutscher Einheitspartei immer auch eine nationalpopulistische Dimension aufwies. Andererseits haben 1989 vor allem basis- und direktdemokratische Vorstellungen zum Sturz dieser Diktatur geführt – in mutiger und bewusster Abgrenzung zum scheindemokratischen Popanz des Regimes. Auch deshalb sind in Ostdeutschland bis heute plebiszitäre Demokratieideen stärker verbreitet als anderswo, und zugleich hat es die repräsentative Demokratie dort deutlich schwerer. Sie braucht Zeit. Und dennoch – das sollte dabei nie vergessen werden – wählt die Mehrheit der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger keine populistischen oder extremistischen Parteien. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund halte ich es für essenziell, von der repräsentativen Demokratie nicht nur im Krisenmodus zu sprechen, sondern sie als Überzeugungswerk zu verstehen. Die parlamentarische Demokratie lebt von der Kunst der Überzeugung, vom Gewicht des besseren Arguments als Voraussetzung für eine wirksame und am Ende weitgehend konsensuale Auseinandersetzung mit anstehenden Problemen. Deshalb gilt es, für sie mehr Überzeugungsarbeit zu leisten. Und das heißt: Auch wer überzeugt ist, dass die parlamentarische Demokratie noch immer die beste Regierungsform ist, weil sie den meistmöglichen Menschen ein würdiges Dasein ermöglicht, muss in der Lage sein, diese Überzeugung immer wieder neu zu begründen. Wer überzeugt ist, dass politische Parteien nach wie vor die zentrale Rolle in der politischen Willensbildung spielen sollten, wie es das Grundgesetz vorsieht, muss fähig sein, diese Überzeugung glaubhaft zu unterfüttern. Und wer überzeugt ist, dass die anstehenden He-

»Es braucht Stimmen aus der ganzen Breite und aus allen Ebenen der Gesellschaft.«

ker verbreitet als anderswo, und zugleich hat es die repräsentative Demokratie dort deutlich schwerer. Sie braucht Zeit. Und dennoch – das sollte dabei nie vergessen werden – wählt die Mehrheit der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger keine populistischen oder extremistischen Parteien. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund halte ich es für essenziell, von der repräsentativen Demokratie nicht nur im Krisenmodus zu sprechen, sondern sie als Überzeugungswerk zu verstehen. Die parlamentarische Demokratie lebt von der Kunst der Überzeugung, vom Gewicht des besseren Arguments als Voraussetzung für eine wirksame und am Ende weitgehend konsensuale Auseinandersetzung mit anstehenden Problemen. Deshalb gilt es, für sie mehr Überzeugungsarbeit zu leisten. Und das heißt: Auch wer überzeugt ist, dass die parlamentarische Demokratie noch immer die beste Regierungsform ist, weil sie den meistmöglichen Menschen ein würdiges Dasein ermöglicht, muss in der Lage sein, diese Überzeugung immer wieder neu zu begründen. Wer überzeugt ist, dass politische Parteien nach wie vor die zentrale Rolle in der politischen Willensbildung spielen sollten, wie es das Grundgesetz vorsieht, muss fähig sein, diese Überzeugung glaubhaft zu unterfüttern. Und wer überzeugt ist, dass die anstehenden He-

ker verbreitet als anderswo, und zugleich hat es die repräsentative Demokratie dort deutlich schwerer. Sie braucht Zeit. Und dennoch – das sollte dabei nie vergessen werden – wählt die Mehrheit der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger keine populistischen oder extremistischen Parteien. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund halte ich es für essenziell, von der repräsentativen Demokratie nicht nur im Krisenmodus zu sprechen, sondern sie als Überzeugungswerk zu verstehen. Die parlamentarische Demokratie lebt von der Kunst der Überzeugung, vom Gewicht des besseren Arguments als Voraussetzung für eine wirksame und am Ende weitgehend konsensuale Auseinandersetzung mit anstehenden Problemen. Deshalb gilt es, für sie mehr Überzeugungsarbeit zu leisten. Und das heißt: Auch wer überzeugt ist, dass die parlamentarische Demokratie noch immer die beste Regierungsform ist, weil sie den meistmöglichen Menschen ein würdiges Dasein ermöglicht, muss in der Lage sein, diese Überzeugung immer wieder neu zu begründen. Wer überzeugt ist, dass politische Parteien nach wie vor die zentrale Rolle in der politischen Willensbildung spielen sollten, wie es das Grundgesetz vorsieht, muss fähig sein, diese Überzeugung glaubhaft zu unterfüttern. Und wer überzeugt ist, dass die anstehenden He-

»Ohne Kritik am Status quo wäre eine demokratische Gesellschaft schlicht reformunfähig.«

erausforderungen dermaßen gewaltig sind, dass es mehr denn je auf die Teilung und Delegation von Verantwortung an eine professionalisiert arbeitende Politik ankommt, muss dies anhand konkreter Problemlagen und Lösungsansätze belegen können. Doch all das ist nicht nur eine Aufgabe der als „Altparteien“ verschrien traditionellen Parteien oder der jeweils politisch Verantwortlichen in diesem Land. Vielmehr braucht es Stimmen aus der ganzen Breite und auf allen Ebenen der Gesellschaft, die für die repräsentative Demokratie werben, sie aus Überzeugung zu ihrer Sache machen und die für sie eintreten – nicht trotz, sondern wegen der seit 1949 bestehenden Tradition, der demokratischen Konventionen, der Einsicht in die Sinnhaftigkeit des Bewährten. Dafür ist es nötig, sich aus der Logik des populistischen und extremistischen Antiparlamentarismus zu befreien. Diese Logik hat dank der sozialen Medien eine Reichweite erlangt, die ihr weder symbolisch noch faktisch an Wählerstimmen gemessen zukommt. Ihr verfällt, wer die Migration zur „Mutter aller Probleme“ erklärt, wer „Bürgernähe“ zum Maß aller Politik stilisiert, wer Forderungen mit Verweis auf „die Leute“ zu begründen versucht oder das Land den Sorgen und Ängsten derer ausliefert, die am lautesten schreien. Dieser nicht nur gefährlichen, sondern unendlich ermüdenden Logik und Sprache gilt es die Stärken des Parlamentarismus und der Parteiendemokratie dezidiert entgegenzuhalten, als das oft geschieht.

zu befreien. Diese Logik hat dank der sozialen Medien eine Reichweite erlangt, die ihr weder symbolisch noch faktisch an Wählerstimmen gemessen zukommt. Ihr verfällt, wer die Migration zur „Mutter aller Probleme“ erklärt, wer „Bürgernähe“ zum Maß aller Politik stilisiert, wer Forderungen mit Verweis auf „die Leute“ zu begründen versucht oder das Land den Sorgen und Ängsten derer ausliefert, die am lautesten schreien. Dieser nicht nur gefährlichen, sondern unendlich ermüdenden Logik und Sprache gilt es die Stärken des Parlamentarismus und der Parteiendemokratie dezidiert entgegenzuhalten, als das oft geschieht.

Appelle wie dieser reichen dafür nicht. Es braucht viel intellektuelle Energie, demokratiepolitische Fantasie und pragmatischen Einsatz – in den Parteien und weit über sie hinaus. Und dafür lohnt es sich unbedingt, nicht nur aus der bundes- oder westdeutschen Demokratietradition zu schöpfen, sondern auch aus der ostdeutschen Demokratiegeschichte, aus den vielen Tausend positiven Aufbrüchen der letzten Jahrzehnte Richtung Freiheit und echter demokratischer Teilhabe.

Ich möchte meine Rede mit einem Glückwunsch und einem Dank beschließen. Herzlichen Glückwunsch, verehrter Bundestag! Man sieht Ihnen Ihre 75 Jahre rein äußerlich überhaupt nicht an. Aber Ihr langes Bestehen, Ihre in bewährte Regeln und Verfahren geronnene Erfahrung sind Stabilitätsanker für dieses Land. Und ich danke Ihnen, den Mitgliedern des 20. Bundestages – wie allen Mandatsträgerinnen und -trägern, die sich landesweit für das Gemeinwohl und ein humanes Zusammenleben engagieren –, für Ihre Arbeit im und für ein Parlament. Ihr Mandat und Ihr persönliches Wirken sind unmittelbarer mit der Idee der Souveränität des Volkes verbunden als das Amt eines Kanzlers oder einer Kanzlerin.

Parlamente sind nicht nur Spiegel der Gesellschaft. Sie sind das Rückgrat der liberalen Demokratie – einer Ordnung, die sich ihren Namen immer wieder neu verdienen muss und für die es immer wieder neu zu werben gilt: nicht verzagt und aus der Defensive, sondern mit Zuversicht und aus voller Überzeugung.

Vielen Dank.

(Beifall)



Bürgerinnen und Bürger nutzten die bisher einmalige Chance, den Plenarsaal zu besuchen.

© DBT/Tobias Koch



Streit um die Schulden

Wie viel Geld darf Deutschland ausgeben?



Worum geht es?

Im Bundes-Tag arbeiten Politiker.
Sie wurden von den Bürgern gewählt.
In dieser Woche hat der Bundes-Tag darüber gesprochen:



Wie viel Geld darf Deutschland nächstes Jahr ausgeben?

Und wie viel Geld darf für welchen Bereich ausgegeben werden?

Zum Beispiel für Soziales, Verkehr oder die Bundes-Wehr.

Das Fach-Wort dafür ist: Haushalt.

Dabei wurde viel über die Schulden-Bremse geredet.

Im Text werden diese Fragen beantwortet:



- Was ist die Schulden-Bremse?
- Warum gibt es die Schulden-Bremse?
- Wie funktioniert die Schulden-Bremse?
- Warum gibt es Streit darüber?
- Welche Meinungen gibt es dazu?

Haushalts-Woche im Bundes-Tag

Diese Woche wurde im Bundes-Tag viel über den Haushalt gesprochen.

Deshalb nennt man diese Woche auch so:
Haushalts-Woche.

Es ging also darum:
Wie viel Geld dürfen die verschiedenen Bereiche im nächsten Jahr ausgeben?



Es ist ganz normal, dass die Politiker im Bundes-Tag über den Haushalt streiten.

Das ist der Grund:
Das Geld dafür gehört allen Bürgern.

Denn die Bürger zahlen Steuern.
Deshalb ist es wichtig, wofür das Geld benutzt wird.

Und es gibt unterschiedliche Meinungen darüber.

Denn jedem Politiker und jeder Partei sind andere Dinge wichtiger.

Was ist die Schulden-Bremse?

Oft wurde in dieser Haushalts-Woche darüber gesprochen: die Schulden-Bremse.

Der Name sagt schon, was sie macht: Sie bremst die Schulden von Deutschland.

Denn die Steuern von den Bürgern alleine reichen meistens nicht aus.

Ein Staat wie Deutschland muss sich also auch Geld leihen.

Zum Beispiel bei Banken.

Deutschland macht dann Schulden.

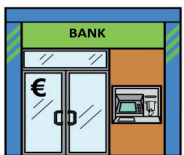
Diese Schulden müssen später zurückbezahlt werden.

Außerdem kostet es Geld, sich Geld zu leihen.

Das Fach-Wort dafür ist: Zinsen.

Die Zinsen werden dann also noch zu den Schulden dazu gerechnet.

Auch die Zinsen müssen also später bezahlt werden.



Warum sind zu viele Schulden schlecht?

Es gibt strenge Regeln, wie viele Schulden Deutschland machen darf.

Das ist der Grund dafür: Deutschland soll nicht pleitegehen.

Doch auch schon davor können zu viele Schulden schlecht sein.

Wenn Deutschland zu viele Schulden hat, dann merken das viele Bürger.

Das kann passieren:

- Die Wirtschaft wächst langsamer.
- Es gibt weniger Arbeit.
- Straßen und Brücken werden nicht repariert.
- Die Bürger müssen mehr Steuern zahlen.

Deshalb ist die Schulden-Bremse das: ein Stopp-Schild für die Regierung.



Wenn die Schulden-Bremse erreicht ist, dann darf kein Geld mehr ausgegeben werden.

Wie funktioniert die Schulden-Bremse?

Deutschland will nicht mehr so viele Schulden machen.

Das ist der Grund:

Ein großer Teil des Haushalts wird für diese Dinge verbraucht:

- Für das Bezahlen der Schulden.
- Für das Bezahlen der Zinsen.

Dann bleibt weniger Geld für die verschiedenen Bereiche.

Deshalb wurde im Jahr 2009 entschieden:

Es soll eine Schulden-Bremse geben.

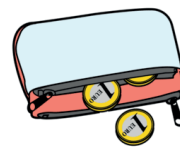
Das macht die Schulden-Bremse: Sie sagt, wie viele neue Schulden Deutschland machen darf.

Das ist aber kein fester Geld-Betrag.

Die neuen Schulden dürfen jedes Jahr verschieden hoch sein.

Davon hängt der Geld-Betrag ab:

- Wie viel haben die Bürger im Jahr davor gearbeitet?
- Wie viel Geld wurde mit dieser Arbeit verdient?



Ausnahmen von der Schulden-Bremse

Manchmal muss die Schulden-Bremse nicht eingehalten werden.

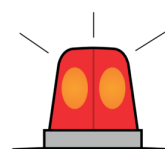
Eine solche Ausnahme davon gilt dann:

Deutschland ist in einer Not-Situation.

Der Bundes-Tag muss entscheiden: Gibt es eine solche Not-Situation?

Es gibt aber strenge Regeln dafür.

Das war eine solche Not-Situation: die Corona-Pandemie.



Das war ein Grund dafür:
Deutschland musste viel Geld für die
Gesundheit der Menschen ausgeben.

Warum gibt es Streit um die Schulden-Bremse?

Die Bundes-Regierung besteht aus
verschiedenen Bereichen.

Jeder Bereich hat einen Chef:
die Ministerin oder den Minister.

Zum Beispiel die Bau-Ministerin.
Oder der Arbeits-Minister.

Bevor im Bundes-Tag über den
Haushalt gesprochen wird, passiert
das:

Jeder Minister sagt:
So viel Geld brauche ich nächstes
Jahr.

Nicht genug Geld für alle

Meistens wollen alle zusammen aber
mehr Geld als da ist.

Dann gibt es mehrere Möglichkeiten:

- Die Bereiche bekommen weniger
Geld als sie wollen.
- Der Staat leiht sich sehr viel neues
Geld, damit er das bezahlen kann.
- Der Staat leiht sich nicht ganz so
viel Geld.

Meistens passiert das:
Der Staat leiht sich nicht ganz so viel
Geld.

Denn es gibt ja die Regeln der
Schulden-Bremse.

Das heißt dann für die Minister:
Nicht alle können so viel Geld
bekommen wie sie möchten.

Dann wird über das Geld gestritten.

Und viele sagen dann:
Der Staat soll sich mehr Geld leihen.

Damit alle Bereiche genug Geld
bekommen.



Welche Meinungen gibt es dazu?

Gegner der Schulden-Bremse sagen:
Die strengen Regeln machen die
Zukunft von Deutschland kaputt.

Sie sagen zum Beispiel:

- Kaputte Brücken und Straßen
werden so nicht repariert.
- Die Züge der Bahn kommen so
immer öfter zu spät an.
- Viele Gebäude werden nicht
erneuert.
- Neue Technik wird nicht benutzt.

Das ist der Grund für all diese Dinge:
Wegen der Schulden-Bremse ist nicht
genug Geld dafür da.

Manche sagen auch:
Andere Länder sind nicht so streng.

Sie leihen sich mehr Geld.

Das soll auch Deutschland machen.

Manche sagen auch:
Der Krieg in der Ukraine ist eine
Not-Situation für Deutschland.

Sie sagen deshalb:
Also darf Deutschland auch mehr
Schulden machen.

Welche anderen Meinungen gibt es?

Viele finden die Schulden-Bremse gut
und wichtig.

Vor allem Christian Lindner.

Er ist Chef vom Bereich, der auf das
Geld aufpasst.

Das Fach-Wort für sein Amt ist:
Finanz-Minister.

Christian Lindner sagt:
Wir müssen sparsam mit dem Geld
umgehen.

Zu viele Schulden sind gefährlich für
Deutschland.

Er möchte das:
Das Geld soll vor allem für die
wichtigen Dinge ausgegeben werden.





Das ist das Problem:

Jede Partei im Bundes-Tag findet andere Dinge wichtig.

Und jeder Chef von einem Bereich findet seine Aufgaben besonders wichtig.

Deshalb gibt es immer wieder Streit über das Geld.

Kurz zusammengefasst

Diese Woche ging es im Bundes-Tag um Geld.

Und zwar um diese Frage:
Wie viel Geld kann Deutschland nächstes Jahr ausgeben?

Und welcher Bereich bekommt wie viel Geld?

Darüber wird immer viel gestritten.

Denn alle Bereiche zusammen wollen mehr Geld als Deutschland ausgeben kann.

Deutschland kann sich auch Geld leihen.

Aber dafür gibt es strenge Regeln.

Die Schulden-Bremse sagt:
Ab einem bestimmten Betrag darf Deutschland kein Geld mehr ausgeben.



Dieser Geld-Betrag wird jedes Jahr neu ausgerechnet.

Deutschland darf sich also nicht unendlich viel Geld ausleihen.

Sonst kann Deutschland die Schulden irgendwann nicht mehr bezahlen.

Und dann wäre Deutschland pleite.

Wenn Deutschland aber zu wenig Geld ausgibt, dann passiert das:

- Gebäude und Straßen werden nicht repariert.
- Die Wirtschaft bekommt Probleme.
- Vielleicht gibt es dann weniger Arbeits-Plätze für die Bürger.

Das sind nur ein paar Beispiele.



Den Politikern im Bundes-Tag sind verschiedene Dinge wichtiger.

Und manche sagen:
Die Schulden-Bremse ist zu streng.

So hat Deutschland zu wenig Geld.

Andere sagen aber:
Ohne Schulden-Bremse geben wir zu viel Geld aus.

Deshalb streiten die Politiker im Bundes-Tag.

Weitere Informationen
in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de

Kontakt: Alexander Gies, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion: Annika Klüh, Daniel Krenzer,
Victoria Tucker, Isabel Zimmer

Titelbild: © picture alliance / SZ Photo / Wolfgang Filser. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 38-39/2024
Die nächste Ausgabe erscheint am 28. September 2024.